SITZUNGSBERICHTE
DER LEIBNIZ-SOZIETÄT
Band 41 • Jahrgang 2000

trafo Verlag Berlin

ISSN 0947-5850 ISBN 3-89626-314-5

Inhalt

Transformationsforschung / Sozialstruktur

Helmut Steiner

Die Herausbildung von Sozialstrukturen im gegenwärtigen Rußland >>>

Wissenschaftsgeschichte

Friedhilde Krause

Die slawenkundlichen Studien von Akademiemitglied Johann Erich Biester >>>

Conrad Grau (†)

Goethe 1932 in Moskau und Leningrad: Wissenschaftlichliterarisches Erbe und gesellschaftlicher Umbruch >>>

Rezensionen

Hubert Laitko

Rußland - wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. Hrsg. Von Helmut Steiner und Wladimir A. Jadow >>>

Günter Kröber

Die Akademie der Wissenschaften in Beschlüssen des Politbüros des ZK der KPR(B) - KPDSU(B) 1922-1952. Zusammengestellt von V. D. Jesakov >>>

Transformationsforschung Sowjetunion – Russland

Helmut Steiner

Die Herausbildung neuer Sozialstrukturen im gegenwärtigen Russland *

I. Theoretisch-methodologische Schwierigkeiten sozialstruktureller Analysen des gegenwärtigen Russland

II. Vorgeschichte und Ausgangspositionen der gegenwärtigen Umbrüche

III. Sozialstrukturelle Wirkungen der Perestroika (1985–1991)

IV. Die Privatisierung des staatlichen Eigentums und der offizielle Übergang zum Kapitalismus in der Jelzin-Ära (1991–1999)

V. Die soziale Polarisierung in der sich formierenden kapitalistischen Gesellschaft Russlands

VI. Der Elitenwechsel in die neuen Herrschaftsverhältnisse

VII. Der russische Staatskapitalismus und seine politischen Sozialstrukturen zu Beginn der Putin-Präsidentschaft

Der russische Poet und Diplomat Fjodor I. Tjutschew (1803–1873) schrieb im 19. Jahrhundert: „Mit dem Verstand begreifst Du Russland nicht. Kein Maß erlaubt es zu ermessen. Das Land hat eine besondere Statur. An Russland muß

* Vortrag, gehalten vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät am 16. Dezember 1999; überarbeitete und erweiterte Fassung.

man einfach glauben." Doch obwohl vor einigen Jahren diese Glaubensaufforderung von der Journalistin Gabriele Krone-Schmalz zum Titel eines Buches über das gegenwärtige Russland gewählt wurde[1], kann man sich angesichts des konfliktreichen Verlaufs der Kapitalismus-Restaurierung der letzten anderthalb Jahrzehnte, der Tschetschenien-Kriege, der Jelzin- und Putin-Herrschaft *mit dem Glauben* an dieses große Russland *allein nicht zufriedengeben*. Auf der Suche nach Verständnis der aktuellen Prozesse kann auf wissenschaftliche Analysen und Erklärungen nicht verzichtet werden.

Die Gesamtheit der in Russland seit 15 Jahren ablaufenden Prozesse als Kapitalismusentwicklung „auf russisch" zu kennzeichnen, ist inzwischen – quer durch das wissenschaftliche wie politische Spektrum – allgemein üblich. Selbst in Russland nimmt die Zahl der Veröffentlichungen zu, die Kapital, Kapitalisten und Kapitalismus in Russland beim Namen nennen. Das Buch des Historikers Roy Medwedew gehörte 1998 noch zu den Ausnahmen, die ihre zeitgeschichtlichen Analysen unter dieser Frage- und Problemstellung durchführten.[2] Unter den mannigfaltigen Verlaufs- und Detailanalysen des heutigen Russland dominierten stattdessen bis 1998 als gesellschaftstheoretische Leitlinien Arbeiten mit dem Anspruch einer sich formierenden „Zivilgesellschaft" – ein ausgesprochenes Modethema –, einer „Marktwirtschaft mit sozialem Antlitz" und der zu verwirklichenden „russischen Idee" – was auch immer unter den jeweiligen Titeln bzw. Slogans verstanden wird. Auch Medwedew versieht seinen Buchtitel „Kapitalismus in Russland ?" noch mit einem Fragezeichen. Das hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren gewandelt. Die sich stellenden Fragen sind jedoch längst nicht „ob", sondern vielmehr welcher Art „Kapitalismus" entwickelt sich dort? In welchem Stadium seiner Entwicklung und Ausprägung befindet er sich? Wie ordnen sich die gesellschaftspolitischen, ökonomischen, sozialpolitischen und kulturellen Zusammenbrüche, Umbrüche und anderen Turbulenzen des letzten Jahrzehnts in ein kapitalistisches Transformations- und Entwicklungskonzept für Russland ein? Mit anderen Worten: Die über die Medien vermittelten tatsächlichen und publizistisch aufbereiteten Alltags-, Skandal- und Horrormeldungen aus dem gegenwärtigen Russland können zwar moralische Entrüstung, das Gruseln und Unverständnis wecken; tatsächlich ist aber die sozialwissenschaftliche Analyse und Theorie gefragt und herausgefordert!

Was in Ostdeutschland kurzerhand als kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mittels „Institutionentransfer" „von außen eingeführt", „inkorporiert", „kolonialisiert" – oder wie auch immer bezeichnet – wurde, vollzieht sich in Russland als außerordentlich konfliktreicher Umgestaltungsprozess „aus sich heraus". Und ob seiner Geschichte, Größe, inneren Vielgestaltigkeit sowie der eigenen internationalen Interessen und denen anderer Staaten – verläuft diese Transformation noch ungleich komplizierter und schmerzhafter als in der Mehrzahl der anderen osteuropäischen Staaten. In jedem Fall ersetzt moralische Entrüstung keine wissenschaftliche Analyse.

Aber auch Karl Marx' Schilderung der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals in England oder die Gewalt romantisierenden Westernstories und dazugehörigen Fernsehserien über Amerikas kapitalistische Erschließung sind keine Hohelieder der Zivilisation des Kapitalismus.Und selbst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ist die US-Aggression in Vietnam historisch der sowjetischen in Afghanistan vorausgegangen. Auch die bis heute nicht überzeugend oder gar nicht aufgeklärten Morde an dem US-Präsidenten John F. Kennedy und dem schwedischen Regierungschef Olof Palme aus der jüngsten Geschichte, sowie der Ursprung und das internationale Geflecht der Mafia von Italien bis in die USA und zurück über das gesamte 20. Jahrhundert – zeugen nicht gerade von zivilisatorischen Spielregeln des Kapitalismus.

Warum sollte ausgerechnet Russlands kapitalistischer Neubeginn zivilisatorischer sein? Die russisch-internationale Privatisierung des staatlich-sowjetischen Eigentums, die autoritäre Verfassungswirklichkeit der Jelzin'schen und Putinschen Präsidialregimes, der scheinbare Parteien-Pluralismus als befristet konkurrierende Wahlvereine, das Großrussentum und die ethnischen Diskriminierungen, die soziale Polarisierung und Verelendung großer Teile der Bevölkerung, der Ausverkauf und der Niedergang sowjetischer Wissenschafts- und Kultureinrichtungen – sind keine „fehlerhaften" Begleiterscheinungen, sondern charakteristische Markierungspunkte des Übergangs Russlands in diese kapitalistische Zivilisation an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert.

Für den wissenschaftlichen Zugang, um in die Genesis, Anatomie und Physiologie dieses alten – neuen Gesellschaftstyps in Russland einzudringen, wähle ich die sozialstrukturelle Analyse.

I. Theoretisch-methodologische Schwierigkeiten sozialstruktureller Analysen des gegenwärtigen Russland

Die Sozialstruktur ermöglicht ein methodologisches Herangehen an die Gesellschaftsanalyse, das historisch, international und sogar weltanschauungsübergreifend allgemein anerkannt ist, aber am konkreten Beispiel der gegenwärtigen russischen Gesellschaft sich mit mindestens drei methodischen Schwierigkeiten konfrontiert sieht:

Erstens ist für die Analyse der neuen Sozialstrukturen eine möglichst präzise Einschätzung der vorherigen historischen Ausgangspunkte, der Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft zum Zeitpunkt des Beginns der gesellschaftlichen Veränderungen mit der Gorbatschow'schen Perestroika 1985 notwendig. Es gehört aber zu den theoretischen Defiziten, daß es bis heute keine hinreichend begründete differenzierte wissenschaftliche Darstellung der Klassen- und Sozialstrukturen der Sowjetgesellschaft, bzw. darüber hinaus, dieses Gesellschaftstypus gibt. Weder ihr offizielles „2 + 1"-Modell (Arbeiterklasse, Klasse der Genossenschaftsbauern und Schicht der Intelligenz), noch das heute verbreitete totalitarismustheoretische reine „Nomenklatur-Modell" vermögen dies begründet zu leisten. Am aussagefähigsten sind noch die deskriptiven Darstellungen nach Beschäftigten- und Qualifikationsgruppen in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche (Angaben der offiziellen Statistik, sozialstrukturelle Publikationen aus den 70er und 80er Jahren von Lew A. Gordon und Edward W. Klopow, Owsej I. Schkaratan u. a.), die speziellen agrarstrukturellen, aber auch ethnischen Untersuchungen von Jurij W. Arutjuntjan sowie die Langzeitstudien zur Berufswahl von Jugendlichen (Mobilitätsuntersuchungen) durch Wladimir N. Schubkin.

Die genannten und eine große Zahl weiterer so angelegter Forschungen waren ein Riesenfortschritt gegenüber bzw. innerhalb der offiziell nach wie vor vertretenen Überwindung aller Klassengegensätze und Einebnung aller Klassenunterschiede. Selbst die Unterschiede zwischen beiden noch angenommenen Klassen (Arbeiterklasse, Kolchosbauern) und der Schicht der Intelligenz wurden nur als graduelle und im weiteren Verschwinden begriffen. Da förderten diese forschungsmethodisch zumeist aufwändigen und repräsentativen Untersuchungen eine Fülle empirischen Materials, eine Vielzahl von

Einsichten und weiterer Anregungen sowie implizit enthaltene und z. T. auch explizit formulierte Erkenntnisse über das Ausmaß sozialer Differenzierungen in der Sowjetgesellschaft. Und doch blieben sie im Rahmen der Möglichkeiten, aber auch der Grenzen berufs-und bildungssoziologischer Fragestellungen. Sie waren sozialstrukturelle Ableitungen, die sich erstens aus der sozialen Öffnung und dem prinzipiell neuen Zugang zu weiterführenden Bildungs-, Berufs- und Herrschaftspositionen unabhängig von sozialer Herkunft, Geschlecht und ethnischer Zugehörigkeit (soziale Herkunftsmuster) in der Sowjetgesellschaft sowie zweitens aus dem Industrialisierungs- und Intellektualisierungsgrad der sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung (Berufs-, Bildungs- und Beschäftigtenstruktur) ergaben. Sie implizieren selbstverständlich grundsätzliche Probleme einer neuen Klassen- und Sozialstruktur. Sie sind außerordentlich verdienstvoll und vermitteln aufschlußreiche Einsichten. Sie lassen aber notwendigerweise die theoretischen und gesellschaftspolitischen Kernprobleme der konstitutiven Bedeutung des Eigentums als gesellschaftliche Aneignung an Produktionsmitteln, der politischen Herrschaftsverhältnisse für die Klassen- und Sozialstruktur im Grunde unberücksichtigt. Durch das „gleichartige" Verhältnis zu den Produktionsmitteln sollte offiziell das allen gemeinsame Volkseigentum gegeben und die gleiche Teilnahme an der politischen Macht, die Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft und der werktätigen Intelligenz, verwirklicht sein. Alle diesbezüglich weiterführenden Frage- und Problemstellungen oder gar wissenschaftliche Untersuchungsprogramme waren hochgradig politisch tabuisiert. So ergab sich das theoretische Paradoxon, dass das Marx'sche Verständnis von Eigentum als Art und Maß der Aneignung und die Marx'sche sozialökonomische Herrschaftsanalyse in einer offiziell Marx'schen Leitlinien folgenden Gesellschaft als theoretisch-methodologisches Forschungsinstrumentarium für den eigenen Gesellschaftstyp ausgespart geblieben. Das heißt aber auch, dass wir bisher – auch trotz verschiedenartiger Bemühungen von Vertretern des „westlichen Marxismus" – weder ein marxistisch noch nichtmarxistisch fundiertes Gesamtbild von der Klassen- und Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft und darüber hinaus des sowjetischen Gesellschaftstyps haben. Das gilt auch für die DDR.

Die vor allem von westlichen Sowjetologen und in der russischen Emigrationsliteratur diesbezüglich vorliegenden Untersuchungen enthalten zwar

eine Fülle empirischen Materials und theoretischer Aussagen vor allem zur Herrschaftssoziologie und damit zur politischen Dimension der Klassen- und Sozialstruktur, sie sind aber in ihrer Mehrzahl in anderer Weise einseitig. Zwar ist die Problematik der Klassen- und Sozialstruktur der Sowjetgesellschaft inzwischen zu einem Gegenstand der *historischen* Soziologie und Sozialgeschichte geworden, doch auch für die Analyse der aktuellen Prozesse im gegenwärtigen Russland ist die Kenntnis der historischen Grundlagen und Ausgangspositionen zur Beurteilung aller seit 1985 und vor allem in den 90er Jahren vor sich gegangenen und weiter sich vollziehenden Veränderungen unverzichtbar. Erst nach präziser Kenntnis des unterschiedlichen Aneignungspotentials am gesellschaftlichen (Staats-)Eigentum sowie der unterschiedlichen Dispositionsbefugnisse im wirtschaftlichen und politischen Herrschaftssystem der Sowjetgesellschaft können wir die Art und Weise sowie unterschiedlichen Chancen bei der Gaidar'schen und Tschubais'schen Privatisierung des gesellschaftlichen (Staats-)Eigentums Anfang der 90er Jahre auch theoretisch – und nicht allein politisch – erklären.

Eine *zweite* theoretisch-methodologische Schwierigkeit für die Analyse der neu entstehenden Sozialstrukturen ergibt sich daraus, daß die neue Gesellschaft sich noch formiert und noch keine stabilen Strukturen ausgebildet hat, die eine solide Charakterisierung, ja selbst Beschreibung dieser Gesellschaft „im Fluß" erlauben. Wenn wir soziale Strukturen nicht allein als sozialstatistische Merkmalsbündel, sondern als „geronnenes Verhalten" täglich sich wiederholender Verhaltensmuster von bestimmten Bevölkerungsgruppen verstehen, so dass auf Grund sich täglich wiederholender individueller Einzelhandlungen unterschiedlichster Art die Gesellschaft nach ein, zwei, drei Jahren „ungeplant" gewissermaßen chaotisch dennoch im Prinzip die gleiche ist wie zuvor – dann können wir von stabilen Sozialstrukturen sprechen. Mit anderen Worten: Soziale Strukturen sind gesellschaftliche Verhältnisse, die sich durch gleichartige bedürfnisgeleitete Handlungsmuster bestimmter Personengruppen (in deren materiellen Arbeits- und allgemein-menschlichen Lebensweisen sowie im politischen und alltäglichen Verhalten) konstituieren und denen gleichartige Interessen, objektive Lebensbedingungen und subjektive Charaktersitika zu Grunde liegen. Die sich wiederholenden Handlungsmuster („geronnenes Verhalten") erscheinen schließlich als Gemeinsamkeiten mit statistisch erfassbaren Merkmalskomplexen und bilden somit erkennbare soziale Strukturen.

In dem gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftschaos Russlands kann man nur bedingt von stabilen Handlungsmustern bestimmter Bevölkerungsgruppen sprechen. Selbstverständlich gehen Industriearbeiter, landwirtschaftlich Beschäftigte, Büro- und Verkaufsangestellte, Lehrer Ärzte, Wissenschaftler und Ingenieure, aber auch neue Eigentümer von Geschäften und Straßenhändler, Begründer von eigenen Softwarefirmen und selbstständige Projektmanager, neue Oligarchen, Prostituierte und Bettler ihren alltäglichen Beschäftigungen nach. Sie vollziehen dabei und damit gewiss jeweils immer wiederkehrende Handlungsmuster bezüglich ihrer materiellen Arbeits- und Lebensbedingungen und selbst allgemein-menschlicher und alltäglicher Verhaltensweisen. Aber weder das alltägliche Handlungsmuster zum und beim Arbeitsplatz ist bei abhängigen Beschäftigten und Selbstständigen unterschiedlicher Art stabil, noch das „ob", „wie" und „wieviel" der Entlohnung oder der Einnahmen, noch die anderen Lebensbedingungen (Geldwert- und Preisentwicklung, Wohnbedingungen, medizinische Versorgung), gewohnte Lebensplanung, kulturelle und Bildungsinteressen usw.. Gewohnte traditionelle Sozialstrukturen (Handlungsmuster) lösten sich auf bzw. wurden auf unterschiedliche Weise instabil, ohne dass sich neue mit der gleichen Geschwindigkeit und Dauerhaftigkeit formieren konnten.

Es ist daher geradezu folgerichtig, dass sich bei den politischen Wahlen in Russland bisher keine interessengeleiteten, sozialstrukturell orientierten politischen Parteien formieren und profilieren konnten. Die soziale Basis hierfür ist unzureichend gegeben, und so treten fast ausnahmslos nicht politische Parteien im strengen Wortsinn (mit Ausnahme der KPRF), sondern sozialökonomisch und sozialstrukturell amorphe, politisch unbestimmte Wahlvereine an. „Demokratische Wahl Russlands – Vereinigte Demokraten", „Junges Russland", „Demokratisches Russland", „Neue Kraft", „Unser Haus – Russland", „Vaterland", „Einheit" usw. dienen den jeweiligen Machtgruppen als Metapher und Wahlslogans für tatsächliche und vermeintliche gemeinsame Interessen und Zielvorstellungen. Selbst die Gruppe/Schicht der überwiegend jüngeren „neuen Russen" lässt sich kaum einheitlich charakterisieren und ist vielmehr eine Erscheinung der frühkapitalistischen Formierungsphase, und auch die „neuen Unternehmer" sind nur z. T. „Unternehmer" im Marx'schen oder Schumpeter'schen Sinne. Unter diesen Voraussetzungen neue Sozialstrukturen in Russland zu analysieren, bedeutet zum gegenwärti-

gen Zeitpunkt notwendigerweise etwas Vages zu analysieren, da erst im widersprüchlichen Enstehen begriffen.

Und als *dritte* Schwierigkeit fehlt ein theoretisch-methodologisches Instrumentarium, um diesen neu entstehenden Gesellschaftstyp sozialstrukturell zu analysieren. Die alte staatssozialistische Sozialstruktur ist es nicht mehr, eine westeuropäisch industriekapitalistische Struktur noch nicht und wird es auch nicht werden, ein kapitalistisches „Schwellenland" a là Brasilien, Indien oder wie die ostasiatischen Tigerstaaten auch nicht, ein „normales" Dritte-Welt-Land sicher auch nicht – was also? Von jedem etwas? Etwas Derartiges ließe sich durchaus „bausteinartig" zusammenstellen, aber läßt sich daraus ein eigener Gesellschaftstyp wissenschaftlich bestimmen?

Auf jeden Fall ist am Beispiel Russlands – wie auch der anderen ost- und südosteuropäischen Länder – die Transformationsforschung bezüglich der Herausbildung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse auch theoretisch weitaus mehr gefragt und herausgefordert, als sie es am Beispiel Ostdeutschlands war und ist.

Die russischen Soziologen suchen selbstverständlich nach geeigneten Instrumentarien zur Durchleuchtung und Erkenntnis ihrer Gesellschaft. Tatjana S. Saslawskaja und Owsej I. Schkaratan von der älteren Generation, Ljudmila A. Beljaewa und Sinaida T. Golenkowa von der nächsten und Wadim W. Radaew und Natalija E. Tichonowa von der jüngeren seien als heutige aktive Sozialstrukturforscher namentlich genannt. Empirisch liegen inzwischen eine Vielzahl aufschlußreicher Informationen vor – man kann eine nahezu täglich wachsende Zahl von Veröffentlichungen beobachten –, theoretisch ist es aber vielfach noch eine „Symbiose" früherer sowjetischer Arbeiten und „Anleihen" bei verschiedenen westlichen Autoren.

Auf diesem kurz charakterisierten gesellschaftspolitischen und theoretisch-methodologischen Hintergrund sollen im folgenden einige Fragenkomplexe aufgegriffen, kurz skizziert und diskutiert werden.

II. Vorgeschichte und Ausgangspositionen der gegenwärtigen Umbrüche

In Russland vollzogen sich im 20. Jahrhundert drei grundlegende qualitative Prozesse der Veränderung seiner Klassen- und Sozialstrukturen: erstens die

frühkapitalistische Entwicklung vor allem seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts (1861 – Aufhebung der Leibeigenschaft im zaristischen Russland, 1905 – Stolypinsche Reformen) bis zur Oktoberrevolution 1917; zweitens die sozialistische Umgestaltung einschließlich der Industrialisierung, Kollektivierung der Landwirtschaft, Intellektualisierung des geistig-kulturellen Lebens, sowie Entwicklung zur militärischen und wissenschaftlich-technischen Großmacht von 1917 bis 1985 sowie drittens die gescheiterten Versuche zur Strukturreform des Staatssozialismus und der Neubeginn einer frühkapitalistischen Entwicklung seit 1985.

In den folgenden beiden Tabellen soll an Hand einiger weniger sozialstruktureller Angaben die diesbezügliche Dynamik im Verlauf des 20. Jahrhunderts, vor allem für die sozialistische Entwicklungsphase veranschaulicht werden.

Tabelle 1
Soziale Zusammensetzung der Bevölkerung Russlands / der Sowjetunion von 1913 bis 1987 in Prozent

	1913	1924	1928	1939	1959	1970	1979	1987
Arbeiter	14,6	10,4	12,4	33,7	50,2	57,4	60,0	61,8
Angestellte	2,4	4,4	5,2	16,5	18,1	22,1	25,1	26,2
Einzelbauern	66,7	75,4	74,9	2,6	0,3	0,0	0,0	0,0
Kolchosbauern	-	1,3	2,9	47,2	31,4	20,5	14,9	12,0
Bourgeoisie, Groß-Grundbesitzer, Kaufleute und Kulaken	16,3	8,5	4,6	–	–	–	–	–

Quelle: Narodnoe Chosjajstwo SSSR sa 70 Let. Moskwa 1987, S. 11. – eigene Zusammenstellung –

Diese Tabelle zeigt überblicksartig den 1913 erreichten Stand der kapitalistischen Sozialstruktur Russlands. Lediglich 17% Arbeiter und Angestellte, noch 67% Bauern und mit 16% Privateigentümer unterschiedlicher Art einen offensichtlich relativ hohen Anteil Kleinbürgertum verdeutlichen den

niedrigen Entwicklungsstand kapitalistischer Industrialisierung. Im Vergleich dazu hatte Deutschland 1907 bereits 53,1% Arbeiter und 11,7 % Angestellte und nur noch 33,8% in der Landwirtschaft Beschäftigte. Der Unterschied beruht auf einem völlig anderen Niveau der Industrialisierung mit den sich daraus ergebenden Sozialstrukturen.

Nach 70 Jahren Sowjetmacht war 1987 die Anzahl der Arbeiter von etwa 15% auf etwa 62 % angewachsen. Diese Zahlen ergeben sich aus der nachgeholten Industrialisierung. Die in den 70 Jahren ebenfalls erfolgte Zunahme der Zahl der Angestellten auf 26,2% (1987) bringt das ebenfalls zum Ausdruck. Gleichzeitig ist es Ausdruck der Bürokratisierung, aber auch des Anwachsens von kulturellen- und Entwicklungsinstitutionen. (In der BRD betrug die Anzahl der Angestellten 1965 bereits 26,3%, plus 5,1% Beamte).

Zwischen 1928 und 1939 lassen die veränderten Zahlen der Einzel- bzw. Kolchosbauern die radikale Durchführung der Kollektivierung erkennen. Zugleich zeigt der Rückgang der Bauern auf einen Anteil von 12% und der in der Land- und Forstwirtschaft insgesamt Beschäftigten auf 19% (s. Tabelle 2) die Entwicklung zu einer Industriegesellschaft, auch wenn man die Flächenausdehnung des Landes und damit die Ausmaße der dennoch landwirtschaftlich genutzten und Waldflächen berücksichtigt.

Die Tabelle 2 zeigt darüber hinaus mit dem hohen Anteil von sozialer Infrastruktur (24%) einerseits und gering entwickelten kommerziellen Dienstleistungen (Handel, Gaststätten) mit ca. 8% andererseits zwei Charakteristika sowjetischer und staatssozialistischer Wirtschafts- und Sozialstrukturen überhaupt, die sich für jeden Beteiligten zugleich mit positiven und negativen Erfahrungen und Erinnerungen verbinden.

Der hohe Anteil der in Volksbildung, Wissenschaft und Kultur sowie im Gesundheitswesen und sozialen Dienstleistungen Beschäftigten und das damit korrespondierende sprunghaft gestiegene Bildungsniveau insgesamt (1917 ca. 90% der Bevölkerung Analphabeten)gehören zu den bedeutsamsten Aktivposten in der Entwicklung der sowjetischen Sozialstruktur.

Tabelle 2
Verteilung der Beschäftigten der Sowjetunion nach Wirtschaftszweigen
(in Prozent)

Wirtschaftszweig	1940	1960	1970	1980	1986
Industrie und Bauwesen	23	32	38	39	38
Land- und Forstwirtschaft	54	39	25	20	19
Transport- und Fernmeldewesen	5	7	8	9	9
Handel, Gaststätten, materiell-technische Versorgung	5	6	7	8	8
Gesundheitswesen, Körperkultur, Sozialfürsorge, Volksbildung, Kultur, Kunst, Wissenschaft u. wissenschaftliche Versorgung	6	11	16	17	18
Leitungs- und Verwaltungsorgane, Kreditwesen und staatliches Versicherungswesen	3	2	2	2	2
Kommunale Wohnungswirtschaft, Dienstleistungen für die Bevölkerung	4	3	4	5	6

Quelle: Narodnoe Chosjajstwo SSSR sa 70 Let. Moskwa 1987, S. 410. – eigene Zusammenstellung –

III. Sozialstrukturelle Wirkungen der Perestroika (1985– 1991)

Die 1985 nach seiner Wahl zum Generalsekretär der KPdSU von Michail S. Gorbatschow eingeleiteten Umgestaltungen „Perestroika" zielten auf Reformen des Wirtschafts-, Gesellschafts- und politischen Systems der UdSSR. Die außen- und innenpolitische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stagnation der Breschnew-Ära (1964–1982) drängte nach Veränderungen zur Vitalisierung des sozialistischen Systems in nahezu allen Bereichen der Politik. Initiative, selbständiges Handeln und schöpferische Aktivität sollten durch die vielzitierte, aber weithin fehlende materielle und ideelle Interessiertheit neu mobilisiert werden. Doch so sehr ein großer Teil der politisch Verantwortli-

chen auf den verschiedenen Leitungsebenen sowie die Mehrheit der Intelligenz und der gesamten Bevölkerung darin übereinstimmten (repräsentative Umfrageergebnisse gab es zu dieser Zeit nicht, wohl aber eine breite und für die Sowjetunion schon lange Zeit unbekannte breite öffentliche Aktivität zu Beginn der Perestroika), waren die Vorstellungen und die ersten Maßnahmen vage, widersprüchlich und letztlich konzeptionslos. Die ersten Aufrufe zur „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" waren nur eine Wiederholung schon bekannter Losungen ohne praktisch-politische Bedeutung. Die folgende Anti-Alkoholkampagne verfehlte das Thema, demobilisierte und wirkte kontraproduktiv. Die Offenlegung bzw. das Ausfüllen der „weißen Flecken" der tragischen Seiten der sowjetischen Geschichte war ein notwendiger, überfälliger und mutiger Schritt, er begründete neben „Perestroika" das zweite Stichwort „Glasnost", führte zu massenhafter Anteilnahme und – wie zu erwarten – zu widersprüchlichen Reaktionen, ohne allerdings in konstruktivem Neubeginn zu münden.

Einzig die Wahlen zum Volksdeputiertenkongreß mit der erstmaligen, wenn auch begrenzten Möglichkeit alternativer Kandidaten sowie die nach den Wahlen in diesem neu gewählten Volksdeputiertenkongreß über Wochen von morgens bis in die Nachtstunden – von Rundfunk und Fernsehen live übertragenen – geführten Debatten über Geschichte, Gegenwart und mögliche Zukunft der Sowjetunion fanden eine in der sowjetischen Geschichte nie dagewesene öffentliche Aufmerksamkeit. Überall, wo man in diesen Wochen hinkam, ob in Hotels und Restaurants, Büros und Forschungsinstituten und selbst in Fabrikhallen waren die Radiogeräte auf Empfang eingestellt und lauschte man den hitzig, frei und kontrovers geführten Debatten des Volksdeputiertenkogresses. Doch das Interesse erlahmte zunehmend, als nach dem Erlebnis jahrzehntelang nicht geführter öffentlicher Diskussionen in der praktischen Politik dem nichts folgte. Stattdessen verschlechterten sich die Versorgung mit Lebensmitteln und die Lebensbedingungen generell weiter. Gorbatschows erstes veröffentlichtes Buch enthielt viel Programmatisches, wohlmeinend und hoffnungsvoll, doch unbestimmt im Konkreten und folgenlos.[3] Auch die große Zahl der die Perestroika mit eigenen Ausarbeitungen, als Berater und selbst in leitender politischer Verantwortung aktiv unterstützenden Akademiemitglieder und anderen namhaften Wissenschaftler aus den Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, aus Soziologie und Geschichte (Leo-

nid J. Abalkin, Abel G. Aganbegjan, Jurij N. Afanasjew, Igor W. Bestuschew-Lada, Oleg T. Bogomolow, Anatolij Butenko, Aleksandr A. Galkin, Lew A. Gordon, Wladimir A. Jadow, Wladimir N. Kudrjawzew, Juij A. Lewada, Rosalina R. Rywkina, Tatjana A. Saslawskaja u. a.) arbeiteten engagiert an Programmatik und konkreten Vorschlägen und konnten dennoch kein erfolgreiches Gesamtkonzept zustande bringen und praktisch umsetzen.

Von Anfang an differenzierte sich der Kreis der politisch Verantwortlichen – beginnend innerhalb des Politbüros des ZK der KPdSU – über Ziel, Wege und Methoden der Perestroika. Zum Verlauf und der Bilanz des sowjetischen Perestroika-Versuchs liegt inzwischen eine inhaltlich und bezüglich analytischer Kriterien und Resultate reichhaltige und kontroverse Literatur vor. Sie ist überwiegend politischer und publizistischer Natur, aber es gibt auch sozialwissenschaftliche Analysen.[4] Die hier interessierenden sozialstrukturellen Resultate lassen sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

Erstens: Rascher und umfangreicher als bei früheren Wechseln der Generalsekretäre des ZK der KPdSU (Nikita S. Chrustschow, Jurij A. Andropow, Konstantin U. Tschernenko) erfolgte ein personeller Wechsel in zentralen Partei- und Staatsfunktionen. Das setzte sich mehr als bei früheren Übergängen bei den leitenden Partei- und Staatsfunktionären in den Unionsrepubliken, Gebieten und Kreisen fort, wenn auch mit großen regionalen Unterschieden. Für die in den Jahren 1986 bis 1988 durchgeführten Ablösungen und Neuberufungen von Partei- und Staatsfunktionären fand sogar der historisch arg belastete Begriff „Säuberung" („tschistka") erneut Eingang in die russische Umgangssprache. Es war kein sozialstruktureller Wechsel, sondern aus dem gegebenen Bestand der Parteinomenklatur eine Berufung von politisch flexibleren, reformversprechenden und jüngeren KPdSU-Kadern. Es betraf den Wechsel in politischen Führungsgruppen.

Zweitens: Während die Veränderungen in den politischen Leitungspositionen der KPdSU und des Staatsapparates ausschließlich „von oben" initiiert waren, erfolgten personelle Veränderungen im kulturpolitischen und generell intellektuellen Bereich im Zusammenspiel von sich verändernden gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und Initiativen aus den Künstlerverbänden sowie kulturellen und auch wissenschaftlichen Institutionen. Die Neuwahl der Vorstände und neuer Vorsitzender der Künstlerverbände (Schriftsteller, Filmschaffende, Bildende Künstler u. a.), die Wahl eines neuen Prä-

sidenten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und die Einführung der Wahl der Institutsdirektoren in wissenschaftlichen Einrichtungen durch die Mitarbeiter waren Markierungspunkte sich neu formierender intellektueller Initiativen. Auch diese neuen Leitungsfunktionäre rekrutierten sich aus dem bisherigen Nomenklaturbestand, allerdings im künstlerischen Bereich z. T. schon mit deutlich sichtbaren abweichenden Positionen.

Drittens: Auch bei den in den Perestroika-Jahren durchgeführten Wahlen zu den Volksvertretungen begannen – unter Beibehaltung der KPdSU-Dominanz – zunächst auf kommunaler Ebene und bis zum Kongress der Volksdeputierten und dem daraus gewählten Obersten Sowjet Ablösemechanismen zu Gunsten flexiblerer, reformorientierter und jüngerer Abgeordneter sowie erweiterter Vorschlags- und erstmals alternativer Wahlmöglichkeiten. Immerhin wurden auf diese Weise z. B. solch bekannte Oppositionelle wie das Akademiemitglied Andrej D. Sacharow und der Historiker Roy A. Medwedew Delegierte des Volksdepuiertenkongresses und Boris J. Kagarlitzkij Mitglied des Moskauer Stadtsowjets. Die genannten und einige weitere blieben Einzelbeispiele. Doch auch andere, bisher schon in Wahl- und Berufungsfunktionen tätige Intellektuelle – wie z. B. die Schriftsteller Tschingis T. Aitmatow und Daniil A. Granin – traten aktiver und eigenständiger in Erscheinung.

Viertens brachte die kurze, aber intensive Mobilisierungsphase der Perestroika gesellschaftliche Bewegungen und Gruppierungen hervor, die sich in dieser Vielfalt weder zuvor, noch später so zu aktivem Handeln formierten. Politische Gruppen innerhalb der bisher undifferenziert erscheinenden KPdSU (z. B. „Demokratische Plattform in der KPdSU"), für den politischen Demokratisierungprozess generell eintretende Gruppen (z. B. „Wahlen 89"), unabhängige Gewerkschaften, verschiedenartige Aktivitäten zur öffentlichen Erschließung des politischen und kulturellen Erbes, z. B. „Memorial", eigenständige Umweltinitiativen, Frauen-, Jugend- und ethnische Gruppierungen ließen binnen weniger Monate ein gesellschaftspolitisch breites Panorama entstehen. Parallel mit dem politischen und öffentlichen Erlahmen der Perestroika verschwanden auch diese informellen Gruppen wieder weitgehend aus der Öffentlichkeit. Zum Teil formierten sie sich in Richtung von Parteien und nahmen noch bis in die 90er Jahre an Wahlen teil (– die „Jabloko"-Wahlvereinigung Grigorij A. Jawlinskis hat sich von diesen informellen Perestroika-Aktivitäten als nennenswerteste „Partei" sozialliberalen Charakters erhalten –), die

„unabhängigen Gewerkschaften" existieren parallel zu den traditionellen Gewerkschaften aus der sowjetischen Zeit, verschiedene Initiativen haben sich in Vereinigungen und Vereinen zusammengeschlossen, aber zum großen Teil ihre breite öffentliche Wirksamkeit eingebüßt.

Fünftens war es der Anfang selbstständiger Mittelschichten über kleine Geschäfte und Geschäftsbeziehungen („malyi bisness"), die sich in der Folgezeit zahlenmäßig und regional ausdehnten und die doch bis auf den heutigen Tag als Mittelschichten keinen stabilen bzw. stabilisierenden und kaum innovativen Einfluss auf die Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur Russlands ausüben.

Zwar gab es eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen und Beschlüssen, die Initiativen und ökonomische Selbstständigkeit förderten und erlauben sollten. Sie waren bei dem Fehlen jeglicher Art von privatem wirtschaftlichen Handeln zunächst fast ausschließlich auf die Förderung individueller Landwirtschaft für die Kolchosmärkte, den Einzelhandel, Gaststätten und Dienstleistungen gerichtet. Sie waren zugleich aber so halbherzig und widersprüchlich, dass nur durch Mißachtung bestehender und neuer Regelungen davon Gebrauch gemacht werden konnte (wie man z. B. eine Gaststätte in neuen Wohngebieten eröffnen und bei gleichzeitig absolutem Alkoholverbot führen kann o. ä.).

In den Jahren seit 1986 gab es dennoch die ersten Gewerbegenehmigungen für private Gaststätten, Einzelhandel- und Dienstleistungsbetriebe, die vorwiegend in den infrastrukturell wenig entwickelten Rayons neuer Wohngebiete, aber auch in Kleinstädten und dörflichen Siedlungen begannen, sich aber mit dem zunehmend fehlenden Lebensmittel- und Warenangebot konfrontiert sahen.

Sechstens: Ebenfalls in den ersten Perestroika-Jahren wurden als ökonomisches Experiment, sogenannten „Komsomolbetrieben" Rechte und Vollmachten außerhalb der üblichen Planauflagen, insbesondere des bisher streng befolgten staatlichen Außenhandels- und Devisenmonopols eingeräumt. Einer bestimmten Zahl von Betrieben wurden über das ZK des Komsomol an Gruppen von Komsomol-Funktionären außerordentliche Vollmachten für eigenständigeEntscheidungen, vor allem auch für internationale Beziehungen zu Banken und Außenhandelsorganen übertragen.

Zum einen konnten sie diese erweiterten, ja einmaligen Vorzugsbedingungen nutzen, zum anderen hatten sie nach der offiziellen Privatisierung 1991/

92 und dem Beginn der Marktwirtschaft entsprechenden Vorlauf, und vor allem konnten sie die unterschiedlichen Umrechnungskurse des normalen Touristen-Rubels, des staatlichen Verrechnungs-Rubels und des Devisen-Rubels beim Kauf und Verkauf jeweils zu ihren Gunsten nutzen und so binnen kurzer Zeit große Vermögen erzielen. Der staatliche Verrechnungs-Rubel betrug zu dieser Zeit. 0,65 Rbl. = 1 US$.

Nicht zufällig kommt bei der Rekrutierung der obersten Ränge der neuen russischen Wirtschaftseliten ein überproportionaler Anteil aus der Nomenklatur des Komsomol.

Siebentens: 1989/90 wurde die Wirtschaftsleitung und eigenwirtschaft-liche Tätigkeit durch das ZK der KPdSU und alle nachgeordneten Parteiorgane eingestellt. Die Vollmachten der Wirtschaftsabteilungen des ZK, wie aller nachgeordneten Einheiten wurden an die bisher weisungsgebundenen Staatsorgane, d.h. die Wirtschaftsministerien der UdSSR-Regierung, der Unionsrepubliken und entsprechenden regionalen Staatsorgane übertragen. Das betraf auch die von der Partei selbst betriebenen Wirtschaftsbetriebe, die in ihrem Besitz befindlichen Immobilien sowie Gästehäuser, Ferienkomplexe u. ä. zumeist in den besten Lagen. Die Nutznießer dieser überstürzt und juristisch nicht geregelten Eigentumsübertragungen waren die entsprechenden Partei- und staatlichen Wirtschaftspolitiker- und Funktionäre sowie die Leiter der entsprechenden Unternehmungen und Einrichtungen. Zuerst wurden die Immobilien, Gäste- und Ferienhäuser an zahlungsbereite Ausländer vermietet, woraus sich in den folgenden Jahren „russische Privatisierungslösungen" mit verdecktem Auslandskapital ergaben, die sich bis in die gegenwärtigen Eigentumsstrukturen auswirken.

IV. Die Privatisierung des staatlichen Eigentums und der offizielle Übergang zum Kapitalismus in der Jelzin-Ära (1991–1999)

Mit dem offiziellen Scheitern der sozialistischen Perestroika hatten sich in den inzwischen einflußreichen und herrschenden Gruppierungen die sozialistischen Zielstellungen so weit „ausgehöhlt", dass die bisher durchgeführten unkoordinierten „planlosen" marktwirtschaftlichen Anfänge in einem umfassenden Privatisierungsprogramm des staatlichen (Volks-)Eigentums münde-

ten. Der „Rücktritt" M. S. Gorbatschows, die Machtübernahme durch Boris N. Jelzin und der Zerfall bzw. die Auflösung der UdSSR waren die äußeren Markierungspunkte für die zielstrebige Einleitung einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung. Die groß angelegte Privatisierung des staatlichen Eigentums an Produktionsbetrieben, Rohstofflagern, Einrichtungen der Infrastruktur, wissenschaftlich-technischer Einrichtungen u. a. erweiterte nach den zögerlichen und widersprüchlichen Anfängen selbstständiger Mittelschichten in der Perestroika-Periode die Fragestellung bezüglich der ökonomischen und personellen Ressourcen für die Formierung einer neuen russischen Bourgeoisie. Die veränderte wirtschafts- und gesellschaftspolitische „Gangart" des "Übergangs" von Gorbatschow zu Jelzin verbindet sich mit dem Eintritt in die Politik und dem einflußreichen Aufstieg von Jegor T. Gajdar und Anatolij B. Tschubais.

E. T. Gajdar, Enkel des legendären Buchautors von „Timur und sein Trupp", wurde in der Familie des Konter-Admirals und Mititär-Journalisten Timur A. Gajdar in den Tagen des 20. KPdSU-Parteitages 1956 in Moskau geboren, studierte, promovierte und habilitierte sich an der Moskauer Universität, arbeitete von 1980 bis 1987 in Instituten der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, war von 1987 bis 1991 Wirtschaftsredakteur der KPdSU-Organe „Kommunist" und „Prawda", wurde im Frühjahr 1991 Direktor eines von ihm gegründeten Instituts für Wirtschaftspolitik an der Akademie für Volkswirtschaft der UdSSR und bereits im November 1991 – knapp drei Monate nach der Machtübernahme Jelzins – zum stellvertretenden Ministerpräsidenten für Wirtschaftspolitik sowie zum Wirtschafts- und Finanzminister der RFSR in einer Person und kurz darauf zum Ministerpräsidenten berufen.

A. B. Tschubais, Jahrgang 1955, ebenfalls einer Militärfamilie entstammend, studierte, promovierte und arbeitete als Dozent am Ingenieur-Ökonomischen Institut in Leningrad bis 1990, wurde 1990/91 bei Oberbürgermeister Anatolij A. Sobtschak Erster Stellvertretender Vorsitzender der Leningrader Stadtverwaltung und bereits im November 1991 – parallel mit Gajdars Regierungs-Ernennung – Vorsitzender des „Staatlichen Komitees der Russischen Föderation zur Leitung des Staatsvermögens" im Range eines Ministers, seit Juni 1992 stellvertretender Ministerpräsident.

Unmittelbar nach Jelzins Machtergreifung begann unter Gajdar's und Tschubais' Leitung die als „Schock-Therapie" bekannt gewordene offizielle

Privatisierung des staatlichen Eigentums. Zwei vom Obersten Sowjet der Russischen Föderation noch im Herbst 1991 angenommene Gesetze boten die juristische Grundlage.

Durch die Verantwortlichen der staatlichen Wirtschaftsorgane wurde begonnen, die großen Kombinate strategisch und finanzpolitisch taktisch zu „entflechten", effiziente Bereiche wurden ausgegliedert und eigenständig geleitet, defizitäre in Staatseigentum belassen.

Über persönliche Anteilscheine für alle Belegschaftsangehörigen (sog. „Vouchers"), die zu einem Nominalpreis ausgegeben wurden, sollten ihre Besitzer über eine Art „Volksaktie" zu Miteigentümern werden. Die in diesen Jahren grassierende Inflation ließ den Nominalwert der Voucher für die Besitzer de facto wertlos werden, bevor sie als Miteigentümer fungieren konnten. Sie boten sie öffentlich zum Kauf an, in den Jahren 1993/94 wurden sie an Metrostationen und öffentlichen Plätzen zu einem Spottpreis erworben. Während das Management der Betriebe ohnehin höher „vergütet" wurde, kauften dessen Angehörige die Vouchers von ihren Mitarbeitern direkt auf. Sie konnten somit mit ihren großen Anteilen nicht nur als exekutive Manager, sondern durch und über ihre Voucherpakete auch als Anteilseigner der Aktiengesellschaften fungieren.

Das oberste und mittlere Management der Betriebe – aber dank ihrer einfluß- und kenntnisreichen Stellungen auch zahlreiche hohe und höchste Leiter in den Wirtschaftsministerien – setzten ihre Karrieren in leitenden Wirtschaftspositionen in Verbindung mit den Eigentumsanteilen an diesen Betrieben fort, d. h. sie wurden mindestens kapitalistisch selbstständige Manager, z. T. auch Manager-Kapitalisten.

Die Voucher-Privatisierung wurde 1994 im Prinzip abgeschlossen. Sie wurde mit den klassischen Methoden der Bildung von Aktiengesellschaften und über Auktionen fortgesetzt. Die Banken wurden zu einem großen Teil als Staatsbanken mit besonderen Profilen (Außenhandelsbank, Genossenschaftsbank, Landwirtschaftsbank u. ä.) direkt privatisiert, und das staatliche Verteilungssystem wurde als staatliche Institution für die Produktionsmittel- und Konsumtionsmittel-Verteilung zu Warenbörsen der jeweiligen Produktgruppen in Privathand umfunktioniert. Auch hier wurden diejenigen Eigentümer, bzw. Anteils- und Kapitalgewinner, die an und in diesen Institutionen zum richtigen Zeitpunkt in Einfluß- und Entscheidungspositionen waren.[5]

Wie sehr dabei staatliches Eigentum verschleudert wurde, geht aus den Beispielen von Verkaufspreisen z. T. international bekannter Unternehmen in Tabelle 3 hervor:

Tabelle 3
Verkaufspreise privatisierter russischer Staatsbetriebe

Betrieb/Unternehmen	Verkaufspreis (in Mio. US-$)
RAO "Gasprom"	228,3
AwtoWAS	44,9
Noworossijsker Hafen	22,5
Werk für Konditorwaren "Krasnyi Oktjabr"	22,1
Aluminium-Werk in Bratsk	18,3
Redaktion "Iswestija"	15,4
Hubschrauber-Werk in Moskau	11,0
Aluminium-Werk in Krasnojarsk	9,1
Wnukowskoer Fluggesellschaft	5,4
Schokoladenfabrik in Samara	4,4
Uralmasch	3,7
Nordmeer-Schiffsreederei	3,3
Tulaer Waffenfabrik	3,2
Kowrowskier Gewehrfabrik	2,7
Tscheljabinsker Ttraktoren-Werk	2,2

Quelle: Zusammenstellung nach O.S. Ptschelinzew; Priwatisazija: Dokrina, Realnost, Alternatiwa. "Mir Rossii", 1998, Nr. 3, S. 39

Diese wenigen Beispiele illustrieren, woher und wie sich die neue Bourgeoisie in Russland rekrutierte. Es erfolgte vor allem aus

- den oberen Rängen der früheren Wirtschafts-Nomenklaturkader der KPdSU und des Staatsapparates,
- aus der „zweiten und dritten Reihe" (Fachdirektoren, offizielle Nachwuchskader) in den Wirtschaftsministerien und Kombinaten und damit auch ein Anteil der jüngeren Generation, einschließlich der Pioniere der sogenannten „Komsomolbetriebe" , sowie aus

- dem Personenkreis, der besonders flexibel und individuell unternehmerisch tätig wurde und als „Statthalter" mehr verdeckt als öffentlich mit dem, für oder im Namen des Auslandskapitals wirkte. Zu einer Symbolfigur dieses Typs avancierte der Elektronik-Professor Boris A. Beresowskij zu einem der gegenwärtig angeblich reichsten Russen und sogenannten „Oligarchen".

Aus all dem folgt aber auch, daß wir es kaum mit einer aufstrebenden, eigenständigen, souverän handelnden Bourgeoisie als kapitalistische Unternehmer zu tun haben, sondern mit einer „Handelsbourgeoisie", die z. T. als Statthalter von Auslandskapital, nicht als investierende, sondern vorrangig als Geld sichernde Bourgeoisie fungiert.

Die immer wieder gemeldeten Geld-Transfers in das Ausland sowie die russisch-international verwobenen mafiotischen Wirtschaftsstrukturen sind nicht moralisch zu beurteilen. Sie sind „normaler" Bestandteil dieses frühkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus unter den gegenwärtigen Bedingungen der Globalisierung der internationalen Wirtschaft.

Es ist interessant anzumerken, daß sich inzwischen auch ein neuer Typus führender Politiker, insbesondere als Wirtschaftspolitiker formierte: Neben den bereits genannten Jegor T. Gajdar und Anatolij B. Tschubais betrifft dies z. B. Grigorij A. Jawlinskij, Sergej W. Kirienko, Boris E. Nemzow, Sergej K. Schojgu u. a. Beispielsweise gehört auch der in der letzten Zeit mit der durch Gasprom erfolgten Übernahme des relativ eigenständigen NTW-Fernsehsenders in den öffentlichen Blickpunkt gerückte Alfred R. Koch (Jahrgang 1961) zu den ersten Gefährten Tschubais' in Leningrad und zu Beginn der Gajdar – Tschubais'schen Schock-Therapie.

Sie haben ihre Sozialisation und Ausbildung in der Sowjetzeit erfahren, ihre öffentliche und politische Wirksamkeit setzte aber überwiegend in der Perestroika ein. Die Genannten sind alle zwischen 1952 und 1962 geboren und verkörpern den sich neu herausbildenden Politikertypus der sich formierenden russischen Bourgeoisie.

Im Gefolge der bisherigen Privatisierung ergibt sich in der Industrie Russlands folgende Eigentumsstruktur (vgl. Tabelle 4)

1. Danach waren 1996 – 88 % aller Betriebseinheiten Privatbetriebe, für 2000 wurden bis zu 92 % prognostiziert. Allerdings hatten sie 1996 nur einen Beschäftigtenanteil von ca. 26 % und einen Anteil an der industriellen

Tabelle 4
Die russische Industrie nach Eigentumsarten 1994–2000 (in Prozent)

	1994			1995			1996			Prognose 2000		
	Anteile	Produktion	Beschäftigte	Anteile	Produktion	Beschäftigte	Anteile	Produktion	Beschäftigte	Anteile	Produktion	Beschäftigte
Privatbetriebe	72,1	15,0	22,6	72,3	18,9	27,0	88,2	21,8	25,6	92,0	25,0	28,0
Gemischte Betriebe	16,5	60,9	48,1	16,9	66,9	52,3	6,1	65,1	57,0	4,0	62,0	54,5
Staatsbetriebe	9,8	21,7	28,3	8,6	11,2	19,2	3,4	9,1	15,6	3,0	7,5	15,0
Gemeinsame Betriebe	1,6	2,4	1,0	2,2	3,0	1,5	2,3	4,0	1,8	3,0	5,5	2,5

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage vonP. Fischer; Prjamye Inostrannye Investizii dlja Rossii. Moskwa 1999, S. 264

Gesamtproduktion von ca. 22 %. Das wurde auch für 2000 nicht nennenswert höher erwartet (25–28 %). Offensichtlich sind es vor allem die Betriebe mittlerer Größenordnungen (was immer das für Russland bedeutet), die bisher mehrheitlich voll privatisiert wurden. Beziehen wir vorliegende Angaben über das kleine private Unternehmertum Russlands mit ein (vgl. Tabelle 5) so betrifft es schwerpunktmäßig Betriebe des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung (Anteil in Betriebseinheiten 37 %, an ständig Beschäftigten von 34 %, an Produktionsvolumen in Mio. Rbl. 31 %, Lebensmittel-industrie 12 %–17 % – ca. 20 %, Forst- und Holzverarbeitende, Zellulose- und Papierindustrie 13%–13% – ca. 9 %, Leichtindustrie 13 %–14 % – ca. 7 %).

Das heißt, in diesen vier Industriezweig-Gruppen waren 1998 allein 76 % der Betriebseinheiten, ca, 79 % der ständig Beschäftigten und ca. 66 % des Produktionsvolumens am gesamten kleinen privaten Unternehmertum Russlands konzentriert. Dagegen verteilen sich lediglich ein Viertel der Betriebseinheiten, ein Fünftel der Beschäftigten und ein Drittel des Produktionsvolumens des gesamten kleinen Unternehmertums auf die Energieerzeugung, die Metallurgie, die chemische Industrie, die Herstellung von Baumaterialien, den medizinischen Gerätebau, die polygraphische Industrie u. a.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass der hohe Anteil von etwa 90 % privatisierter Industriebetriebe mehrheitlich kleine und mittelgroße Betriebe sind und daher der Anteil an den Beschäftigten und am industriellen Produktionsvolumen wesentlich darunter liegen. Sie sind darüber hinaus sowohl in der Industriezweigstruktur und – wie andere Angaben belegen – auch regional in den verschiedenen Territorien sehr ungleich vertreten.

2. Reine Staatsbetriebe waren 1996 demgegenüber offiziell nur noch ca. 3 % aller Betriebseinheiten. Allerdings vereinigten sie ca. 16 % der Beschäftigten in der Industrie und etwa 9 % des Produktionsvolumens. Der tatsächliche Anteil des Staates am industriellen Eigentum liegt durch die verschiedenen Mischformen und fließenden Übergänge von staatlichem und privatem Eigentum allerdings weit höher.

Tabelle 5
Das kleine private Unternehmertum in der Industrie Russlands (1. Juli 1998) – in Prozent

	Betriebseinheiten (138 000)	Ständig Beschäftigte	Produktvolumen (Mio. Rbl.)
Elektroenergetik	0,2	0,5	1,0
Heizwerke	0,7	0,6	1,6
Schwarzmetallurgie	0,8	0,7	1,2
Buntmetallurgie	1,0	1,1	1,7
Chemische und petrolchem. Industrie (ohne pharmazeut. Industrie)	3,9	3,5	11,3
Maschinenbau und Metallverarbeitung	37,8	34,2	31,1
Forst-, Holzverarbeitende und Zellulose- Papier-Industrie	13,1	13,2	8,6
Produktion von Baumaterialien	5,7	5,8	4,5
Leichtindustrie	12,9	14,3	6,5
Lebensmittelindustrie	12,4	16,8	19,6
Medizinischer Gerätebau	2,3	1,5	3,1
Polygraphische Industrie	2,7	1,7	3,3
Andere Zweige	6,5	6,1	6,5
	100,0	100,0	100,0

Quelle: "Statistitscheskij Bjulletin", Moskwa, Nojabr 1998, N. 9 (48), S. 5, 6, 7, 9

3. So weist die Tabelle 4 für 1996 „gemischte" und „gemeinsame Betriebe" mit einem Betriebsanteil von ca. 8 %, aber von 59 % Beschäftigten und sogar 69 % Produktionsanteil aus. Dabei sind der Staat, Aktiengesellschaften, andere Kapitalgesellschaften, Banken, Arbeitskollektive und Privatbesitzer Anteilseigner. Hierunter verbirgt sich in unterschiedlicher legaler, halblegaler und illegaler Form Auslandskapital, worüber nur sehr unvollkommene Informationen offiziell und inoffiziell zugänglich sind. In jedem Fall ist davon auszugehen, dass in diesen „gemischten" und „gemeinsamen" Betrieben mit Mehrheits- oder auch Minderheitsanteilen der Staat und in- und /oder ausländisches Privatkapital Eigentümer sind. Einige Beispiele der Verkaufserlöse privatisierter russischer Staatsbetriebe (vgl. Tabelle 3) in Mio. US$ verweisen auf derartigen Anteilserwerb durch Auslandskapital. Von den genannten Beispielen sind mehrere als „gemischte" Betriebe, mit nach wie vor großem Staatsanteil und – auch ausländischem – Privatkapital bekannt.

Tabelle 6
Eigentumsstruktur nichtstaatlicher Betriebe des Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK)*

Kapitaleigentümer	Privatisierte Betriebe				Gesamtheit der MIK-Betriebe einschliessl. der staatlichen Betriebe
	1995	1996	1997	1998	1998
Staat	24	20	21	15	51
Arbeitskollektiv	47	37	38	37	21
Direktion	5	8	7	7	4
Investitionsfonds	8	6	5	6	3
Staatsbetriebe	0	1	2	3	2
Privatbetriebe	7	13	13	12	7
Ausländische Besitzer	1	1	1	3	2
Banken	2	2	2	3	2
Einzelne russ. Privatpersonen	4	10	10	9	5
Sonstige	2	2	1	5	3
	100	100	100	100	100

* Der Tabelle liegen Antworten der Direktoren von MIK-Betrieben auf die Frage zu Grunde: "Wenn Sie den Gesamtumfang des Kapitals Ihres Betriebes mit 100 % annehmen, dann verteilt sich das Kapital auf welche Anteile verschiedener Besitzer?"

Quelle: R. W. Rywkina, L. J. Kosals, J. A. Simagin; Oboronnye Predprijatija Rossii, Gosudarstwo i Rynok: Problemy Sozialno – Ekonomitscheskogo Rassloenija. Moskwa 1999, S. 10

Ein besonderes staatliches Interesse besteht aus ökonomischen, politischen und militärischen Gründen an den Industriebetrieben des Militärisch-Industriellen Komplexes (MIK). Sie waren und sind überdurchschnittlich in ihrer Größe und in ihrem wissenschaftlich-technischen Standard innerhalb der Gesamtindustrie der Sowjetunion bzw. auch des gegenwärtigen Russlands. Die Wahrung der staatlichen Sicherheitsinteressen, der ökonomischen Effizienz sowie wissenschaftlich-technischer Neuerungen in diesen Betrieben des MIK verlangt – woher auch immer – Betriebs-, Innovations- und Investitionskapital sowie die Beibehaltung der staatlichen Oberhoheit Russlands (vgl. Tabelle 6).

Um diesen Spagat erfolgreich durchzuhalten, sind auch nach den damit verbundenen Privatisierungsmaßnahmen zum einen die reinen Privatbetriebe vergleichsweise minimal an der Gesamtzahl der MIK-Betriebe („Privatbetriebe", einzelne russische Privatpersonen, ausländische Besitzer) vertreten. Zum anderen wurde aber eine Vielfalt von Privatisierungs-Konstruktionen praktiziert, die trotz allem die staatliche Oberhoheit gewährleisten soll. So wird selbst bei privatisierten Betrieben der Staat als Kapitalseigentümer geführt (Staat, Staatsbetriebe), treten Direktionen und Arbeitskollektive als Kapitaleigentümer auf. Auch Banken und Investmentsfonds können als Eigentümer Lösungen mit staatlicher Oberhoheit bedeuten.

In jedem Fall ist die Privatisierung bei den MIK-Betrieben ein weiteres Beispiel für die Spezifik des russischen Privatisierungsprozesses überhaupt, der die Symbiose zwischen Staat und Privatkapital, russischem und ausländischem Kapital, legalen, halblegalen und sicher auch illegalen Transaktionen sowie die Personifikation all dessen in ökonomisch-politischen Oligarchen hervorgebracht hat. Der diesbezüglich prototypische Charakter des privatisierten und dennoch staatlich dominierten Erdgas-Konzerns „Gasprom" sticht mit seinem weit reichenden politischen Einfluss unter den dominierenden Oligarchien besonders hervor. So wurde Wiktor S. Tschernomyrdin (Jahrgang 1938) als Generaldirektor von „Gasprom", 1992 Ministerpräsident Russlands, übte diese Funktion bis März 1998 am längsten von allen Regierungschefs seit 1985 aus, kehrte danach als „Vertreter des Staates" in den Direktionsrat von „Gasprom" zurück und wurde im Mai 2001zum Botschafter Russlands in der Ukraine ernannt. Der politische Austausch der Leitung des Fernsehsenders NTW durch den Mehrheitseigner „Gasprom" im April 2001 ist aus der jüngsten Zeit ein besonderes öffentlich gewordenes Beispiel sei-

ner gesellschaftlichen Wirkungsmöglichkeiten. Es ist daher sowohl der ökonomische Zugriff auf das strategisch bedeutsame Erdgas, als auch darüber hinaus die gesellschaftspolitische Macht des Konzerns insgesamt, die bei den Kredit-, Schulden- und Umschuldungsverhandlungen Russlands mit dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank „Gasprom" immer wieder in den Mittelpunkt der erweiterten Begehrlichkeiten dieser internationalen Kapital-Institutionen rücken.

4. Der Anteil des Auslandskapitals im gegenwärtigen Russland ist schwer abzuschätzen. Es kann begründet angenommen werden, dass er in unterschiedlicher Form weitaus höher ist, als es die entsprechenden offiziellen Statistiken ausweisen. Die gesetzlich erst allmählich bzw. unklar oder noch gar nicht geklärten Steuern, Profittransfers ins Ausland, sowie ökonomische und politische Instabilitäten bedingen nicht nur Zurückhaltung des Auslandskapitals, sondern auch unterschiedlich verdeckte Formen seines Engagements. Die OECD hat sich im Mai 2001 mit der russischen Regierung über Bedingungen für „the Investment Environment in the Russian Federation. Laws, Policies and Institutions" verständigt.

Die publizistisch besonders beliebte Behandlung der Korruption, Wirtschaftskriminalität und mafiotischer Strukturen Russlands sind innerrussisch wie auch international eine Realität ungewissen Ausmaßes. Sie sind auch kein russisches Spezifikum. Selbst offizielle Statistiken geben für vergleichsweise traditionell kapitalistische OECD-Länder einen Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttosozialprodukt 1998 für Deutschland und Frankreich von ca. 15 %, für Schweden und Belgien von 20–23 % und für Italien und Griechenland von 28–29 % an. [6] Um wie viel höher war und ist dieser Anteil für Volkswirtschaften in einem sozialökonomischen Transformationsprozess mit einer Vielzahl legaler, halblegaler und illegaler Übergangslösungen in nationalen und internationalen Transaktionen der Fall.

Die offiziellen Auslandsinvestitionen in die russische Wirtschaft (vgl. Tabelle 7) sind auf ihrem relativ niedrigen Niveau kein Gradmesser für die tatsächlichen ökonomischen Auslandsbeziehungen und den realen Einfluß des Auslandskapitals. Beispielsweise investierte sowohl Deutschland als auch die USA, Japan, Frankreich und Großbritannien in der Volkrepublik China, in Brasilien u. a. Ländern weit mehr als in Russland, Deutschland sogar in Tschechien, Ungarn und Polen mehr als in Russland.[7]

Tabelle 7
Prozentuale Anteile der bedeutendsten Auslandsinvestoren in die Wirtschaft Russlands 1996–1998

	1996	1997	1998
USA	26,1	24,1	19,0
Deutschland	4,4	13,4	24,2
Großbritannien	7,5	19,6	13,5
Schweiz	20,3	14,3	3,5
Frankreich	0,6	1,7	13,1
Zypern	0,5	8,1	7,8
Niederlande	15,1	4,4	7,5
Schweden	2,4	0,6	1,2
Österreich	2,5	3,1	-
Japan	1,2	1,1	-
Luxemburg			1,9
Finnland			1,6
Summe	80,6	90,4	93,8

Die fehlenden Anteile zu 100% verteilen sich auf verschiedene weitere Staaten, von denen vor allem die GUS-Nachfolgestaaten der UdSSR hervorzuheben sind.
1998 betrug die Summe der erfaßten Auslandsinvestitionen absolut 11 773 Mio. US-Dollar, von denen 9 658 Mio. US-Dollar (= 82 %) als Kredite unterschiedlicher Art ausgewiesen werden.
Eigene Zusammenstellung auf der Basis von:
- P. Fischer. Prjamye Inostrannye Inwestizii dlja Rossii. Moskwa 1999, S. 273
- Rossija 1999. Statistitscheskij Sprawotschnik. Moskwa 1999, S. 54 u. 56

Eine geradezu sensationelle Enthüllung über den Anteil des Auslandskapitals in Industriezweigen mit hohen Wachstumszahlen und Umsatzzahlen vermitteln die Angaben der Tabelle 8. Seit Jahren werden in den diesbezüglichen offiziellen und halboffiziellen statistischen Angaben die erste und bestenfalls zweite Spalte wiedergegeben. Aber erst mit der hier aufgeführten dritten Spalte wird in der Gesamtheit aller drei das tatsächliche Ausmaß deutlich sichtbar. Der große Unterschied zwischen dem außerordentlich niedrigen Anteil an der Gesamtheit der Betriebe (0,8 %), die ca. 10 % am Gesamtumfang der Produktion ökonomisch und politisch bedeutsamer und profitabler Zweige und der hohe Kapitalanteil in diesen wichtigen Bereichen (40,3) veranschaulichen mehr als andere diesbezügliche Statistiken die Verankerung des Auslandskapitals in bestimmten zweigen der russischen Industrie. Es sind vor allem strategische Rohstoffbereiche (Energiequellen, deren Erschließung, Be-

arbeitung und dazu notwendiger Anlagen- und Apparatebau), Metallurgie, Holz- und Holzverarbeitung sowie kurze Umschlagzeiten sichernde und Kontinuität versprechende Leicht- und Nahrungsmittelindustrie. So wird der russische Markt von Tabakerzeugnissen fast vollständig von amerikanischem, japanischen und britischem Kapital kontrolliert. Die Bierherstellung und die Herstellung von Konditoreierzeugnissen und Konfekt werden zu einem großen Teil von niederländischen, französischen und Schweizer Firmen beherrscht.

Tabelle 8
Anteil des ausländischen Kapitals in der russischen Industrie

	Anteil der Betriebe mit ausländischer Teilnahme (%)	Umfang der Produktion in % der Gesamtproduktion des Zweiges	Ausmaß der ausländischen Teilnahme am Grundkapital (%)
Industrie insgesamt	0,8	9,8	40,3
Elektroenergetik	1,4	6,8	11,9
Brennstoffindustrie	4,2	9,8	42,6
darunter:			
Erdölgewinnung			41,6
Erdölverarbeitung			54,2
Erdgas			39,7
Kohle			44,6
Schwarzmetallurgie	1,5	5,1	84,7
Buntmetallurgie	2,6	8,9	28,4
Chemische und petrolchemische Industrie	1,7	15,7	41,9
Maschinenbau	0,7	5,3	10,6
darunter:			
Chemieanlagenbau und Erdölförderanlagenbau			55,9
Werkzeugmaschinenbau			77,3
Gerätebau			59,3
Automobilindustrie			3,7
Landmaschinenbau			24,4
Forst-, Holzverarbeitende u. Zellulose-Papierindustrie	1,0	25,0	64,3
Baumaterialienindustrie	0,6	8,7	72,4
Leichtindustrie	0,5	6,1	51,1
Nahrungsmittelindustrie	1,0	15,0	88,6

Quelle: "Argumenty i Fakty", 2001, N 17, S. 5

Und trotzdem sind das zwar nicht täglich und öffentlich leicht zugänglich veröffentlichte, aber dennoch offiziell bestätigte Daten (Staatliches Komitee für Statistik, Internationales Zentrum für Sozial-Ökonomische Untersuchungen), die in Wirklichkeit durch „verdeckte Geschäfte" noch höher sein dürften. Selbst die „legale Schattenwirtschaft" (d. h. ohne Drogen, Prostitution u. a.) wird mit 41 % am Bruttosozialprodukt ausgewiesen. Die Verquikkung der „Schattenwirtschaft" im internationalen Maßstab ist eine allgemein unstrittige Tatsache, zumal selbst für die „wirtschaftspolitisch zivilisierten Staaten" Deutschland und Frankreich 14,9 %, Japan 11,1 %, Großbritannien 13,0 %, Kanada 16,2 % u. ä. ausgewiesen werden.

5. Die bisherigen Ausführungen und Angaben konzentrieren sich auf die Rohstoff-Wirtschaft (der Hauptexport-Bereich Russlands), die verarbeitende Industrie, den MIK, den Banken- und Finanzbereich sowie Teile des Großhandels. Demgegenüber sind in Transport und Verkehr, produzierendem Gewerbe,Wissenschaft und Bildung, Einzelhandel und Dienstleistungen noch weitaus mehr „spontane" Formen der Privatisierung, der kleinen Geschäfte und Geschäftsbeziehungen (malyj bisness) mit einer hohen Instabilität und familialen Selbstausbeutung und verschiedenartigsten „Rechtsformen" dominant. Von ökonomisch und politisch stabilen Mittelschichten kann daher nicht ausgegangen werden. [8]

6. Auch in der Landwirtschaft haben sich noch keine eindeutig neuen sozialen Strukturen herausgebildet. So waren 1999 erst 6,9 % des landwirtschaftlich genutzten Bodens von selbstständigen Bauernwirtschaften („Fermer") mit einer durchschnittlichen Betriebsgröße von 55 Hektar genutzt. [9]

V. Die soziale Polarisierung in der sich formierenden kapitalistischen Gesellschaft Russlands

Die skizzierte sozialökonomische Entwicklung Russlands beinhaltet grundlegende Veränderungen der sozialen Lebenslagen. Was immer es an politischen, ökonomischen und sozialen Ungleichheiten in der Sowjetunion gab, so war sie in ihrer Grundstruktur eine egalitäre Gesellschaft, verhältnismäßig sogar mehr als in der DDR. So erhielten Angehörige der Intelligenz und Spezialisten kaum höhere, oftmals niedrigere Einkommen als Produktionsarbeiter. Der soziale Mindeststandard war im Allgemeinen abgesichert. Das

hat sich innerhalb von 15 Jahren seit Beginn der Perestroika grundlegend verändert:
Es sind „neue Reiche" einerseits und Arbeitslose bzw. „nicht bezahlte Beschäftigte" entstanden. Eine Kluft zwischen Preisniveau und Einkünften für Rentner und alleinerziehende Mütter, Wissenschaftler und Studenten, in früheren Zentren der verarbeitenden Industrie und in Betrieben des MIK sowie in Krisenregionen unterschiedlicher Art[10] charakterisieren den russischen Alltag.

Wenn von den gegenwärtigen Sozialstrukturen Russlands die Rede ist, dann stehen sowohl in der gesellschaftspolitischen wie auch wissenschaftlichen Diskussion die Strukturen im Mittelpunkt, die eine sich neu etablierende kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung charakterisieren: Woher kommt die neue russische Bourgeoisie ? Gibt es und wie fungiert russisches Finanzkapital? Welches Profil hat das russische Unternehmertum? Wie formieren sich die städtischen Mittelschichten? In welchem Maße entwickelt sich auf dem Lande eine selbständige Bauernschaft? Bilden die halblegalen und illegalen Wirtschaftsbeziehungen eigene soziale (mafiose) Strukturen? Wie vollzog und vollzieht sich der Elitenwechsel u. ä.

Demgegenüber bleibt der andere Pol kapitalistischer Klassenverhältnisse – die Beschäftigten im Lohnarbeitsverhältnis und ihre sozialstrukturellen Veränderungen aus der öffentlichen Diskussion weitgehend ausgeschlossen. Allenfalls in Stratifikationsuntersuchungen nach Einkommen und Selbsteinschätzung (obere, mittlere, untere u. a. Gruppierungen) sind sie in den unteren Gliederungen enthalten, bei Armutsforschungen sind sie berücksichtigt, in der Meinungsforschung werden sie z. T. gesondert ausgewiesen.

1. An eigenständigen Forschungen zur gegenwärtigen russischen Arbeiterschaft, vielleicht sogar zu den Konstitutionsbedingungen und zur Struktur einer sich verändernden Arbeiterklasse, fehlt es weitgehend. Sowohl in den Massenmedien als auch in der sozialwissenschaftlichen Publizistik und Fachliteratur werden Arbeiter und auch Arbeiterbewegung Russlands kaum problematisiert und analytisch bearbeitet. War die Arbeiterklasse und ihre „führende Rolle in der Gesellschaft" unter den staatssozialistischen Verhältnissen sowohl seriöser Forschungsgegenstand als auch öffentliches Ideologem gleichermaßen, so bleibt sie unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnis-

sen aus der politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit weitgehend ausgegrenzt. Sie ist eine kollektive Unperson.

Aus der Vielzahl der sowjetischen Gesellschaftswissenschaftler, die dazu mit ernst zu nehmenden Forschungen zwischen den 60er und 80er Jahren hervorgetreten sind, ist von den international bekannten einzig die Gruppe um Lew A. Gordon und Edward W. Klopow mit ihren Mitarbeitern übrig geblieben, die sich der Problematik der russischen Arbeiter und Arbeiterbewegung wissenschaftlich weiter verpflichtet fühlen.

E. W. Klopow hatte als letzter der namhaften sowjetischen „Arbeiterklasse"-Autoren 1985 eine zusammenfassende Monografie hierzu veröffentlicht.[11] Die Gruppe von L. A. Gordon und E. W. Klopow hat seit Beginn der Perestroika und nach der Jelzin'schen Machtergreifung 1991 das Werden und Profil der verschiedenartigen demokratischen sozialen Bewegungen, insbesondere mit ökonomischen Zielstellungen, informellen Gruppierungen sowie auch neuer unabhängiger Arbeiter-Aktivitäten vor Ort beobachtet und analysiert.

Im Mittelpunkt ihrer empirischen Untersuchungen standen die Bergarbeiter. Als traditionelle Berufsgruppe der Arbeiter mit einem hohen Konzentrationsgrad entwickelten sie, besonders bedingt durch sich ständig verschlechternde Arbeits- und Lebensbedingungen (physisch schwere, gesundheitsschädigende Arbeit und hohes Unfallrisiko, unzureichende Versorgung mit Lebensmitteln, ausbleibende Lohnzahlungen), eigene Kampfformen und Streikaktionen außerhalb der offiziellen Gewerkschaften. Die Bergarbeiter blieben auch die einzige Berufsgruppe von Arbeitern, die zwar diskontinuierlich und vor allem jeweils territorial begrenzt, in den Jahren seit 1985 kollektive Kämpfe organisiert und im besonderen Streiks[12] durchführten. In einigen Fällen vermochten die Eisenbahner noch mit gezielten Streikaktionen landesweit auf sich aufmerksam zu machen, ansonsten weist die Statistik lediglich einige örtliche Streikaktionen von Krankenschwestern und in den letzten Jahren zunehmend von Lehrern aus.

Auch die sich seit wenigen Jahren um Jewgenia G. Gwosdewa formierende und mit einem eigenen landesweiten Korrespondentennetz alle Arbeitskonflikte und -kämpfe in Russland sorgfältig dokumentierende „Agentur Sozialer Arbeits-Informationen" (ASTI) kommt mit ihren wöchentlichen und quartalsweisen Informations-Bulletins zu keinen anderen Ergebnissen und Feststellungen (vgl. Tab. 9).

Tabelle 9

Streiks in Russland von 1990–1999 nach Wirtschaftsbereichen und Teilnehmerzahlen

Jahr	Gesamtwirtschaft		darunter															
			Industrie		Bauwesen		Transport und Verkehr		Volksbildung		Gesundheitswesen		Wissenschaft u. wissenschaftl. Dienstleistungen		Übrige Zweige	
	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend	Streiks	Teilnehmer in Tausend	Zahl der Streiks	Teilnehmer in Tausend
1990	260	99,5	199	85,2	10	1,8	10	0,9	7	2,4	6	1,6	-	-	28	
1991	1755	237,7	324	159,4	16	2,4	44	6,9	1177	58,1	173	9,2	-	-	21	
1992	6273	357,6	63	37,5	14	2,7	68	13,4	4929	222,1	943	77,1	-	-	256	
1993	264	120,2	176	109,6	45	6,7	13	2,4	-	-	1	-	3	0,3	26	
1994	514	155,3	209	115,0	8	1,3	8	1,3	279	36,1	-	-	-	-	10	
1995	8856	489,4	220	140,4	11	5,2	25	9,2	8555	319,9	5	0,5	-	-	40	
1996	8278	663,9	527	365,6	34	8,1	28	5,0	7369	251,3	229	24,9	-	-	64	
1997	17007	887,3	272	184,3	38	9,2	84	16,4	15610	531,8	712	95,2	5	3,0	286	
1998	11162	530,8	228	122,7	24	4,2	34	5,4	10586	310,9	143	22,9	3	0,7	144	
1999[1]	7285	-	21	-	5	-	6	-	7130	-	49	-	1	-	73	-

1 ohne Angaben der Teilnehmerzahlen

Quelle: – eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von „Chronika Rabotschego Dwischenija", 2000, N 1–2, str. 14 u. 15; „Profsojusnoe Obosrenie", Janwar–Fewral 2000, str. 87.

Ein zweiter Schwerpunkt von L. A. Gordon und E. W. Klopow war in diesem Zusammenhang die widersprüchliche Formierung neuer unabhängiger Gewerkschaften und die parallele Existenz der traditionellen und der unabhängigen Gewerkschaften. Während die traditionellen Gewerkschaften vor allem auf die weitere Gewährleistung der aus der sowjetischen Zeit überlieferten betrieblichen Sozialleistungen (Betriebskollektivverträge mit der Betriebsleitung über Kündigungsschutz, subventioniertes Betriebsessen, Betriebskindergärten und Kinderferienlager, Urlaubsplätze u. ä.) orientiert sind, versuchen sich die neuen „unabhängigen" Gewerkschaften den veränderten Bedingungen der Konfliktaustragung mit den kapitalistischen Unternehmern zu stellen und nach westeuropäischem Vorbild eine „Sozialpartnerschaft" anzustreben. So sehr beide Orientierungen in den gemischten Wirtschafts- und Betriebsverfassungen Russlands ihre objektive Berechtigung haben und insofern sinnvoll und notwendig sind, blockieren sich beide Bewegungen mit ihren jeweiligen Grund-

orientierungen wechselseitig. Die durch das Sinken des Einkommensniveaus und die oft Monate ausstehenden Lohnauszahlungen noch bedeutsamer gewordenen betrieblichen Sozialleistungen sowie die allgemeine gesellschaftspolitische Apathie verschaffen den traditionellen Betriebsgewerkschaftsleitungen in der Regel einen nach wie vor größeren Einfluss, als den auf Konfliktaustragung mit den Unternehmern orientierten Interessenvertretungen.[13]

2. Die allgemeine Beschäftigungsentwicklung wird durch ein sehr verschwommenes Bild charakterisiert. Zum einen ist im Zuge der kapitalistischen Privatisierung der Betriebe und der Verringerung der Staatsausgaben für Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen u. a. ein Rückgang der Beschäftigten und

Tabelle 10

Veränderung in der Verteilung der Beschäftigten Russlands zwischen 1990 und 1998 nach Wirtschaftszweigen und Geschlecht

	1990		1997		1998	
	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich
- Bergbau und Industrie	48	52	39	61	38	62
- Land- und Forstwirtschaft	39	61	32	68	31	69
- Bauwesen	27	73	24	76	24	76
- Transport und Verkehr Post- u. Kommunikations-Dienstleistungen	32	68	32	68	26	74
- Groß- und Einzelhandel, Gaststätten, Marketing	80	20	62	38	62	38
- Kommunales Wohnungswesen nichtprodukt.Arten von Dienstleistungen im Haushalt u. für d. Bevölkerung	52	48	46	54	46	54
- Gesundheitswesen Körperkultur, Sozialfürsorge	83	17	81	19	81	19
- Bildung, Kultur und Kunst	77	23	79	21	79	21
- Wissenschaft und wiss. Dienstleistungen	53	47	50	50	50	50
- Kreditwesen, Finanzen u. Versicherungen	90	10	72	28	71	29
- Staatliche Leitung u. Verwltg.	67	33	50	50	48	52
- Andere Zweige	34	66	24	76	25	75
Gesamt	51	49	47	53	48	52
Zahl der Beschäftigten (in Tausend)	38114	37211	30667	33972	30265	33377

Eigene Zusammenstellung nach: Schenschtschiny i Muschtschiny Rossii. Ofizialnoe Isdanie 1998. Moskau 1998, S. 54, 55

eine Zunahme von Arbeitslosen zu verzeichnen. Zum anderen fällt aber – durch die formale weitere Betriebszugehörigkeit auch ohne konkrete Arbeit und ohne Arbeitslohn – diese Verringerung der Beschäftigtenzahlen statistisch weitaus niedriger aus, als in anderen osteuropäischen Ländern, einschließlich Ostdeutschlands (vgl. Tabelle 10).

Was jedoch trotz dieser „statistischen Verklärung" der realen Gegebenheiten auffällt, sind die mit der minimalen absoluten Verringerung der Beschäftigtenzahl dennoch verbundenen Veränderungen in den Geschlechter-Proportionen der Beschäftigten in den einzelnen Wirtschaftsbereichen fast ausnahmslos zuungunsten der Frauen. Auch bei annähernd gleichen Beschäftigtenzahlen wurden und werden weitaus mehr Frauen aus dem Arbeitsprozess verdrängt.

Diese Veränderungen werden nicht allein bei den allgemeinen Beschäftigtenzahlen, sondern auch bei bestimmten herausgehobenen Berufsgruppen, bzw. bei politischen Repräsentativ-Funktionen wie z. B. bei den Abgeordneten-Mandaten sichtbar (vgl. Tabelle 11).Selbst in der Business-Elite und unter den Wirtschaftsmanagern sank der Anteil der Frauen gegenüber den leitenden Wirtschaftsfunktionären der Sowjetmacht von ca. 8 % auf ca. 6 %.

Tabelle 11
Zusammensetzung der gewählten parlamentarischen Abgeordneten 1984/85 und 1998 nach dem Geschlecht in Prozent

	männlich	weiblich
1984/85		
Oberster Sowjet der UdSSR	67	33
Oberster Sowjet der Unionsrepubliken	64	36
Sowjets der Volksdeputierten in den Gebieten, Kreisen, Städten und Dörfern	50	50
1998		
Staats-Duma Russlands	90	10
Gesetzgebende Machtorgane der regionalen Subjekte der Russischen Föderation	90	10

Quelle: – Schentschiny w SSSR. Statistitscheskye Materialy. Moskwa 1987, S. 5
– Schentschiny i Muschtschiny Rossii. Ofizialnoe Isdanie 1998. Moskwa 1998, Str. 81–85

3. Armut gab es in der Sowjetunion, aber die Grundbedürfnisse für Ernährung, Wohnung, Kleidung und Bildung waren gesichert, wenngleich dieses oft niedriger als in anderen Ländern angesetzt war. Auch das hat sich verändert.

Es ist schwierig, die Armut und diesen Verelendungsprozess wissenschaftlich-analytisch zu erfassen, obwohl gerade dazu eine Fülle offizieller statistischer Daten und empirischer Forschungsresultate russischer Sozialwissenschaftler inzwischen vorliegen. Die veröffentlichten Aussagen über den Anteil von Armut reichen von 10% bis zu 90% der russischen Bevölkerung.

Die gegenwärtig gebräuchlichste Bestimmung des sozialen Existenzminimums ist die der ILO, eine der UN zugeordneten Spezialorganisation. Sie bestimmt als Existenzminimum Einkommen unterhalb der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens des jeweiligen Landes. Das bedeutet, je niedriger die durchschnittlichen Einkommen ohnehin sind, umso niedriger ist nochmals das Existenzminimum. Danach lebten laut offizieller russischer Statistik 1998 in Russland 35,0 Mill. Menschen, d.h. 24 %, ein Viertel der Gesamtbevölkerung, unterhalb dieses Existenzminimums.

Tabelle 12
Bevölkerungsanteil mit Geldeinnahmen unterhalb des Existenzminimums

	Mill. Menschen	In Prozent der Gesamtbevölkerung
1992	49,7	33,5
1993	46,9	31,5
1994	33,3	22,4
1995	36,6	24,7
1996	32,5	22,0
1997	30,7	20,8
1998	35,0	23,8

Quelle: Sozialnoe Poloschenie i Urowen Schisni Naselenija Rossii. Ofizialnoe Isdanie 1997, Moskwa 1997, S. 116; Ofizialnoe Isdanie 1999, Moskwa 1999, S. 161

Tatjana W. Jarygina und Marina A. Moschina kamen bereits 1992/93 in einer groß angelegten empirischen Untersuchung in vier russischen Städten unterschiedlicher Größenordnung (St. Petersburg, Astrachan, Petrosawodsk.

Wjasniki) zu dem Ergebnis, dass 41 % der St. Petersburger Bevölkerung, 68 % aller Arbeitslosen, 55 % der Rentner und 41 % der Kinder unterhalb der ILO-Armutsgrenze leben.[14]

Noch deutlicher wird das Ausmaß und die Reichweite der Armut, wenn das so berechnete Existenzminimum – weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens der Gesamtbevölkerung – mit den offiziellen Arbeitslöhnen der Beschäftigten in Beziehung gesetzt werden (s. Tabelle 13).

Tabelle 13
Prozentualer Anteil der Arbeitslöhne unterhalb des Existenzminimums in verschiedenen Wirtschafts- und Gesellschaftsbereichen (Oktober 1997)
(in Prozent an den jeweils Gesamtbeschäftigten)

- Industrie	17,5
darunter:	
- Elektroenergetik	3,6
- Nahrungsmittelindustrie	15,1
- Maschinenbau und Metallverarbeitung	28,5
- Leichtindustrie	43,6
- Landwirtschaft	65,5
- Bauwesen	14,8
- Transportwesen	8,7
- Post- und Fernmeldewesen	18,8
- Wohnungswirtschaft, kommunale	
- Dienstleistungen f. die Bevölkerung	18,5
- Gesundheitswesen, Körperkultur und	
- Sozialfürsorge	47,8
- Volksbildung	49,4
- Kultur und Kunst	56,9
- Wissenschaft und wissenschaftliche	
Dienstleistungen	31,6

Quelle: Sozialnoe Poloshenie i Urowen Schisni Naselenija Rossii. Ofizialnoe Isdanie 1999. Moskwa 1999, S. 160

Da sowohl die Einkommen als auch die Preise um die inflationäre Entwicklung nicht bereinigt sind sowie die Diskontinuität bei der Auszahlung der Arbeitseinkommen und die notwendigen Mehrfach- oder Zusatzbeschäftigungen eine korrekte statistische Analyse nicht erlauben – z. B. sind in diesen Angaben die Folgen des Finanzcrashs vom 17.8.1998 nur z. T. enthalten – muß nach anderen Bestimmungsmethoden gesucht werden.

Die auf der Grundlage des Familienbudgets beobachteten und zusammengestellten Verbrauchsstrukturen sind aussagekräftiger und zuverlässiger. Sie erfassen im Ansatz einerseits die tatsächlich erhaltenen Einkommensbestandteile unterschiedlicher Art in ihrer Gesamtheit und zeigen an Hand ihrer Verwendung die existenziellen Lebensbedingungen der Bevölkerung. Wenn danach gegenwärtig durchschnittlich 40–60% des Gesamtbudgets allein für die laufende Ernährung ausgegeben werden müssen, dann läßt sich ermessen, was für Wohnbedingungen, Industriewaren, Bildung, Kultur und Erholung verbleibt (s. Tabelle 14). Und dabei sind weitere drastische Preiserhöhungen für Wohnungsmiete, Wasser-, Gas- und Elektroenergie-Verbrauch und weitere kommunale Dienstleistungen noch für 2001 schon angekündigt.

Das sind Durchschnittsangaben, in denen die Ausgaben für Wohnung und damit verbundenen Kosten, für öffentlichen Transport und Telefon noch vergleichsweise moderat ausfallen.

4. Auch die Angaben zur Arbeitslosigkeit sind nur bedingt aussagefähig. Wir kennen die – selbst legalen – Grauzonen der deutschen Arbeitslosenstatistik, in der durch ABM, Umschulungen, Frühberentung, nicht erfaßte Beschäftigungslose u.a. selbst offizielle Vertreter von einer etwa doppelten Anzahl von Arbeitssuchenden ohne festes Arbeitseinkommen ausgehen, gegenüber der Zahl, die monatlich von der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg verkündet werden.

Um wieviel mehr gilt das in einem Land, das bis vor kurzem keine Arbeitslosen und keine entsprechende Arbeitslosenstatistik kannte, kein oder kaum Arbeitslosengeld auszahlt und damit kein unmittelbar materielles Interesse der Betroffenen zur Registratur beim Arbeitsamt weckt, in weiten Regionen Russlands in den letzten Jahren überhaupt erst Arbeitsämter eingerichtet wurden, viele Betriebe zahlreiche Beschäftigte monate- und selbst jahrelang noch als Betriebsangehörige führen, obwohl sie sie schon nicht mehr beschäftigen oder die geleistete Arbeit nicht bezahlen.

Tabelle 14
Struktur der durchschnittlichen Familienausgaben in Prozent 1998

- Ausgaben für die häusliche Ernährung	51,3
darunter:	
Brot	8,2
Gemüse	2,9
Obst	2,5
Fleisch und Fleischprodukte	14,2
Fisch	2,9
Milch und Milchprodukte	7,3
Zucker und Konditoreiwaren	6,0
Eier	1,1
Öl und andere Fette	2,1
Tee, Kaffe, nichtalkoholische Getränke	3,2
- Ausgaben für Ernährung außerhalb der Hauswirtschaft	2,0
- Kauf alkoholischer Getränke	2,6
- Kauf von Waren (außer Lebensmitteln)	30,2
darunter:	
Kleidung, Schuhe, Wäsche, Stoffe	12,9
Fernsehgeräte, Gegenstände für Erholung	2,8
Transportmittel	2,3
Baumaterialien	1,1
Elektrogeräte	1,0
Einrichtungsgegenstände, Möbel	4,2
Gegenstände zur persönlichen Hygenie, Medikamente u.a.	3,8
Tabakwaren	1,4
- Ausgaben für Dienstleistungen	13,9
darunter:	
kommunale Wohnung (Miete, Strom, Gas, Heizung, Wasser u. a.)	5,2
Reparaturen (Wäsche, Schuhe, Möbel,	
- Elektrogeräte, Transportmittel, Wohnung)	1,0
- Kultur	0,5
- Volksbildung und Vorschuleinrichtungen	1,0
- Medizinische Dienstleistungen	0,6
- Öffentlicher Transport	2,6
- Post- und Telefongebühren	1,2

Quelle: SozialnoePoloshenie i Urowen Schisni Naselenija Rossii. Ofizialnoe Isdanie 1999. Moskwa 1999, S. 123, 124

Tabelle 15
Registrierte Arbeitslosigkeit in Osteuropa im Dezember 1998
(in Prozent an der Gesamtzahl der Arbeitskräfte)

Moldawien	1,9	Bulgarien	12,2
WeißRussland	2,3	Russland	13,3
Ukraine	4,3	Slowenien	14,5
Estland	5,1	Slowakei	15,6
Litauen	6,9	Albanien	17,6
Tschechien	7,5	Kroatien	18,6
Ungarn	9,1	Jugoslawien	27,2
Lettland	9,2	Mazedonien	42,0
Rumänien	10,3	(1997)	
Polen	10,4		

Quelle: N. Genov; Managing Transformations in Eastern Europe. Paris – Sofia 1999, p. 50

Die zahlenmäßig geringen Streiks der letzten Jahre für Gesamtrussland betrafen – wie oben gezeigt – nur einige Berufsgruppen (Bergarbeiter, Eisenbahner, Lehrer, Krankenschwestern) und hatten als alleinigen Grund: die Auszahlung der seit Monaten ausstehenden Löhne für geleistete Arbeit. Wie hoch die tatsächliche Arbeitslosigkeit im gegenwärtigen Russland ist, weiß niemand zu sagen. Selbst die offiziellen Angaben des „Staatlichen Komitees für Statistik – GOSKOMSTAT" kommen zu sehr unterschiedlichen Aussagen.

Auch internationale Vergleiche weisen darauf hin, daß neben den tatsächlichen realen sozialökonomischen Kennziffern statistisch-methodische und administrative Unterschiede zwischen den Ländern zu berücksichtigen sind.

5. Zumindest benannt seien die ethnischen Diskriminierungen sowie die damit verbundenen Konflikte und Auswirkungen auf unterschiedliche Lebensbedingungen der verschiedenen Ethnien. Nicht nur der Tschetschenien-Krieg selbst, sondern die sogenannte „Volksstimmung" gegen die Tschetschenen, der durch einen im eigenen Land geführte Krieg erstrebte und erreichte Popularitätsgewinn eines Regierungschefs, Präsidentschaftskandidaten und jetzi-

gen Präsidenten – vom 1998 noch total unbekannten W. W. Putin zu seinen gegenwärtigen Sympathiewerten in der Bevölkerung – sagt etwas über die sozialen Beziehungen zwischen den Nationen und Ethnien im gegenwärtigen Russland aus. Zu den traditionellen und stets latent gegebenen Vorurteilen und Abgrenzungen sind die verstärkt aufgebrochenen und auch an anderen Orten bedrohlichen ethnischen Spannungen zugleich ein „Ventil" für den Unmut und die Ratlosigkeit über den Zerfall der Union, den Niedergang und die internationale Demütigung des einstigen USA-Konkurrenten und die damit in Verbindung gebrachte schwierige soziale Lage. Die gesellschaftliche Apathie und Duldsamkeit erhält in den ethnischen Vorurteilen und Stimmungen eine Schuldzuweisung gegenüber „den Fremden" im eigenen Land

Der Zerfall der UdSSR hat aber auch Flüchtlingsströme – vorwiegend von Russen – aus den früheren Unionsrepubliken und jetzigen selbständigen Staaten nach Russland zur Folge gehabt (s. Tabelle 16).

Obwohl etwas mehr als eine Million Menschen innerhalb von fünf Jahren bei einer Gesamtbevölkerung von 146 Millionen nicht sonderlich hoch erscheinen mag, war und ist es für das destabilisierte Land eine zusätzliche Herausforderung. Berücksichtigt man auch die darüber hinaus anzusiedelnden, mit Arbeit zu versorgenden und in die Gesellschaft zu integrierenden, aus den verschiedenen Ländern Osteuropas und Afghanistans heimgekehrten Armeeangehörigen – so wird die Größe dieser weiteren sozialen Herausforderung noch augenfälliger.

6. Die Zunahme der Obdachlosigkeit, Kriminalität, Prostitution, des internationalen weiblichen Menschenhandels, des Drogenmarktes- und Konsums, das Sinken der durchschnittlichen Lebensdauer – sind eigene Felder und Ausdrucksformen der weiterreichenden gesellschaftlichen Konsequenzen der veränderten sozialökonomischen Verhältnisse. Sie sind zu regulären Bestandteilen der russischen Sozialstruktur geworden.

VI. Der Elitenwechsel in die neuen Herrschaftsverhältnisse

In der Sowjetunion war die sozialstrukturelle Elitenproblematik – mit Ausnahme der ideologischen Auseinandersetzung mit nichtmarxistischen Positionen – aus mindestens zwei Gründen tabuisiert:

Tabelle 16
Zahl der Flüchtlinge und gezwungenen Übersiedler nach Russland 1991–1996

Herkunftsländer und -regionen	Zahl	Prozent
Russland	*148 542*	*12,9%*
Tschetschenien		12,0%
Inguschetien		0,04%
Nord-Ossetien		0,6%
Andere Regionen		0,3%
Westliche Länder der GUS	*30 227*	*2,6%*
WeißRussland		0,04%
Moldawien		2,0%
Ukraine		0,6%
Länder des Kaukasus	*247 117*	*21,6%*
Aserbaidschan		9,9%
Armenien		0,7%
Grusinien		11,0%
Länder Mittelasiens	*465 009*	*40,5%*
Kirgisien		7,0%
Tadschikistan		18,0%
Turkmenien		1,2%
Usbekistan		14,3%
Kasachstan	*222 006*	*19,4%*
Baltische Länder	*33 405*	*2,9%*
Lettland		1,7%
Litauen		0,2%
Estland		1,0%
Nicht bekannt	*1 048*	*1,0%*
Gesamt	*1.147 354*	*100,0%*

Quelle: A. G. Wischnewskij (Red.); Naselenie Rossii 1997. Moskwa 1998, S. 124

Erstens hatten in den sozialstrukturellen Konzepten der Sowjetgesellschaft Eliten keinen Platz. Die Gleichheits- und Gerechtigkeitsprinzipien der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen beinhalten die Überwindung sozialer Diskriminierungen und sozialer Klassen. Die im Gefolge der Oktoberrevolution 1917 stattgefundenen sozialen Öffnungen für den Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen und auch zu neuen gesellschaftlichen Führungsgruppen aus breiten Bevölkerungsschichten sowie die rigorose Durchsetzung bestimmter Egalitätsprinzipien ließ eine besondere Herausstellung von eigenständigen Eliten schon konzeptionell nicht zu. Und die alten traditionellen, übernommenen Eliten bzw. das sich neu herausbildende sowjetische Nomenklatursystem blieb von eigenständigen wissenschaftlichen Untersuchungen ohnehin ausgespart.

Hinzu kam zweitens, dass die konservative Herkunft des Elitenbegriffs (Gaetano Mosca, Vilfredo Pareto) und sein faschistischer Gebrauch ihn von vornherein für eine analytische Verwendung in der Sowjetunion disqualifizierte. Statt dessen wurde für den entsprechenden Personenkreis der traditionell russische Begriff der Intelligenz („Intelligenzija"), die einem sozialtechnokratischen Begriffsverständnis gemäße Bezeichnung „Spezialisten" und als Ergebnis der sowjetischen Entwicklung der aus dem Französischen hergeleitete Kaderbegriff – im besonderen der Nomenklatur-Kader – verwandt. Das schloss nicht aus, dass der Elitenbegriff seit den 60er und 70er Jahren gelegentlich für Analysen kapitalistischer Gesellschaften benutzt wurde und in den letzten Jahren der Sowjetunion – wie auch in der DDR – zunehmend eine öffentliche umgangssprachliche Verwendung fand (z. B. – für die Sport-Elite des Landes u. ä.).

Das veränderte sich mit der politischen, ideologischen und auch wissenschaftlichen Enttabuisierung vieler Bereiche in den Jahren der Perestroika seit 1985 und erst recht seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion seit 1991. Doch bedurfte es mehrerer Jahre, bevor eine eigenständige Elitenforschung einsetzte. Von einer entsprechenden problemorientierten Forschung kann – im Unterschied zur Kontinuität und Diskontinuität in anderen sozialstrukturellen Themenbereichen – eigentlich erst seit 1992 gesprochen werden. Die größere Häufigkeit von Elite-Titeln seit 1993 beruht z. T. auf forschungsmäßig erarbeiteten Informationen. Oftmals betrifft die Verwendung der Elitenkennzeichnung auch nur den Wechsel eines Etiketts für einen Personenkreis, der

früher als (Nomenklatur-)Kader, Intelligenz, Experten oder Spezialisten bezeichnet wurde.

Das Problem ist aber für ein marxistisches, wie für jegliches theoretisch-soziologisches Herangehen ein grundsätzlicheres: Wie werden gesellschaftliche und im besonderen politische Einfluss-, Herrschafts- und Entscheidungspositionen und ihre Personifikationen sozialstrukturell erfasst, in welchem Verhältnis stehen sie zum Gesamtgefüge der Sozialstruktur einer Gesellschaft und auf welche Weise fungieren sie und reproduzieren sie sich?

Doch dazu schweigen nicht nur die russischen Sozialwissenschaften, sondern auch die Bibliotheken füllende internationale Elitenliteratur kommt diesbezüglich nicht wesentlich über einige Klassikertexte von G. Mosca, V. Pareto, R. Michels, Ch. W. Mills u. a. hinaus. Es dominiert ein Verständnis von Funktionseliten in der Gesellschaft, die Einfluß, Herrschaft und Entscheidungen in unterschiedlichem Maße und auf verschiedene Weise wahrnehmen. Sie werden mit operationalen Bestimmungen empirisch erfasst und ihre Abfolge wird im Verhältnis von Kontinuität und Diskontinuität beobachtet.

Dem folgt auch die gegenwärtige Elitenforschung zum russischen Transformationsprozess. Sie ist allerdings – auf Grund des außerordentlich komplizierten Charakters dieser Transformation – weitaus spannender und vielfältiger, als die zum DDR – ostdeutschen Elitenwechsel.[15]

Im folgenden wird auf einige Facetten der empirischen Beobachtung des Elitenwechsels in der russischen Wirklichkeit der beiden letzten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts hingewiesen.

Ein Charakteristikum der wachsenden Zahl von Veröffentlichungen – inzwischen kann man von einem Modetrend sprechen- ist zum größten Teil eine fehlende theoretische Bestimmung und Abgrenzung von Eliten in der Sozialstruktur. Überhaupt ist eine Diskussion über Definition, Kriterien und den gesellschaftlichen Platz von Eliten in der sich formierenden neuen Sozialstruktur Russlands gering entwickelt. Entweder man verzichtet voll und ganz auf eine diesbezügliche Aussage und benutzt den Elitenbegriff ebenso selbstverständlich als gegeben, wie man ihn früher tunlichst vermieden hat oder man gibt – weitaus weniger häufig – eine Charakterisierung in Anlehnung an westliche Literatur bzw. in rein operationaler Hinsicht. Eine direkte Diskussion und Auseinandersetzung mit anderen Positionen findet kaum statt, ein jeder

stellt nur seine eigenen empirischen Resultate theoretisch weitgehend unvermittelt in den Raum.

Es ist das zweite Charakteristikum der gewachsenen Zahl von Veröffentlichungen, dass empirische Erhebungen und Darstellungen über einzelne Elitengruppen, die Transformation sowjetischer zu neuen russischen Eliten sowie über Wertorientierungen und Meinungen von Angehörigen der russischen Eliten zu politischen, ökonomischen und insgesamt gesellschaftlichen Prozessen und Perspektiven dominieren. Dabei stehen fast ausschließlich die politischen und ökonomischen Eliten im Zentrum der Aufmerksamkeit. Die anderen gesellschaftlichen Bereiche wurden bisher nur in mehreren Einzelstudien behandelt. Allein bei den retrospektiv historisch angelegten konkreten Untersuchungen gab es eine größere Zahl aus dem Bereich der wissenschaftlichen Eliten.

Ein drittes Charakteristikum und zugleich eine dritte Art russischer Elitestudien sind Selbstbesinnungen aus ihren intellektuellen Kreisen. Schon in der Breschnew-Zeit und in der kurzen Andropow – Tschernenko – Phase, aber verstärkt in der Perestroika-Periode Gorbatschows waren es vor allem Vertreter aus der künstlerischen Intelligenz, literarische Publizisten und Geisteswissenschaftler, die in biographischen Skizzen, Essays und Editionen über die historischen Spezifika des russischen Geisteslebens und seiner Repräsentanten nachdachten. In der Zeit neu gewonnener Öffentlichkeit standen nach 1985 zunächst historische Erinnerungen, Neu- und Erstbewertungen von bisherigen Elite-Persönlichkeiten aus dem zaristischen Russland, bestimmenden Akteuren des gesellschaftlichen Lebens der Sowjetunion, ausgegrenzter Intellektueller und Politiker sowie Opfer Stalin'schen Terrors im Blickpunkt. Dabei rückten auch die Eigenarten russischer Geschichte und Intellektualität in den Mittelpunkt des Interesses.

Entsprechend verschiedenartig sind die Darstellungsformen. Monographische Darstellungen, theoretisch und historisch gehaltene Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden, empirische Forschungsberichte, Essays, Konferenzbeiträge, Lehrbuchabschnitte und politische Artikel widerspiegeln zugleich die Unterschiede hinsichtlich intellektueller Verarbeitung, des Anlasses und des Zwecks der Veröffentlichung sowie der in Aussicht genommenen Adressaten.

Eine eigenständige Form von Ergebnissen und weiterführender Forschungsquellen sind neue biographische Nachschlagewerke und andere namentliche Zusammenstellungen über Angehörige von Eliten. 1993 erschien

z. B. in Russland in einer Auflage von 50 000 Exemplaren erstmalig ein nach dem Muster der internationalen „Who is Who"-Lexika ein Nachschlagewerk, in dem etwa 1200 Persönlichkeiten aus Russland und den neuen Staaten der früheren Unionsrepubliken (mit Ausnahme der drei baltischen Staaten) biographisch kurz vorgestellt werden.[16] Es erfasst Persönlichkeiten aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens (Politik, Wissenschaft, Streitkräfte, Medien, Sicherheitsdienste, Diplomatie, Religionsgemeinschaften). Im einzelnen bringt der Band – mit welchen Einschränkungen auch immer – ein hohes Maß von Glasnost zum Ausdruck. Es werden Werdegänge und Karrieren tatsächlich offengelegt, politische Determinanten sichtbar gemacht und über den Wechsel von Tätigkeiten zugleich die Vernetzung der verschiedenen Bereiche gezeigt. Damit ist ein Problem benannt, das für die weitere Analyse von sowjetisch-russischen Eliten bedeutsam ist. Die biographischen Angaben offenbaren sowjetische Karrieremuster. Im Grunde gab es zwei „normale" Politiker-Karrieren. Die eine verläuft vom Komsomol in Partei- und Staatsfunktionen, unterbrochen und unterstützt durch die Absolvierung von Parteischulen unterschiedlicher Art oder auch von staatlichen Hochschuleinrichtungen. Die zweite hatte ein Hochschulstudium, oftmals auch eine wissenschaftliche Tätigkeit bis zur Promotion zum Ausgangspunkt, um davon ausgehend in unterschiedlichen Bereichen des politischen Lebens beruflich wirksam zu werden. Im Unterschied zu westlichen Ländern waren bei den führenden Politikern naturwissenschaftliche und technische Studienfächer weitaus stärker vertreten (von L. I. Breschnew über B. N. Jelzin und W. S. Tschernomyrdin bis B. E. Nemzow in der Gegenwart).

Inwieweit dies über einzelne, selbst repräsentative Beispiele hinausgeht und tatsächlich charakteristisch für das Profil der sowjetischen politischen Eliten war, zeigt die Analyse O. W. Kryschtanowskajas (vgl. Tabelle 17).

Zugleich veranschaulicht diese Tabelle die strukturellen Veränderungen im sowjetischen Auflösungs- und kapitalistischen Formierungsprozess dieses Personenkreises der politischen Eliten von Breschnews über Gorbatschows zu Jelzins Herrschaft.

Parrallel dazu, gewissermaßen spiegelverkehrt, nimmt mit dem Übergang zum Kapitalismus der Anteil von Ökonomen und Juristen in den obersten Gruppen der politischen Eliten zu (vgl. Tabelle 18), obwohl auch in der nach Putins Präsidentschafts-Wahlsieg 2000 neu gebildeten Regierung unter Mi-

Tabelle 17
Anteil von 'Technokraten' (Personen mit Ausbildung als Techniker, Ingenieur, Agronom, Militärtechniker) an den politischen Funktionseliten
(in Prozent zur Gesamtzahl der Gruppe in jeder Spalte)

	Oberste Partei-führung	Parteielite	Parlaments-elite	Regierung	Regionale Elite	Business-elite	Insgesamt je Mann-schaft
Breschnew's Mannschaft	88,5	72,3	37,4	80,7	79,4	*	71,7
Gorbatschow's Mannschaft	68,6	51,5	48,9	*	100	*	67,3
Jelzin'sche Mannschaft	36,4	42,9	37,6	51,4	73,6	41,0	47,2

Quelle: O. W. Kryschtanowskaja; Die Transformation der alten Nomemklatur-Kader in die neue russische. Elite. In: H. Steiner, W. Jadow (Hrg.); Russland – wohin? Russland aus der Sicht russischer Soziologen. Berlin 1999, S. 239

nisterpräsident Michail M. Kasjanow von den 36 Mitgliedern nach wie vor 17 eine naturwissenschaftliche oder technische Hochschulausbildung haben.

Eine dritte – oftmals „nebenamtliche" Politikerkarriere baute auf einer überdurchschnittlich erfolgreichen Laufbahn in einer anderen Tätigkeit auf, um schließlich in herausragenden Positionen von Wissenschaft, Kultur, internationalen Beziehungen u. ä. politisch tätig zu werden. Der Schriftsteller Tsch. T. Aitmatow, der Physik-Nobelpreisträger N. G. Bassow, der Mathematiker G. L. Martschuk, die Kosmonautin V. V. Tereschkowa seien als Beispiele genannt. In einem bestimmten Maße stehen die Biographien der erfassten 55 Kosmonauten mit ihrer sozialen und beruflichen Herkunft, ihren weiteren Qualifikationen und späteren Tätigkeiten typologisch Modell für sowjetische Laufbahnmuster.

Schließlich veranschaulicht das biografische Nachschlagewerk drittens eine, bzw. 12 Gesellschaft(en) im Umbruch aus sich selbst heraus. Ganz selbstverständlich stehen bei der überwiegenden Mehrzahl der heutigen Politiker ihre früheren KPdSU-Funktionen. Die etwa 50 berücksichtigten Auslands-Botschafter sind in den 30er und 40er Jahren geboren und können eine „normale" sowjetische Diplomatenlaufbahn nachweisen, die Chefredakteure eine entsprechende journalistische, die Generale eine militärische. Selbst die 1993

Tabelle 18
Anteil der Wirtschaftsfachleute und Juristen an den politischen Funktionseliten (in Prozent zur Gesamtzahl der Gruppe in jeder Spalte)

	Oberste Partei-führung	Parteielite	Parlaments-elite	Regierung	Regionale Elite	Business-elite	Insgesamt je Mann-schaft
Breschnew's Mannschaft	11,5	5,3	3,2	10,5	6,3	*	7,4
Gorbatschow's Mannschaft	11,4	8,6	12,0	*	3,1	*	8,8
Jelzin'sche Mannschaft	22,7	17,1	26,4	31,4	11,8	35,0	2,1

Quelle: O. W. Kryschtanowskaja; Die Transformation der alten Nomenklatur-Kader in die neue russische. Elite. In: H. Steiner, W. Jadow (Hrg.); Russland – wohin? Russland aus der Sicht russischer Soziologen. Berlin 1999, S. 240

noch kleine Zahl von berücksichtigten neuen Unternehmern sind zumindest in ihren älteren Jahrgängen erfahrene Ökonomen und Leiter aus der UdSSR-Zeit. Es sind die Vertreter der früheren Funktionseliten, die bereit und in der Lage waren, auf die veränderten Bedingungen mit neuer Zielrichtung verändernd einzuwirken. Dabei sind Bereitschaft und Fähigkeit täglich aufs neue gefragt, liegen Versuch und Irrtum, Bewährung und Enttäuschung individuell wie gesellschaftlich dicht beieinander. Es ist ein Selektions- und Neuformierungs-Prozess funktioneller Eliten, der sich von allen konzeptionellen und strategischen, innen- und außenpolitischen Einflußfaktoren abgesehen – über Jahre, ja mindestens zwei bis drei Jahrzehnte hinziehen wird und bei dem selbst in den neu hineinwachsenden Jahrgängen und Generationen das Erbe und die Traditionen des vergangenen Gesellschaftstyps auf vielfältige Weise wirksam sein werden. Es wird für alle Beteiligten Russlands und der GUS ein beschwerlicher, irrender und verlustreicher Suchvorgang sein, der sich aber ohne administrative und politische Ausgrenzungen vollzieht.

Es gehört zu den Vorzügen des Bandes, dass versucht wird, den schnellen Ablauf der Veränderungen zumindest in den Jahren 1989–1992 bei den Repräsentanten so detailliert wie möglich biographisch zu erfassen. Der Wechsel in den Generationen und Tätigkeiten vollzog sich oftmals innerhalb eines Jahres mehrfach. Interessant wäre eine personelle Ergänzung der Biographien der seit

1992, bzw. seit dem Beginn des Perestroika-Prozesses 1985 aus dem öffentlichen Leben Ausgeschiedenen. Es ließe sich auf diese Weise ein zusammenfassendes Bild der Funktionseliten der Nach-Stalinschen Sowjetunion (zum Zeitpunkt 1985), der im Perestroika-Prozess vollzogenen Mobilitätsprozesse sowie die seit 1991 ablaufenden Veränderungen in Umrissen nachzeichnen.

Es fällt beispielsweise schon bei den jetzt vorliegenden Angaben auf, dass im Unterschied zur Russischen Föderation in den drei transkaukasischen und fünf mittelasiatischen Nachfolge-Staaten weit mehr Repräsentanten aus Wissenschaft und Kultur in die unmittelbaren Staatsfunktionen rückten. Das weitgehende Ausscheiden von ethnischen Russen aus den politischen Funktionseliten dieser neuen Staaten machtr eine solche nationale Ergänzung aus anderen Gesellschaftsbereichen – und dabei aus Wissenschaft und Kultur – möglich und erforderlich.

Eine vergleichsweise geringe Beachtung finden in dem Band noch die neuen Wirtschaftseliten Russlands. Da die Daten des Bandes bereits 1991/92 erfasst wurden, waren diese zu dieser Zeit noch außerordentlich diffus und die neue Business-Elite unklar erkennbar.

Insofern verdient diesbezüglich die Aktivität einer „Vereinigung junger Journalisten" (ASMO-PRESS) Interesse, die in einer Folge von Glanzdruck-Bänden Vertreter der Business-Elite Russlands und der GUS vorstellt. Zwar dienen die Bände in erster Linie Public Relations- Zwecken. Sie sind nicht als statistisch repräsentativ anzusehen, doch spiegeln sie in soziologischer Hinsicht durchaus Charakteristisches aus Russlands Wirtschaft in der ersten Hälfte der 90er Jahre wider. Es sind Firmen, die es sich leisten können und wollen, sich und ihre obersten Repräsentanten (Präsidenten, Generaldirektoren, Vorstandsvorsitzende u. ä.) mit einem entsprechenden Werbeaufwand in russischer und englischer Sprache öffentlich vorzustellen. In mehreren Bänden wurden zwischen 1992 und 1995 über 500 solcher Vertreter der neuen Business-Elite aus verschiedenen Zweigen der Industrie, des Finanzsystems, wissenschaftlich-technischer Unternehmen sowie künstlerischer Einrichtungen biographisch skizziert.[17] Mindestens zweierlei ist dabei auffallend. Erstens gibt es unter ihnen eine größere Zahl, die bereits zehn Jahre und länger in diesen gleichen Unternehmen oder in einem ähnlichen Tätigkeitsbereich (Industrieministerien – Industrieunternehmen; Finanzministerium – Banken u. ä.) in Führungspositionen tätig sind. Sie zeichnen sich durch eine sowjetische Berufslaufbahn aus, sind

vor allem in traditionellen Großbetrieben tätig und gehören zur vergleichsweise älteren Generation. Und zweitens tritt im Bereich der Wirtschaft bereits Anfang der 90er Jahre zunehmend ein neuer Typ jüngerer Spezialisten in Erscheinung. Auch sie haben ihre fachliche Ausbildung noch in der Sowjetunion erhalten, sind aber in den letzten Jahren in die Führungsetagen der Wirtschaft aufgerückt bzw. haben sich bei Neugründungen an die Spitze gestellt. Das betrifft im besonderen Unternehmungen, wie sie vor allem für das Finanzwesen, die Infrastruktur und Zweige der Leichtindustrie charakteristisch sind. Auf Spezifika ihres Rekrutierungsmechanismus wurde bereits in Verbindung mit den „Komsomol-Betrieben" der Perestroika hingewiesen.

Auch aus anderen Bereichen gibt es biographisch-lexikalische Zusammenstellungen von herausragenden Persönlichkeiten, die sich als Quellen für weiterführende Analysen eignen und vor allem noch das Primärmaterial unmittelbar dokumentieren. Das vom Institut für politische Massenbewegungen der RAU-Corporation 1993 zusammengestellte analytische Material über 100 Parteiführer Russlands ist ein solches Beispiel.[18]

Eine laufende Aufmerksamkeit verdient auch die von der politischen Tageszeitung „Nesawisimaja-Gaseta" – mehrere Jahre gemeinsam mit dem von B. A. Gruschin geleiteten Meinungsforschungsinstitut „Vox Populi" – monatlich veröffentlichten Rangskalen der 100 führenden Politiker Russlands,[19] die aus dem Urteil einer Gruppe kompetenter Experten aus den Medien und der Wissenschaft ermittelt wird.

Die Russische Akaemie der Wissenschaften veröffentlichte ein Nachschlagewerk über ihre Akademie-Mitglieder,[20] die bereits erwähnte ASMO-PRESS einen weiteren Band über „Berühmte Frauen Russlands" aus den verschiedensten Gesellschafts- und Tätigkeitsbereichen.[21] Die gegenwärtig bekannteste Eliteforscherin Russlands O. W. Kryschtanowskaja wählte 100 führende Politiker sowie die 50 besten Journalisten Russlands aus,[22] und der Umwelt-Forscher O. N. Janitzkij stellte die führenden Köpfe der russischen Ökologie-Bewegung zusammen.[23]

Die tiefgreifendsten Veränderungen vollzogen sich während Jelzins Präsidentschaft (1991–1999) in den politischen und Wirtschafts-Eliten. Noch in den Jahren 1992/93 – aus diesen Jahren stammen die zitierten Daten von O. W. Kryschtanowskaja – rekrutierten sich die politischen und Wirtschafts-Eliten überwiegend aus sowjetischen Nomenklaturkadern (vgl. Tabelle 19).

Tabelle 19
Rekrutierung der Jelzin'schen Mannschaft aus verschiedenen Elitegruppen der alten Nomenklatur

	Oberste Führung	Parteieliten	Regionale Eliten	Regierung	Business-elite	Insgesamt
Insgesamt aus der Nomenklatur	75,0	57,1	82,3	74,3	61,0	69,9
darunter: Partei	21,2	65,0	17,8	0	13,1	23,4
Komsomol	0	5,0	1,8	0	37,7	8,9
Sowjets	63,6	25,0	78,6	26,9	3,3	39,5
Wirtschaft	9,1	5,0	0	42,3	37,7	18,8
Sonstige	6,1	10,0	0	30,8	8,2	11,0

Quelle: Olga W. Kryschtanowskaja. Die Transformation der alten Nomenklatur-Kader in die neue russische Elite. In: H. Steiner, Wladimir A. Jadow (Hrsg.). „Russland – Wohin?". Russland aus der Sicht russischer Soziologen. Berlin 1999. S. 243

In der obersten politischen Führung, d. h. in der „Umgebung des Präsidenten" mit mehreren Tausend Beschäftigten kamen drei Viertel aus der sowjetischen Nomenklatur (davon ein Viertel aus den höchsten Stufe), die zuvor zu etwa zwei Dritteln im sowjetischen Staats- (64 %) und zu 20 % im Parteiapparat tätig waren.

Entscheidend niedriger war die sowjetische Nomenklatur-Herkunft bei den neuen Parteiführungen, aber dennoch mehr als die Hälfte (57 %). Die Bildung und Umstrukturierung von neuen Parteien und parteiähnlichen Gebilden machte es einer größeren Zahl von neuen Politikern aus den sozialen Bewegungen und informellen Gruppierungen der Perestroika möglich in die Führungen dieser neuen politischen Institutionen einzurücken. Dennoch kamen von den 57 % früheren Nomenklatur-Kadern zwei Drittel unmittelbar aus denen der KPdSU (65 %). Faktisch waren auch außerhalb der neuen Kommunistischen Partei in den Führungen aller anderen neuen Parteien – mit graduellen Unterschieden – Nomenklatur-Kader der KPdSU mitbestimmend.

Bei den regionalen Eliten fällt ein besonders hohes Beharrungsvermögen auf (82 %), was auch in anderen zusammenfassenden wie auch regionalen Einzelanalysen bestätigt wird. Vielfach gab es nahtlose Übergänge von der Spitze sowjetischer Staats- und Parteieinrichtungen in die Leitung der neuen politischen Institutionen.

Bei der Regierung zeichnet sich ein ähnliches Bild wie bei der obersten politischen Führung im Umfeld des Präsidenten ab. Die ebenfalls herkunftsmäßigen drei Viertel früherer Nomenklatur-Kader kamen aus verschiedenen staatlichen sowjetischen Institutionen der Sowjets, Wirtschaft und anderer Institutionen außerhalb des unmittelbaren politischen Partei- und Komsomol-Apparates.

Demgegenüber ist ähnlich wie bei den neuen Parteiführungen bei der neu entstandenen und noch im Werden begriffenen Business-Elite der Herkunftsanteil aus der sowjetischen Nomenklatur graduell etwas niedriger (61%). Dabei sind von deren Gesamtheit die 38 % aus der Wirtschaft leicht nachvollziehbar, auch die 13 % aus wirtschaftspolitischen u. a. Positionen des Parteiapparates sind im Rahmen des Gesamtszenarios der Privatisierung leicht verständlich, während für die 38 % aus der Nomenklatur des Komsomol die spezifische Variante der Komsomol-Betriebe in der Perestroika und für den Neubeginn selbstverständlich der Generationenfaktor verantwortlich war.

Insgesamt waren demzufolge in der ersten Präsidentschaft Jelzins (1991–1996), in der mit der sozialökonomischen „Schocktherapie" Gajdars und Tschubais sowie mit den neuen politischen Institutionen (Mehrparteien-System mit geheimen Wahlen, Auflösung des Parlaments und Jelzin'sche Präsidialverfassung 1993) das kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem verankert wurde – in den obersten politischen und ökonomischen Entscheidungsgremien 70 % der daran Beteiligten aus der früheren sowjetischen Nomenklatur der KPdSU, des Komsomol, des Staatsapparates, der Wirtschaft u. a.

In den acht Jahren Jelzin'scher Präsidentschaft hat sich ein bemerkenswerter Elitenwechsel im politischen und ökonomischen Bereich vollzogen. Er setzte sich auch im Medien-, Kultur- und Wissenschafts-Management fort, um so mehr, je näher sie mit den unmittelbaren Politik- und Wirtschaftsbereichen verbunden sind.

Vergleicht man die erste „Wer ist Wer"-Ausgabe von 1993 (denen empirische Angaben von 1991/92 zu Grunde lagen) mit dem „Personen Russlands"-Band von 2000[24] (mit Angaben bis 1999) – also die Jelzin'sche Herrschaftsperiode absteckend – so fallen zunächst folgende Unterschiede auf:

Erstens hat sich die Zahl des erfassten Personenkreises mit über 15 000 Kurzbiografien allein für Russland um ein Mehrfaches erweitert. Das ist nicht nur ein Erfassungsproblem, sondern spiegelt die inzwischen weitaus größere Vielfalt und Differenzierung in den Funktionseliten Russlands wider.

Tabelle 20

Die Business-ELITE Russlands 1999 nach Wirtschaftsbereichen und Altersgruppen (in Prozent)

Geburtsjahrgänge	Industrie	Rohstoffindustrie[1]	Banken u. Spark.[2]	Finanzgruppen[3]	MIK[4]	Wissenschaft u. Technik[5]	Hightech[6]	Dienstleistungen	Handel	Agrarwirtschaft	Medien	Anteil am Gesamtmanagement
bis 1929	2,5	1,0	1,6	4,0	19,1	5,6	15,8	2,0	-	-	-	2,7
1930 – 1935	10,7	14,3	9,0	2,7	19,1	19,7	15,8	6,5	2,5	8,0	3,2	9,6
1936 – 1939	19,3	16,3	7,4	8,0	23,8	22,5	-	8,5	10,0	22,0	6,4	14,2
1944 – 1945	19,0	18,4	5,7	6,7	9,5	22,5	10,5	17,0	20,0	10,0	9,5	14,9
1946 – 1949	17,8	21,4	16,4	18,7	19,1	14,1	5,3	18,3	17,5	28,0	7,9	17,5
1950 – 1955	19,0	13,3	19,7	22,7	4,8	11,3	26,3	20,3	27,5	18,0	25,4	19,0
1956 – 1959	5,2	7,1	11,5	12,0	-	2,8	21,1	11,8	7,5	10,0	28,6	9,3
1960 – 1965	5,5	6,1	20,5	16,0	4,8	4,2	5,3	12,4	12,5	4,0	17,5	9,9
ab 1966	0,9	2,0	8,2	9,3	-	-	-	3,3	2,5	-	1,6	2,8
Anteil am Gesamtmanagement	31,4	9,4	11,8	7,2	2,0	6,8	1,8	14,7	3,9	4,8	6,1	100,0

1) Gas- bzw. Erdölförderungen und Raffinerie; Kohleabbau; Erz-, Gold-, Diamantengruben; Steinbrüche
2) Banken und Sparkassen
3) Invest- und Finanzgruppen; Banken-Holdings; Kreditgesellschaften, Finanzkorporationen
4) Militärisch – Industrieller Komplex
5) Konstruktionsbüros; wissenschaftlich produktive Vereinigungen; wissenschaftlich-technische Labors von Konzernen
6) Mikro- und Optoelektronik; Weltraumtechnik; Kryogentechnik

Anteil der Personen im Rentenalter (älter als 60 Jahre): 26,5%

Quelle: Sowremennaja Polititscheskaja Istorija Rossii, (1985 –1989 gody). Tom 2: Liza Rossii, Moskwa 2000. Auswertung von Biografien von 1038 namhaften Wirtschaftsmanagern und Unternehmern Russlands, gemeinsam mit Dr. Oskar Vogel

Zweitens nehmen in diesem Zusammenhang – nicht nur im Vergleich zu 1993, sondern auch im Gesamtanteil der erfassten öffentlichen Entscheidungsträger – die selbstständigen Wirtschaftsmanager und Unternehmer, d. h. die neue Business-Elite, einen wichtigen Platz ein (ca. 15 %).

Drittens tritt der Eliten – via Generations-Wechsel – wenn auch noch sehr differenziert – inzwischen viel stärker in Erscheinung.

Viertens wird die biographische Sowjetvergangenheit in die Karriere nach wie vor voll einbezogen, doch werden einige politische KPdSU-, KGB- und Komsomol-Stationen nicht mehr so detailliert aufgeführt wie noch 1993, ohne dies aber bewusst „auszublenden". Im Gegenteil, bei den im Gefolge von Putins Präsidentschaft neu ernannten Mitarbeitern seines unmittelbaren „Umfelds" wird auch wiederholt die KGB- und andere Sicherheits- Vergangenheit benannt.

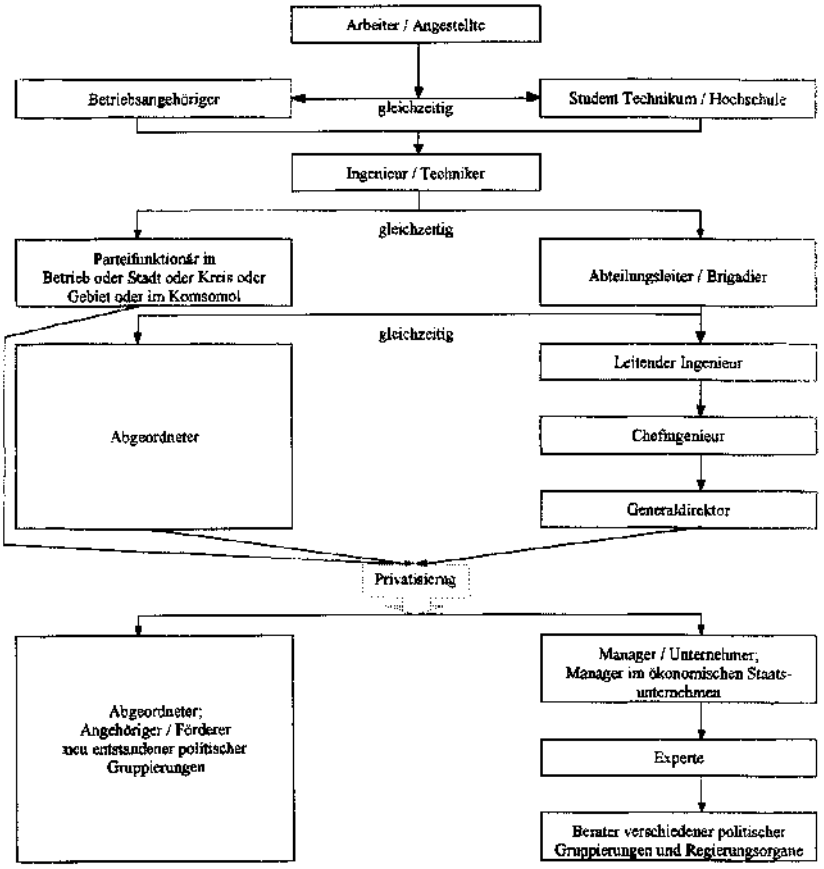
In der Tabelle 20 werden am Beispiel der neuen russischen Business-Elite einige Charakteristika des am Ende der Jelzin-Präsidentschaft stattgefundenen Elitenwechsels vorgestellt.

Zunächst fällt auf, dass sich die neue Business-Elite inzwischen auf verschiedene Verantwortungsbereiche auffächern lässt (verarbeitende Industrie, Rohstoff-Erschließung und –Verarbeitung, Militärisch-Industrieller Komplex, Agrarbetriebe, Banken, Investitions- und andere Finanz-Firmen, wissenschaftliche und technische Einrichtungen, Unternehmungen des High-Tech-Bereiches, Medien, Handelseinrichtungen, Dienstleistungen verschiedenster Art).

Zum anderen ist der wachsende Anteil der seit 1956 geborenen Jahrgänge – d. h. der 1999 unter 45-Jährigen – in der russischen Business-Elite zu erkennen. Das trifft um so mehr zu, je mehr es sich um neue Bereiche der russischen Sozialstruktur handelt (Finanzinstutionen, Medien, z. T. High-Tech). Demgegenüber sind in der verarbeitenden- und Rohstoff-Industrie, im MIK und auch verschiedenen Bereichen des High Tech noch ein überdurchschnittlicher Anteil von Wirtschaftsfunktionären und anderen Funktionären aus der UdSSR unter den veränderten Bedingungen in führenden Entscheidungspositionen tätig. Ihre Berufsbiographie lässt sich anhand der vorliegenden Angaben in „Liza Rossii" prototypisch wie folgt schematisch darstellen (vgl. Schema 1).

Demgegenüber treten bei der neuen jungen Generation schnellere, zeitlich geraffte Zugänge zu den einflußreichen Business-Positionen auf: nach abgeschlossenem oder nicht abgeschlossenem Hochschulstudium im In- und

Schema 1
Schematische Darstellung der Biografie russischer Industriemanager im Jahr 2000 (Geburtsjahrgänge 1935–1949)



westlichen Ausland, aber auch als Seiteneinsteiger sind in diesen Umbruchzeiten auch schnelle Karrieren möglich.

VII. Der russische Staats-Kapitalismus und seine politischen Sozialstrukturen zu Beginn der Putin-Präsidentschaft

Die Art der russischen Privatisierung verwandelte die großen sowjetischen Kombinate in kapitalistische Aktiengesellschaften, an denen der russische Staat in der Regel nach wie vor mit großen Anteilen als Aktionär beteiligt ist. Aus den General- und Fachdirektoren, Betriebs- und Bereichleitern der Wirtschaftsnomenklatur, aber auch aus den ökonomischen Entscheidungs- und Einflußpositionen des Partei- und Staatsapparates rekrutierten sich zu einem großen Teil die „erste Generation" der Präsidenten, Aufsichtsratsvorsitzenden und Generaldirektoren der neuen, privatisierten Aktiengesellschaften. Der Wechsel Wiktor S. Tschernomyrdins aus der Funktion des Ministers für Gasindustrie der UdSSR (1985–1989) in die des Vorsitzenden der Leitung der staatlichen Aktiengesellschaft „Gasprom"(1989–1992), über die des Regierungschefs der Russischen Föderation (1992–1998) und des Vorsitzenden der Regierungspartei „Unser Haus Russland" zurück als Vorsitzender des Rates der Direktoren der inzwischen im Rahmen der Integrierten Business-Gruppen (IBG) zu einer Industrie-Finanz-Holding-Gesellschaft entfalteten „Gasprom" sowie als jüngste Station zum Botschafter Rußlands in der politisch, ökonomisch und strategisch bedeutsamen benachbarten Ukraine – ist ein Extrem-Beispiel, aber symptomatisch für die Eigenheiten der ökonomisch-politischen Elite-Zirkulation von der Sowjetunion in das kapitalistische Russland. Auch der mehrfache Wechsel von Anatolij B. Tschubais aus Schlüsselpositionen der Politik in solche der Wirtschaft und zurück sowie von Boris A. Beresowskij aus den Finanzgeschäften zum Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats der Russischen Föderation und zurück in die ökonomisch-politische Oligarchenrolle – verkörpern diesen Typus auf eindrucksvolle Weise.

Dass es jedoch mehr als markante Einzelbeispiele, sondern neue ökonomisch-politische Sozial- und Herrschaftsstrukuren des gegenwärtigen Russland sind, soll im folgenden veranschaulicht werden.

Es sind Informationen über die sogenannten russischen Oligarchen, die Ende des Jahres 2000 erstmalig vergleichsweise detailliert veröffentlicht wurden,[25] von denen ich einige Angaben zusammengefasst vorstellen will.

Seit einigen Jahren hat sich der Terminus „Oligarchen" für einen Personenkreis herausragender ökonomisch-politischer Personen bzw. Personengruppen herausgebildet. Eingedenk der eingangs betonten Unbestimmtheiten in der tatsächlichen Sozialstruktur wie auch ihrer wissenschaftlichen und damit begrifflichen Erfassung bedeuten „Oligarchie" und „Oligarchen" – neben dem vieldeutig und umgangssprachlich benutzten „Elite"-Begriff, aber auch von „Unternehmern", „Mittelklassen", kleinen Geschäftsleuten („Malij Bisness") u. a. – die Kennzeichnung eines empirisch schwer abgrenzbaren und begrifflich unbestimmt bleibenden Personenkreises mit großem ökonomischen und politischen Einfluss, Machtbefugnissen bzw. Machtinstrumenten. Im antiken Greichenland verband sich mit Oligarchie „Herrschaft der Wenigen". In Russland sind Oligarchen die Wenigen, die tatsächlich herrschen. Auf Grund der spezifisch russischen „Staats-Privatisierung" formierte sich das Großkapital – entgegen „klassischer" kapitalistischer wirtschaftsgeschichtlicher Entwicklungen – aus den vorherigen sowjetischen Wirtschafts- und Politikstrukturen schneller und erfolgreicher als die anderen sozialökonomischen Strukturen und Institutionen der Mittelschichten u. a.

Die grundlegende Existenz- und Bewegungsform des russischen „Großkapitals" sind (Finanz-Industrie-)Gruppen von Betrieben und Firmengruppen als eigenständige juristische Personen, die auf Grund vielfältiger ökonomischer und rechtlicher Beziehungen untereinander in einigen wichtigen Zielfunktionen als einheitliches Ganzes auftreten. Jakow Sch. Pappe hat die zehn ökonomisch und politisch einflußreichsten „Integrierten Business Gruppen" (IBG) erfasst und analysiert. Im Zeithorizont ihrer Entwicklung und Positionen bis 1997, in der Dynamik des Krisen- und Nachkrisenjahres 1998/99 sowie ihrer politischen Aktivitäten im Zusammenwirken mit den staatlichen Machtorganen und den Massenmedien werden sie vorgestellt. Bemerkenswert ist dabei, dass die Massenmedien (Sredstwa Massowych Informazii – SMI) mit Industrie- und Finanzgruppen in „Industriellen Business-Gruppen" (IBG) verflochten sind. Die seit 1999 um die Gruppe „MOST-Media" und ihren Chef Wladimir A. Gusinskij geführten Auseinandersetzungen, die Turbulenzen um den NTW-Fernsehsender u. a. erschöpfen sich daher weder allein in ökonomischen Gläubiger –

Schuldner – Beziehungen einerseits, noch in Fragen der Medienfreiheit andererseits. Sie sind vielmehr Bestandteil der Konkurrenzbeziehungen und Machtverschiebungen innerhalb und zwischen den Oligarchie-Strukturen und vor allem zwischen diesen ökonomisch-politischen Oligarchien und der ihre Ansprüche durchsetzenden Staatsmacht unter der neuen Präsidentschaft Putins. Dass Gusinkij (Jahrgang 1952) zwar 1996 für seine aktive Teilnahme an der Organisation und Durchführung der Präsidenten-Wahlkampagne durch B. N. Jelzin persönlich gedankt wurde, er aber im Vorwahlkampf für das Jahr 2000 den Ex-Premier Jewgenij M. Primakow und Moskauer Bürgermeister Jurij M.Luschkow und nicht Wladimir Putin für die Präsidentschaft Russlands favorisierte, ist in diesem Zusammenhang sicher der Erwähnung wert.

Allerdings vermitteln die folgenden Angaben über die zehn führenden „Integrierten Business-Gruppen" (IBG) und ihre Verschränkung mit den politischen Machtorganen – immer verbunden mit konkreten Personen, aber unabhängig von wechselnden einzelnen Namen – mehr Einsicht über herrschende politische Sozialstrukturen, als viele begriffliche und statistische Unbestimmtheiten und offen gebliebene Ausführungen über Arbeiter und Arbeiterklasse, Bauern und Landbevölkerung, Intelligenz und Intellektuelle, Mittelschichten und kleine Geschäftsleute, soziale Polarisierung und das Ausmaß der Armut.

Tabelle 21
Die 10 größten Integrierten Business-Gruppen (IBG) Russlands

1. Gasprom	eine Besitz-IBG, die sich als Holding-Gesellschaft um das gleichnamige Gas-Kombinat formierte (Industrie-Finanz-Gruppe)
2. LUKOJL	eine Besitz-IBG, die sich als Holding-Gesellschaft um das gleichnamige Erdöl-Kombinat formierte (Industrie-Finanz-Gruppe)
3. Interros-ONEKSJM	eine Besitz-IBG, deren Zentrum die ONEKSIM-Bank innerhalb einer Holding-Gesellschaft ist (Finanz-Industrie-Gruppe)

4. „Imperium" Chodorkowski	eine Besitz-IBG, die sich um die Bank Menatep als Finanz-Industrie-Gruppe formierte und die sich seit 1997 zu einer Industrie-Finanz-Gruppe transformiert
5. Gruppe der Inkombank	eine IBG mit integrierten Leitungsmechanismen für Finanz- u. Investitionsdienstleistungen um die Inkom-Bank (Finanz-Industrie-Gruppe)
6. „Imperium" Beresowskij – Smolenskij	eine IBG mit integrierten Leitungsmechanismen für Lobbyismus und Gewinnung staatlicher Unterstützungen. Ihr Zentrum ist B. A. Beresowskij als Person; (Finanz-Industrie-Medien-Gruppe)
7. Bankgruppe „Russischer Kredit"	eine Besitz-IBG, die sich als Holding-Gesellschaft um die Bank „Russischer Kredit" formierte (Finanz-Industrie-Gruppe)
8. „Konsortium Alpha-Gruppe"	eine Besitz-IBG, die sich als Holding-Gesellschaft um die Alpha-Bank gruppiert (Finanz-Industrie-Gruppe)
9. Gruppe MOST	eine Besitz-IBG, deren zentrales Element bis 1997 die Most-Bank war und seit 1997 eine gemischte Finanz-Medien-Holding wurde; sie ist jetzt eine Medien-Finanz-Gruppe
10. AFK „Sistema"	eine Besitz-IBG, deren zentrales Element innerhalb einer Holding-Gesellschaft unbekannt ist (Industrie-Finanz-Gruppe)

Quelle: J. Sch. Pappe; „Oligarchi". Ekonomitscheskaja Chronika 1992–2000. Moskwa 2000, S. 37–39

Tabelle 22
Kurzcharakteristika von 4 der genannten 10 größten Integrierten Business-Gruppen (IBG)

Grundlegende Finanzinstitute	Stammbetriebe des realen Sektors	Hauptsächliche Medien der Massen-Information	Regionen der größten Aktivitäten
I. Gasprom			
Gasprombank	AG „Gasprom"-Gasexport	Zeitung „RT-Tribuna"	
Nationale Reservebank	Meshregiongas „ITERA" AG Gasmasch	Zeitung „Trud" Zeitschrift „Faktor	Aktiv in allen Regionen Russlands
Bank „Olympia"	AG „Asot", Tscherepowez		
Versicherungsgesellschaft SOGAS	AG „Asot", Kemerowo Lebedinskij GOK	Zeitschrift „Kompanija" Zeitschrift	
Pensionsfonds „Gasfond"	Oskolskij EMK	Zeitschrift „Neftegasowaja Vertikal"	
Investitionsgesellschaft „Horizont"		Tele-Radio-Gesellschaft „Prometheus" Tele-Gesellschaft NTW	
II. LUKOJL			
Sobin-Bank	NK LUKOJL	Zeitung „Iswestia"	Moskau
Petro-Commerz-Bank	Archangelsk-Geoldobytscha	Zeitschrift „Neft Rossii"	Tjumener Gebiet
Investitions-Bank-Gesellschaft „Nikolaj"	Komi TEK	Tele-Gesellschaft REN-TV	Permer u. Wolgograder Gebiet
Pensionsfonds „LUKOJL-Garant"	„Stawrolen"	Tele-Gesellschaft M1	Kaliningrader Gebiet
Investitionsgesellsch.-„Lukojl-Reservinvest"	„Nitron" Murmansker Meereschiffahrt	Tele-Gesellschaft TV-6 Tele-Gesellschaft TCH	Archangelsker Gebiet
Versicherungsgesellschaft „LUKOJL"	„LUKOJL-Arktis Tanker"		Südliche Regionen der Russ. Föderation, Republik Komi
III. „Imperium" Beresowskij-Smolinskij			
Bank „Perwyj OWK	NK „Sibneft"	ORT	
Bank „KOPF"	FPG „Dragozennosti"	TV-6 „Nasche Radio"	

Grundlegende Finanzinstitute	Stammbetriebe des realen Sektors	Hauptsächliche Medien der Massen-Information	Regionen der größten Aktivitäten
„Solotoplatina Bank“ „Vereinigte Bank“	„Urala“	Verlagshaus „Kommersant“	Aktiv in allen Regionen Russlands
Versicherungsgesellsch. „STS“		„Nesawisimaja Gaseta“ „Ogonjok“	
Pensionsfonds „Dobroe Delo“		„Nowye Iswestija“ „Rossijskie Westi“	
IV. AFK Sistema			
Moskauer Rekonstruktions- und Entwicklungs-Bank	Betriebe der elektronischen Industrie Selenograd	„Wetschernaja Moskwa“ „Literaturnaja Gaseta“ „Rossija „Kultura“ „Goworit Moskwa“	Moskau
Versicherungsgesell. „Rosno“	MITS „Mobile Telesysteme“ „Moskowskaja Sotowaja“ „Swjas“ „ROSIKO“, „Radiopage“ „MTU-Inform“, „MTU-Intel“, „Nedva“, „Kedr-M“, „Businowskier“ Fleischverarbeitungskombinat „Intourist“, „Sputnik“	„M-Radio“ „Awtoradio“ „Sportiwnoe Radio“ TV „Stoliza“	

Quelle: J. Sch. Pappe; „Oligarchi“. Ekonomitscheskaja Chronika 1992–2000. Moskwa 2000, S. 210, 221, 222

Zu Beginn des Jahres 2001 erschien in der diesbezüglich kompetenten Tageszeitung „Nesawisimaja Gaseta“ eine Rangliste der fünfzig politisch einflußreichsten Unternehmer Russlands im vierten Quartal 2000.[26] Die dort aufgeführten Unternehmer gehören in ihrer Mehrheit folgerichtig zu den genannten zehn führenden Integrierten Business-Unternehmen (IBG) Russlands. Sie entsprechen damit in ihrer Zweigstruktur der Rohstofferschließung und -verarbeitung (Erdöl, Erdgas, Aluminium, Metallurgie, Energie), Banken, MIK- und Waffenexport-Firmen. Auch ist bei mehreren von ihnen die „persönliche Nähe“ zu Institutionen, Funktionen und führenden Persönlichkeiten des neuen russischen Politik-Business allgemein bekannt. Ihre tatsächliche Vernetzung ist gewiss noch ungleich größer. Die individuellen Schwankun-

gen der Positionen im Laufe des Jahres im Zusammenhang mit sich verändernden Konstellationen und Prioritäten ändern nichts an der strukturellen Einflußnahme der führenden Unternehmer auf die russische Politik. Selbst B. A. Beresowskij und W. A. Gusinskij, die als umstrittene Oligarchen der russischen Wirtschaft und Politik in den letzten Monaten sich wegen drohender Strafverfolgung im Ausland aufhalten, wurde im Januar 2001 von den 65 urteilenden Experten dennoch der 6. bzw. 17. Platz unter den 50 politisch einflußreichsten Unternehmern Russlands zugewiesen.

Der Übergang von der Präsidentschaft Jelzins auf Putin 1999/2000 markiert ein bestimmtes Maß von erreichter „Normalität" in der neuen kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung „auf russisch". Der chaotische Anfangs-Kapitalismus soll endlich in „geordnete Bahnen" gelenkt werden. „Demokratie", „Demokratisierung" und „Demokraten" sind schon längst keine Zielfunktionen mehr, selbst als verbales Losungswort und persönliches Schmuckelement sind sie ausgemustert. Einige der einst mit dem Logo konsequenter „Demokraten" Angetretenen, haben sich inzwischen im Partei-Wahlverein der „Rechten Kräfte" zusammengeschlossen (S. W. Kirienko, B. E. Nemzow, A, B. Tschubais u. a.). Putin selbst setzt im Interesse einer mehrheitlichen Zustimmung in der Bevölkerung auf einen Wahlverein mit dem klassen- und parteienübergreifenden Symbol „Edinstwo" (Einheit), der für Duma-Abstimmungen und politisch spektakuläre Aktionen und Themen (wie z. B. den Krieg gegen die Tschetschenen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen „Terroristen") sowohl „die Rechten" wie die kommunistische Duma-Fraktion einzubeziehen versteht. Dabei verkörpern die seit 1999 unter Putin als Regierungschef, kommissarischer und schließlich gewählter Präsident neu formierten politischen Exekutiv-Organe Russlands (Präsidialverwaltung, Sicherheitsrat, Regierung) eine politische Symbiose zwischen der ökonomischen und politischen Bourgeoisie mit Teilen der früheren politischen und ökonomischen Sicherheits-Nomenklatur, die willens und in der Lage sind, dem chaotischen Anfangskapitalismus politisch geordnete Verwertungsbedingungen und allgemein legalisierte „Spielregeln" zu sichern. Ungezügelter Kapitalismus verbündet sich mit „law and order".

In der nach der offiziellen Wahl Putins zum Präsidenten 2000 neu gebildeten russischen Regierung unter Michail M. Kasjanow (Jahrgang 1957) sind von den 36 Ministern 26 unter 50 Jahre. Seit ihrer Studienzeit und den ersten

Tabelle 23

Der Übergang von Eigentümern oder obersten Managern aus IBG der „großen 10" in hohe administrative oder politische Funktionen der zentralen Machtorgane und staatlicher Einrichtungen der russischen Föderation

Name	Position in IBG unmittelbar vor dem Übergang in Machtorgane	Funktionen in zentralen Machtorganen	Zeitraum in zentralen Machtorganen	Positionen Anfang des Jahres 2000 '
I. Gasprom				
W. Tschernomyrdin	Vorsitzender der Leitung des Staatskonzerns „Gasprom"	Stellv. Vorsitzender der Regierung d. Russ. Föderation Vors. d. Regierung der Russ. Föderation	1992 1992–1998	Vorsitzender des Rates d. Direktoren der AG „Gasprom"
W. Kwasow	Stellv. Abteilungsleiter im Staatskonzern „Gasprom"	Leiter des Regierungsapparats	1993–1995	Erster Vizepräs. der AG „SIL"
G. Petelin	Abteilungsleiter im im Staatskonzern „Gasprom"	Ltr. d. Sekretariats d. Vorsitzenden d. Regierung	1993–1998	—
P. Rodionow	Generaldirektor von Lentransgas	Minister für Brennstoffe u. Energie	1996–1997	Erst. Stellv. Vorsitzender d. Ltg. der AG „Gasprom"
II. LUKOJL				
W. Stanew	Vizepräsident	Stellv. Minister für Brennstoffe u. Energie		Nach wie vor in der angegebenen staatl. Funktion
M. Auschew	Vizepräsident	Abgeordneter der Staats-Duma	1995–1999	Stell. Vors. d. Regierung der Rep. Ignuschetien

Name	Position in IBG unmittelbar vor dem Übergang in Machtorgane	Funktionen in zentralen Machtorganen	Zeitraum in zentralen Machtorganen	Positionen Anfang des Jahres 2000 [1]
III. Interros-ONEKSIM				
W. Potanin	Präsident der ONEKSIM-Bank	Erster stellv. Vors. d. Regierung d. Russ. Föderation	1996–1997	Präsident der Holding „Interros"
IV. „Imperium" Chodorkowskij				
S. Generalow	Stellv. Vors. d. Leitung der Bank „Menatep"	Minister für Brennstoffe u. Energetik	1998–1999	Nach wie vor in der letzten angegebenen Funktion
S. Dubow	Mitglied d. Leitung JUKOS-Bank	Abgeordneter der Staats-Duma	seit 1999	Nach wie vor in der genannten Funktion
L. Newslin	Erster Stellv. Vors. d. Vereinigten Leitung von Rosprom-JUKOS	Erster Stellv. Generaldir. von ITAR-TASS	1997–1998	Erster Stellv. Vors. der Leitung von JUKOS-Moskau
VI. „Imperium" Beresowskij – Smolenskij				
B. Beresowskij	Vors. d. Rats der Direktoren der AG LogoWAS	Stellv. Sekretär des Sicherheitsrats der RF Sekretär d. Sicherheitsrats der RF Abgeordneter der Staats-Duma		Abgeordneter der Duma
R. Abramowitsch	Mitglied d. Rats der Direktoren und Mitbesitzer der Gesellschaft Sibineft	Abgeordneter der Staats-Duma	seit 1999	Weiter in der angegebenen Funktion
A. Woloschin	—	Leiter der Präsidenten-Administration	seit 1999	Weiter in der angegebenen Funktion

Name	Position in IBG unmittelbar vor dem Übergang in Machtorgane	Funktionen in zentralen Machtorganen	Zeitraum in zentralen Machtorganen	Positionen Anfang des Jahres 2000 [1]
W. Makarow	Vors. d. Ltg. d. „Gesellschaft f. Projektfinanzierung" (KOPF)	Stellv. Leiter der Präsidenten-Administration Erster Stellv. Vors. d. Staatl. Zollkomitees	seit 2000	Weiterhin in der letzten angegebenen Funktion
VIII. „Konsortium Alpha-Gruppe"				
W. Surkow	Erster Stellv. Vors. d. Ltg. d. Alpha-Bank Stellv. Ltr. der Präsidenten-Administration	Erster Stellv. Generaldirektor von ORT	seit 1999 seit 1999	 Weiterhin in der letzten angegebenen Funktion
A. Abramow	Stell. Vors. d. Ltg. d. Alpha-Bank	Stellv. Ltr.. d. Präsidenten-Administration	seit 1999	Weiterhin in der angegebenen Funktion
IX. Gruppe MOST				
S. Swerew	Mitglied d. Ltg. der AG „Gasprom" (delegiert von d. MOST-Gruppe)	Stellv. Ltr. d. Präsidenten-Administration	1998–1999	Gruppe MOST, z. Zt. ohne offizielle Funktion
X. AFK „Sistema"				
S. Tschischow	Vizepräsident	Stellv. Minister f. Brennstoffe u. Energetik Berater d. Vors. d. Regierung d. RF zu Fragen d. Brennstoff- u. Energiekomplexes, Transports u. Verkehrs	1998–1999 seit 1999	 Weiterhin in der letzten angegebenen Funktionen

1 Hier gab es im Verlaufe des Jahres 2000 und 2001 verschiedenen Veränderungen, die noch nicht berücksichtigt sind.
Quelle: J. Sch. Pappe; „Oligarchi". Ekonomitscheskiaja Chronika 1992–2000. Moskwa 2000, S. 225–227.

Arbeitstätigkeiten in der Breschnew-Periode (1964–1982) über die Andropow/Tschernjenko-Phase (1982–1985), die Gorbatschow-Periode (1985–1991) bis zur Jelzin-Präsidentschaft (1991–1999) haben sie eine jeweils zeitgemäße Berufslaufbahn mit entsprechenden politischen Funktionen und Erfahrungen in außen-, Sicherheits- und wirtschaftspolitischen Tätigkeitsfeldern gesammelt Lediglich eine Frau (Ministerin für Sozialpolitik) und kein Beteiligter aus den Oppositionsgruppen der Breschnew- und informellen Aufbruchs-Gruppen der Gorbatschow-Periode – sind noch in der gegenwärtigen Regierung vertreten. Auch die zugänglichen biografischen Angaben zum engsten Beraterkreis des neuen Präsidenten, des Sicherheitsrats, der Spitzenpositionen in der Präsidialverwaltung und der Bevollmächtigten Inspektoren des Präsidenten für die verschiedenen Regionen zeichnen sich durch analoge sozialstrukturelle Charakteristika aus.

Die neue „Putin-Mannschaft" der politischen Exekutive Russlands verkörpert in sich die Metamorphose der sowjetisch-russichen Gesellschaft und ihrer Eliten über die genannten Perioden seit Breschnew. Sie sucht kapitalistische Wirtschaft, parlamentarische Institutionen und politischen Pluralismus mit russischen geistigen Traditionen (u. a. die orthodoxe Kirche als Staatskirche) und autoritärer Herrschaftsausübung zu verbinden.

Wie sich das in der Wahrnehmung durch die russische Bevölkerung spiegelt, veranschaulicht in der Tendenz die folgende Zusammenstellung einer repräsentativen Umfrage des Gesamtrussischen Zentrums zu Erforschung der öffentlichen Meinung (WZIOM) im Juli/August 2000:

Tabelle 24
Welche Rolle spielen im Leben des gegenwärtigen Russland ...?
(von 5 – die größte bis 1 – die geringste)

1.	Oligarchen, Bankiers und Finanzgschäftsleute	4,07
2.	Der Präsident Russlands	3,63
2.	Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen	3,63
4.	Direktoren der Großbetriebe	3,53
5.	Bewaffnete Kräfte	3,41
6.	Gouverneure	3,33
7.	Regierung	3,03

8.	Kirche	2,73
9.	Föderationsrat	2,48
10.	Staats-Duma	2,47
11.	Politische Parteien	2,42
12.	Intelligenz	2,29
13.	Gewerkschaften	1,85

Quelle: WZIOM; Obschtschestwennoe Mnenie – 2000 (Die öffentliche Meinung – 2000), Moskau, Dezember 2000, S. 75

An der Spitze stehen die Oligarchen, Bankiers, Finanzgeschäftsleute und der Präsident, während im Urteil der Bevölkerung die demokratischen Institutionen und Repräsentationen politisch-geistigen Meinungsaustauschs – Gewerkschaften, Intelligenz, politische Parteien, Staats-Duma und Föderationsrat die letzten Plätze einnehmen.

Anmerkungen

1 G. Krone-Schmalz; ... an Russland muß man einfach glauben. Meine Moskauer Jahre. Düsseldorf 1991.

2 R. Medwedew; Kapitalism w Rossii? (Kapitalismus in Russland?) Moskwa 1998.

3 M. S. Gorbatschow; Umgestaltung und neues Denken für unser Land und für die ganze Welt (1987). Berlin 1988.

4 Vgl. u. a.:
- W. F. Haug; Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Hamburg 1989
- K. Segbers (Hrg.); Perestroika. Zwischenbilanz. Frankfurt/M. 1990
- Vgl. W. A. Jadow (Hrg.); Soziologija Perestrojki (Soziologie der Perestroika) Moskwa 1990
- Polititscheskie Prozessy w Uslowijach Perestrojki (Politische Prozesse unter den Bedingungen der Perestroika). Vypusk I–IV. Moskwa 1990
- B. Kagarlitzki; Der gespaltene Monolith. Die russische Gesellschaft an der Schwelle zu den neunziger Jahren. Berlin 1991
- Kadrowyj Potenzial Perestrojki (Das Kaderpotenzial der Perestroika) Moskwa 1991
- R. Ahlberg; Sowjetgesellschaft im Epochenwandel. Studien zur Selbstaufklärung der sowjetischen Gesellschaft in der Zeit der Perestroika 1985–1991. Frankfurt 1992.

5 Vgl. u. a.
- Metody Priwatisazii Krupnych Predprijatij (Methoden der Privatisierung der Großbetriebe). Moskwa 1994
- Strategija „Schoka" ili Postepennost' ? („Schock"-Strategie oder Stufenfolge?). Moskwa 1993

- A. Tschubais (Hrg.); Priwatisazija Po-Rossijski (Privatisierung auf Russisch). Moskwa 1999
- R. Medwedew; Tschubajs i Wautscher (Tschubais und die Voucher). Moskwa 1997
- S. J. Baruskowa, W. I. Gertschikow; Priwatisazija i Trudowye Otnoschenija (Die Pri vatisierung und die Arbeitsbeziehungen). Nowosibirsk 1997
- T. Gustafson; Capitalism Russian Style. Cambridge 1999.

6 Vgl. F. Schneider, R. Osterkamp; Schattenwirtschaft in Europa. Unterschiede und Ursachen. Ifo-Schnelldienst, 2000, N 30, S. 17.

7 Vgl. P. Fischer; Prjamye Inostrannye Inwestizii dija Rossii (Direkte Auslandsinvestitionen für Russland). Moskwa 1999, str. 352, 358, 365, 370, 375, 379, 383.

8 Maloe Predpriprinimatelstwo w Rossii. Statistitscheskij Sbornik (Das kleine Unternehmertum in Russland. Ein statistischer Sammelband). Moskwa 1999.
- L. W. Babajewa, G. P. Lapina; Malyj Bisness w Rossii w Epochy Ekonomitscheskich Reform (Die kleinen Geschäfte in Russland in der Epoche der Wirtschaftsreformen). Moskwa 1997
- Srednij Klass w Sowremennom Rossijskom Obschtschestwe (Die Mittelklasse in der gegenwärtigen russischen Gesellschaft). Moskwa 1999.

9 O sostojanii selskogo chosjajstwa Rossisjskoj Federazii w 1996–1999 (Über den Zustand der Landwirtschaft der Russischen Föderation in den Jahren 1996–1999). „Statistitscheskij Bjulletin" N 8 (71), Awgust 2000, str. 9.
Vgl. u. a. :
- A. A. Wosmitel, A. P. Karpow; Stanowlenie Obrasa Schisni Rossiskogo Fermerstwa (Die Herausbildung der Lebensweise der russischen selbstständigen Bauernschaft). Moskwa 1994
- S. I. Kalugina; Paradoksy Agrarnoj Reformy w Rossii. Soziologitscheskij Analis Transformazionnych Prozessow (Paradoxia der Agrarreform in Russland. Eine Soziologische Analyse der Transformationsprozesse). Nowosibirsk 2000.

10 Vgl.:
- B. Silverman, M. Yanowitch ; New Rich – New Poor – New Russia. Winners and Losers on the Russian Road to Capitalism. Armonk, N-London 1997.
- L. J. Abalkin (Hrg.); Sozialnye Prioritety i Mechanismy Ekonomitscheskich Preobrasowanij w Rossii (Soziale Prioritäten und Mechanismen der ökonomischen Umgestaltung in Russland). Moskwa 1998
- N. F. Naumova; Rezidiwirujuschtschaja Modernisazija w Rossii: Beda, Wina ili Resurs Tschelowetschestwa? (Zurückfallende Modernisierung in Russland: Unvergleichliche Verstrickung, Schuld oder Ressource der Menschheit?) Moskwa 1999
- Y. Atal; Poverty in Transition and Transition in Poverty. Recent Developments in Hungary, Bulgaria, Romania, Georgia, Russia, Mongolia. New York – Paris 1999.

11 E. W. Klopow; Rabotschij Klass SSSR. Tendenzii Raswitija w 60–70-gody (Die Arbeiterklasse der UdSSR. Entwicklungstendenzen in den 60–70er Jahren). Moskwa 1985.

12 Vgl. u. a.:
- L. A. Gordon; Otscherki Rabotschego Dwischenija w Posle-Sozialistischeskoj Rossii (Studien zur Arbeiterbewegung im nachsozialistischen Russland). Moskwa 1993
- L. A. Gordon, E. B. Grusdwa; Schachtery 1992. Sozialnoe Sosnanie i Sozialnyj Oblik Rabotschej Elity w Poslesozialistischeskoj Rossii (Bergarbeiter 1992. Soziales Bewußtsein und soziales Antlitz der Arbeiterelite im nachsozialistischen Russland). Moskwa 1993

- L. A. Gordon, E. W. Klopow (Hrg.); Nowye Sozialnye Dwischenija w Rossii (Neue Soziale Bewegungen in Russland). Moskwa 1993
- L. A. Gordon, W. W. Klopow, I. S. Koschuchowskij (Hrg.); Krutoj Plat. Schachterskaja Schisn na Fone Restrukturisazii Otrasli i Obschtscherossijjskich Peremen (Eine harte Lage. Das Leben der Bergarbeiter auf dem Hintergrund der Restrukturierung des Wirtschaftszweiges und der gesamtrussischen Veränderungen). Moskwa 1999.

13 Vgl. u. a.:
- L. A. Gordon (Hrg.); Na Puti k Sozialnomu Partnerstwu (Auf dem Weg zur sozialen Partnerschaft). Moskwa 1994
- L. A. Gordon; Nadeschda ili Ugrosa? Rabotschee Dwischenie i Profsojusy w Perechodnoj Rossii (Hoffnung oder Gefahr? Arbeiterbewegung und Gewerkschaften im Übergangs-Russland). Moskwa 1995
- L. A. Gordon, W. Gimpel'son, E. W. Klopow, W. Komarowskij (Red.); Sozialno-Trudowye Issledowanija
- Wypusk I: Rabotschee Dwischenie w Segodnaschnej Rossii: Stanowlenie, Sowremennye Problemy, Perspektiwy (Die Arbeiterbewegung im gegenwärtigen Russland: Herausbildung, gegenwärtige Probleme, Perspektiven). Moskwa 1995
- Wypusk II: Profsojusnoe Dwischenie: Tendenzii i Problemy Perechodnogo Perioda (Die Gewerkschaftsbewegung: Tendenzen und Probleme der Übergangsperiode). Moskwa 1995
- Wypusk IX: Sanjatost' na Predprijatii: Struktura, Wneschnjaja i Wnutrennaja Mobil'nost', Politika Menedschmenta (Beschäftigung im Betrieb: Struktur, äußere und innere Mobilität, Politik des Managements). Moskwa 1997.

14 T. W. Jarygina,M. M. Moschina; Differenzierung nach Hab und Gut – Armut und Reichtum beim Übergang zur Marktwirtschaft. In: H. Steiner, W. A. Jadow Hrg.); Russland – wohin? Russland aus der Sicht russischer Soziologen. Berlin 1999, S. 164.

15 H. Steiner; Elite Research in Russia. Characteristics of Russian EliteResearch. In: H. Best, U. Becker (eds.); Elites in Transition. Elite Research in Central and Eastern Europe. Opladen 1997, pp. 107–132.

16 Kto est Kto w Rossii i w Blischnem Sarubesche Sprawotschnik (Wer ist wer in Russland und im nahen Ausland. Nachschlagewerk). Moskwa 1993.

17 Vgl. u. a. die Kataloge:
- Rossijskaja Elita Bisnessa (Russlands Business Elite). Moskwa 1992
- Elita Rossijskogo Bisnessa (Die Elite des Russischen Business). Moskwa 1993
- Elita Rossijskogo Bisnessa (Die Elite des Russischen Business). Moskwa 1994
- Elita Bisnessa Sodruschestwa Nesawisimych Gosudarstw (Die Busines-Elite der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten). Moskwa 1995
- Elita Moskowskogo Bisnessa (Die Elite des Moskauer Business). Moskwa 1995.

18 W. W. Rjabow, W. E. Chawanow; Polititscheskie Partii kak Subjekt Kadrowoj Politiki w Obschtschestwe (Die politischen Parteien als Subjekt der Kaderpolitik in der Gesellschaft). Moskwa 1993.

19 Sto Weduschtschich Politikow Rossii (100 Führende Politiker Russlands). Monatliche Rangskala der Zeitung „Nesawisimaja Gaseta".

20 Nautschnaja Elita. Kto est Kto w Rossisjskom Akademii Nauk (Die Wissenschafts-Elite. Wer ist wer in der Russischen Akademie der Wissenschaften). Moskwa 1993.

21 - Elita Bisnessa. Wypusk „Scharm" (Die Business-Elite. Ausgabe „Charme"). Moskwa 1994
- Snamenitye Schenschtschiny Rossii (Berühmte Frauen Rußlands). Moskwa 1995.

22 Sto Imen (100 Namen). Interview mit O. Kryschtanowskaja. „Sowjetskaja Rossija", 06.02. 1993.

23 - O. N. Janizkij; Sozialnye Dwischenija. 100 Interwju s Liderami (Soziale Bewegungen. 100 Interviews mit ihren Führern). Moskwa 1991
- O. N. Yanitsky; Russian Enviromentalism: Leading Figures, Facts, Opinions. Moscow 1993.

24 Sowremennaja Polititscheskaja Istorija Rossii. Tom 2: Liza Rossii (Die zeitgenössische politische Geschichte Russlands. Band 2: Persönlichkeiten Russlands). Moskwa 2000.

25 J. Sch. Pappe; „Oligarchi". Ekonomitscheskaja Chronika 1992–2000 („Die Oligarchen". Eine Wirtschaftschonik von 1992–2000). Moskwa 2000.

26 50 Naibolee Wlijatelnych Predprinimatelej (Die 50 einflußreichsten Unternehmer). „Nesawisimaja Gaseta", 23.01.2001.

Friedhilde Krause

Die slawenkundlichen Studien von Akademiemitglied Johann Erich Biester*

Ein Beitrag anläßlich seines 250. Geburtstags

Als Johann Erich Biester (1749–1816) am 3. Juli 1812 in der Königlichen Akademie seine „Denkschrift auf Friedrich Nicolai", seinen langjährigen Freund, der am 8. Januar 1811 verstorben war, vorlas, begann er seine Rede mit folgenden Worten: „Unter den verdienstvollen Männern, deren Andenken nach dem neuen Gesetz die Akademie an diesem Tage zu ehren hat, werde ich über denjenigen unserer Genossen reden, der am Anfange des verflossenen Jahres dieser seiner Vaterstadt und dem gelehrten Deutschland entrissen worden ist."[1] Es folgen Ausführungen über die Verdienste des Verlegers, Schriftstellers und bedeutenden Aufklärers Friedrich Nicolai (1735–1811), der 1789 in die Akademie aufgenommen worden war.

1798 hatte die Königliche Akademie in Berlin 41 Mitglieder. Johann Erich Biesters Aufnahme erfolgte 1798 durch den Anschluß der Königlichen Bibliothek, deren Leiter er war, an die Akademie, nicht durch Wahl. Als er bereits 1787 zum Akademiemitglied gewählt worden war, hatte es der reaktionäre Staatsminister Johann Christoph von Wöllner (1732–1798) bei König Friedrich Wilhelm II. erreicht, daß dieser Biesters Aufnahme nicht bestätigte. Wenn Biester 1812 im Nekrolog auf Nicolai von dem „neuen Gesetz der Akademie" sprach, so meinte er das neue Statut der Akademie, an dessen Ausarbeitung er als Sekretär des Reorganisations-Komitees der Akademie unter Vorsitz von Alexander von Humboldt von Oktober 1797 bis März 1809 sehr entscheidend mitgewirkt hat. Der damals übernommenen Verpflichtung der Akademie, ehemaliger verdienstvoller Akademiemitglieder zu gedenken,

* Bearbeitete und erweiterte Fassung eines Vortrages in der Klasse für Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät am 19. November 1999.

kommen wir heute nach, zwar nicht an einem Sterbetag, aber an Biesters 250. Geburtstag, den er am 17. November (1749) begangen hätte.

Johann Erich Biester ist in der Ahnengalerie der Direktoren der Staatsbibliothek zu Berlin mit einem Ölgemälde vertreten. Er ist in der Königlichen Bibliothek von 1784 bis 1816, also fast 32 Jahre, tätig gewesen und hat sie ab 1794, also 22 Jahre lang, geleitet. Das Porträt ist die Kopie eines Originals aus dem Gleim-Haus in Halberstadt und wurde von der Hallenser Malerin Hedwig Huschke (1900–1987) im Auftrage von Prof. Dr. Horst Kunze angefertigt. Der Dichter und Domsekretär Johann Wilhelm Ludwig Gleim (1719–1803) hat eine Gemäldegalerie von berühmten Zeitgenossen, mit denen er im Kontakt stand, anlegen lassen, die heute noch fast vollständig im Haus am Domplatz in Halberstadt erhalten ist. Die Galerie besitzt etwa 150 Gemälde, alles Brustbilder in natürlicher Größe, in einheitlichem Maß. Biester wurde von Ferdinand Collmann 1795 gemalt, signiert vom Maler „für Gleim".

Biesters äußere Erscheinung schildert Gustav Parthey, ein Enkel Nicolais, der dessen Verlag weiterführte, sehr anschaulich in seinen „Jugenderinnerungen" 1871: „Der Bibliothekar Biester, Nicolais genauester Freund, war ein kleiner verwachsener Mann von vieler Lebhaftigkeit und kräftig tönender Stimme. Sein Kopf reichte bei Tische kaum über den Teller, dabei gestikulierte er viel mit den Händen, und gebrauchte Messer und Gabel auf eine eigentümlich eckige Weise."[2] Biester hinterließ uns in der Sammlung „Bildnisse jetzt lebender Berliner Gelehrter mit ihren Autobiographien" 1806 eine aufschlußreiche, leider nicht umfangreiche Autobiographie.[3] Sie zeugt von seinem bescheidenen Wesen und von der klaren Einsicht in den Geist seiner Zeit und in sein eigenes Schaffen, besonders wenn man mit ihr die in dem selben Band erschienenen Ausführungen Nicolais vergleicht, die geziert und überheblich wirken und sich in unsachlicher Polemik verlieren.

Über Johann Erich Biester gibt es leider keine größere Monographie, lediglich Alfred Hass hat uns 1925 eine maschinenschriftliche Dissertation „Johann Erich Biester. Sein Leben und sein Wirken"[4] hinterlassen. Erwähnt wird Biester 1900 sehr häufig in Harnacks „Geschichte der Königlichen Preußischen Akademie" (Bd I/2), in allen historischen Darstellungen zur Königlichen Bibliothek seit 1828 und zur späteren Staatsbibliothek[5], in allen gängigen Nachschlagewerken[6] und natürlich in vielen Arbeiten zur Berliner Auf-

klärung und über Friedrich Nicolai. Er würde eine größere Monographie verdienen, auch wenn er sich oft selbst nur als bescheidenen Mittäter verstanden und daher im Hintergrund gehalten hat. Parthey spricht von Nicolais „genauestem Freund"; Biester hat nämlich Nicolais Texte sorgfältig redigiert, z. B. die verschiedenen Auflagen von dessen berühmtem Reiseführer „Beschreibung der Königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam und aller daselbst befindlichen Merkwürdigkeiten" (Berlin 1779; 1786). Über Biesters redaktionelle Verdienste an der Ausarbeitung des neuen Statuts der Akademie schrieb Harnack: „Im Ganzen ist es eine höchst respectable Arbeit, deren Hauptverdienst Biester – er hat es redigiert – zukommt."[7] Auch der Vorschlag, die Einkünfte der Akademie durch eine Stempelsteuer auf Zeitungen und Zeitschriften zu vermehren, stammt von Biester.[8] Er war in die Kalenderdeputation gewählt worden, die das Monopol der Akademie, Kalender herauszugeben, modifizieren sollte. Dieses Monopol und damit die Hauptquelle für die Bezahlung der Mitglieder war der Akademie 1811 genommen worden.[9] Biester hat auch vorübergehend für die Akademie als Censor gewirkt.[10] Wiederholt hat er bei bedeutenden Gelegenheiten im Namen der Akademie das Wort geführt. Harnack vergleicht einmal Biester mit Nicolai und gelangt zu dem Urteil: „Wie anders hat doch Biester, der gewöhnlich mit Nicolai in einem Atem genannt wird, mit der Zeit fortzuschreiten vermocht! Er ist auch von Wolf, Humboldt und den Anderen stets mit wahrem Respect behandelt worden."[11] Biester hat z. B. verstanden, daß mit Kant, der seit 1785 zu den Mitarbeitern der von ihm herausgegebenen „Berlinischen Monatsschrift" gehörte, ein großer Denker erstanden war. Nicolai sah dagegen Kants Philosophie als eine große Verirrung an.

1810 schlug Alexander von Humboldt Biester als Sekretär für die Philosophische Klasse der Akademie vor. Er wurde auch gewählt. Biester lehnte jedoch ab, da dieses Amt mit seinen Verpflichtungen an der Königlichen Bibliothek „unvereinbar" sei, zumal diese nach Gründung der Universität zunächst die Aufgabe einer Universitätsbibliothek übernehmen mußte. Biester ließ sich im März 1810 auf eigenen Wunsch aus der Philosophischen in die Philologische Klasse der Akademie versetzen, „denn er spürte, daß er mit seiner Philosophie nicht mehr in die neue Zeit gehöre."[12] Erinnert sei hier an die Auseinandersetzungen mit Johann Gottlieb Fichte (1762–1814), dessen Aufnahme in die Akademie die Akademiemitglieder verhinderten.

Kurz einiges zum Lebenslauf von Johann Erich Biester:
Er wurde am 17. November 1749 in Lübeck als fünfter Sohn eines aus Hannover stammenden, wohlhabenden Seidenhändlers geboren. Biester hat sich nicht wie die älteren Brüder dem Kaufmannsstand zugewandt, sondern den Weg einer humanistischen Ausbildung mit häuslichem Unterricht und dem Besuch einer Lateinschule in Lübeck gewählt. Er wandte sich besonders dem Erlernen von Sprachen zu, neben Griechisch und Latein dem Englischen, Französischen, Italienischen, Dänischen, Holländischen und Spanischen. Von 1767 bis 1771 studierte er in Lübeck Jura und war hier von 1771 bis 1773 als Anwalt tätig. Von 1773 bis Januar 1777 wirkte er am Pädagogium in Bützow, wo er auch den Grad eines Dr. der Rechte erwarb. Bereits ab 1771 war er Mitarbeiter an Nicolais „Allgemeiner Deutschen Bibliothek". Dank Nicolais Fürsprache wurde Biester am 1. Februar 1777 zum Privatsekretär des Staatsministers Karl Abraham Freiherr von Zedlitz (1731–1816) berufen, der dem Justizwesen in Preußen vorstand und Chef des geistlichen Departements war, damit auch bis 1787 die Aufsicht über die Königliche Bibliothek wahrnahm. Biester äußerte sich 1805 über Staatsminister Freiherr von Zedlitz mit Hochachtung „... ein unvergeßlicher Name für die Wissenschaften und die Aufklärung im Preußischen Staat zur Zeit Friedrichs des Großen und ein würdiges Ehrenmitglied der Königlichen Akademie der Wissenschaften – dieser einsichtsvolle Kenner des gelehrten Verdienstes."[13] Auf Empfehlung von Staatsminister von Zedlitz und des Ständigen Sekretärs der Akademie, Johann Bernhard Merian, ernannte Friedrich II. 1784 Biester zum Zweiten Bibliothekar an der Königlichen Bibliothek. 1794 wurde er Erster Bibliothekar und damit Leiter der Königlichen Bibliothek.

Noch vor seinem Eintritt in die Bibliothek erschienen die ersten Hefte der „Berlinischen Monatsschrift", die Biester von 1783 bis 1811 herausgab, wegen der Zensur unter wechselnden Namen und Erscheinungsorten. Die „Berlinische Monatsschrift" war das Hauptorgan der Aufklärung in Berlin, eine Bildungszeitschrift mit einem weiteren Interessenkreis als Nicolais „Allgemeine Deutsche Bibliothek" (1765–1806), da sie keine ausgesprochenen literarischen Interessen vertrat, sondern in erster Linie die Volksaufklärung förderte. Die „Berlinische Monatsschrift" (auch „Berlinische Wochenschrift") mit ihren Fortsetzungen ist Biesters Hauptwerk. Sein voller Anteil daran läßt sich nicht mit Sicherheit bestimmen, da er meist seinen Namen nicht nannte.

Die gelehrtesten Köpfe aus ganz Deutschland zählten zu den Mitarbeitern der „Berlinischen Monatsschrift", so Johann Georg Forster, Gleim, die Brüder Humboldt, Klopstock, Nicolai und Moses Mendelssohn; Kant hat fast alle seine Aufsätze hier veröffentlicht, darunter die berühmten Ausführungen „Was ist die Aufklärung", die deren Definition bringen.

Unter den Schriften Biesters findet man kein wissenschaftliches Standardwerk oder, wie er es selbst ausdrückt, keine zusammenhängenden Werke, obwohl von ihm einige Bücher stammen.[14] Auf Anregung des Staatsministers von Zedlitz begann Biester mit der Herausgabe von Lehrbüchern, er hat ferner Übersetzungen aus dem Französischen und Holländischen veröffentlicht. 1781 hat er in Berlin und Stettin eine Ausgabe Winckelmannscher Briefe (T. 1) bewerkstelligt. Uns interessieren hier seine slawenkundlichen Studien.[15]

Die engen Handelsbeziehungen, die Lübeck, wie so viele norddeutsche Hansestädte seit Anfang des 18. Jahrhunderts zu Rußland besaß, reichten bis in Biesters Familie. Wie er in seiner Autobiographie berichtet, starb einer seiner Brüder früh als Kaufmann in Petersburg.[16] Seine slawenkundlichen Interessen wurden aber besonders durch seine Studienjahre 1767 bis 1771 in Göttingen angeregt. Die Universität Göttingen war damals nicht nur die modernste deutsche Universität, sondern sie war auch von größter Bedeutung für die deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen. Was Halle in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts war, war jetzt Göttingen in der zweiten Hälfte des gleichen Jahrhunderts: Ausgangspunkt für Gelehrte, die nach Rußland gingen und dort Hervorragendes leisteten. Der Theologe, Pädagoge und Geograph Anton Friedrich Büsching (1724–1793) kehrte 1754 das erste Mal aus Rußland nach Göttingen zurück. Von 1766 bis 1793 war er als Direktor des Gymnasiums zum Grauen Kloster in Berlin tätig. Hier wird ihm Biester begegnet sein. Der Historiker August Ludwig von Schlözer (1735–1809) brach in den 60er Jahren zweimal von Göttingen nach Rußland auf, bis er sich 1767 endgültig für Göttingen entschied.

Der ständige Anziehungspunkt für Studenten der Staatswissenschaft, besonders auch für Studenten aus Rußland, war damals Schlözer. Biester spricht in seiner Autobiographie davon, daß Schlözers „auf seltene Weise mit Geist gepaarte Gründlichkeit ihn besonders anzog" und er ihn „vermittels seiner scharfen gelehrten Kritik Deutschlands als den Wiederhersteller der besseren Geschichtsmethode verehrt."[17] Schlözer hielt in Göttingen Vorlesungen

über russische Geschichte und Literatur und entwickelte eine rege Rezensionstätigkeit. Leidenschaftlich wandte er sich gegen anmaßende und ignorante Rußland- und Slawenverachtung in Deutschland. Biester spricht von Schlözers „besserer Geschichtsmethode" und weist dabei zu Recht auf seine philologisch-kritische Methode der Quellenforschung hin. Es ist Schlözers Verdienst, als erster die Bedeutung eingehender Sprachforschungen für die wissenschaftlichen Untersuchungen der Historiker erkannt zu haben. Um das Alter der Annalen und Chroniken zuverlässig bestimmen zu können, bemühte er sich erst einen Einblick in den früheren Zustand der Sprache zu gewinnen. Man kann ihn daher auch als Wegbereiter der Slawistik bezeichnen.

In Berlin begegnete Biester bei Nicolai und auch in der Königlichen Akademie einem lebhaften Interesse für Rußland. Im Nekrolog auf Nicolai erwähnt Biester den Gelehrten Johann Leonhard Frisch (1666–1743), seit 1706 Mitglied der Königlichen Societät der Wissenschaften[18], dessen Werke von Nicolai verlegt worden sind. Durch seine ausgedehnten Reisen hatte sich Frisch gute Sprachkenntnisse auch in slawischen Sprachen erworben. Er hat Leibniz und La Croze Russischunterricht erteilt. Biester ist Frisch natürlich nicht mehr begegnet, er erinnerte sich aber seiner Verdienste. Zu Biesters Zeiten, auch als die Königliche Bibliothek unter der Oberaufsicht der Akademie stand, gab es einen lebhaften Schriftentausch zwischen seiner Bibliothek zu Berlin und der Kaiserlichen Akademie der Wissenschaften in Petersburg, und Biester hat den Veröffentlichungen aus der russischen Metropole große Bedeutung beigemessen.[19]

Biester hat drei slawenkundliche Arbeiten verfaßt:

- [anonym] „Geschichte von Polen" 1796 und 1797 in dem von der Akademie herausgegebenen „Historisch-genealogischen Kalender", 314 Seiten umfassend;
- [anonym] „Abriß des Lebens und der Regierung der Kaiserin Katharina II. von Rußland", Berlin 1787 [auch Altona 1787]
  und
- „Waren die ersten Bewohner der Brandenburgisch- Preußischen Länder an der Ostsee Slawen oder Deutsche?" unter seinem Namen. Diese Arbeit ging auf zwei Vorlesungen zurück, die Biester vor der Königlichen Akademie in Berlin am 13. September 1810 und am 11. Juli 1811 gehalten hat.[20]

Biester berichtet in seiner Autobiographie, daß er im Jahre 1791 eine Reise nach Polen unternahm und „in Warschau dem König Stanislaus vorgestellt wurde" (S. 30f.). Leider fehlt jede Nachricht darüber, welchen Auftrag Biester in Polen zu erfüllen hatte. Es ist anzunehmen, daß diese Reise nicht mit der Königlichen Bibliothek in Verbindung gestanden hat, denn wir finden sie weder in den vorhandenen Bibliotheksakten, noch bei Friedrich Wilken an irgend einer Stelle erwähnt.[21] Es ist möglich, daß er den Staatsminister von Zedlitz im Sommer 1791 auf dessen Reise nach Polen begleitet hat. Biester wurde dem letzten polnischen König Stanislaw II. August Poniatowski (1732–1798) vorgestellt. Im Ergebnis dieser Reise veröffentlichte Biester „Einige Briefe über Polen, geschrieben im Sommer 1791" in der „Berlinischen Monatsschrift" (1791–93). Im Oktober 1795 haben bekanntlich Preußen, Rußland und Österreich den schändlichen Vertrag der 3. Teilung Polens unterzeichnet, mit dem Polen für 123 Jahre seines eignen Nationalstaates beraubt wurde. Namhafte deutsche Schriftsteller protestierten damals gegen das große Unrecht, das dem polnischen Volk zugefügt worden war. Auch Biesters „Geschichte von Polen" war zu diesem Zeitpunkt ihres Erscheinens (1796 und 1797) als eine Form dieses Protestes zu werten, obwohl er sich hier nicht offen gegen die Teilung Polens ausspricht. In seiner Einleitung zu der „Geschichte von Polen" hält Biester die Ereignisse in Polen für genau so wichtig wie die Französische Revolution und betont seine Stellung als „unparteiischer Beobachter" (S. 3). In Wirklichkeit ist aber seine mit sehr großer Sorgfalt und Sachkenntnis ausgearbeitete historische Darstellung von tiefer Sympathie zu dem „berühmten Volk" (S. 4) durchdrungen. Er spricht von den „unmenschlichen Vorrechten" des polnischen Adels gegen „Bürger und Bauern" (S. 302) und schließt seine Geschichte mit dem Satz, der nicht nur eine Feststellung ist, sondern in dem gleichzeitig sein tiefempfundenes Bedauern zum Ausdruck kommt: „Polen ist aus dem Verzeichnisse der Europäischen Staaten verschwunden". (S. 303). Viel deutlicher äußert sich Biester über das Schicksal Polens im Zusammenhang mit seiner scharfen Kritik an der Willkürherrschaft Katharinas II. in seiner anonymen Schrift „Abriß des Lebens und der Regierung der Kaiserin Katharina II. von Rußland" 1797. Wir verspüren hier deutlich seine Empörung gegen das dem polnischen Volke zugefügte große Unrecht. Biester schreibt: „Über das Schicksal mächtiger Fürsten waltete sie (Katharina II., F. K.) wie über das ihrer eigenen Untertanen. Der König, den

sie einst gewaltsam in Polen eingesetzt hatte, mußte selbst seine Absetzung unterzeichnen, als es ihr gefiel, ein Königreich zu vernichten. Das, was seit der Völkerwanderung nie geschehen war, auch nicht leicht geschehen konnte, seit dem die großen Europäischen Staaten der schnellen Vergrößerung eines auf Unkosten der Andern mit politischer Eifersucht entgegen gestrebt haben, was auch noch im Anfange dieses Jahrzehnts bey der wahrscheinlichen Ueberwältigung des türkischen Reichs mit Nachdruck gehindert wird, die gänzliche Vernichtung der politischen Existenz eines Staates, der vor zwanzig Jahren noch zwölf Millionen Einwohner zählte, geschah jetzt mit Polen. Es ist so leicht geschehen und hat so wenig Hindernisse von Seiten der übrigen Europäischen Mächte gefunden, als wenn es in dem Innern von Asien oder Afrika vorgegangen wäre" (S. 13f.).

Kurz nach dem Tode Katharinas II. (November 1796) gab Biester 1797 den bereits erwähnten „Abriß des Lebens und der Regierung der Kaiserin Katharina von Rußland" anonym heraus. Biesters Abriß ist deshalb so interessant, weil er sich der damals weithin in Europa verbreiteten außerordentlichen Bewunderung, die Katharina II. als der Briefpartnerin Diderots, d'Alemberts und vor allem Voltaires, als der „aufgeklärten Fürstin", die Montesquieus Schriften bei ihren Reformen zu Rate zog, nicht anschloß. Biester schreibt: „Wer kann sagen, ob diese Frau groß oder klein war. Ich schweige" (S. 97). Er bezeichnet sie als eine „merkwürdige Person", im Gegensatz zu dem Führer des großen Bauern- und Kosakenaufstandes von 1773 bis 1775, Emeljan Ivanovic Pugacev (1742–1775), in dem er einen „außerordentlichen Menschen" (S. 105) sieht und dem seine aufrichtige Sympathie gehört. Während der Regierungszeit Katharinas II. hatte das russische Reich eine gewaltige Entwicklung erlebt und war insbesondere durch seine außenpolitischen Erfolge zu einer entscheidenden Macht in Europa und Asien geworden. Biester bewundert mit Recht die Klugheit und Energie Katharina II., er unternimmt aber an keiner Stelle seines Abrisses den Versuch, die Zarin von dem despotischen System in Rußland zu trennen, wie es viele seiner Zeitgenossen taten. Im Gegenteil, er zeigt als konsequenter Gegner aller überlebten feudalistischen Erscheinungen an vielen krassen Beispielen, wie die Unmenschlichkeit ihrer Despotie einen festen Bestandteil der Politik des Zarismus darstellt. So spricht er davon, daß Katharina II. mit „eisernem Zepter in zwey Welttheilen regierte", mit einem Federzug „Hunderttausende in Bewegung setzte, um Elend und

Verderben, das der Krieg mit sich führt, in den Hütten und auf den Fluren unschuldiger Völker zu verbreiten" (S. 8). Und weiter heißt es: „Mit der schrecklichen Ordnung des Despotismus regierte Katharina die Zweite, eine Fürstin aus einem kleinen deutschen Hause, über dreißig Jahre lang ein Reich, dessen Größe die von ganz Europa übertrifft" (S. 9). Ihre „kleinliche Rache, Barbarey und Despotismus" waren „schrecklich genug, um die Menschheit zu bedauern, die unter ihm seufzte" (S. 11). Er schildert Katharinas ungeheure Verschwendungssucht und Günstlingswirtschaft in lebendigen Farben und verurteilt ihren gegen die Türken geführten Krieg als einen „ungerechten Krieg" (S. 201). Bei dem Anblick der von Katharina errichteten Säulen und Kunstdenkmäler für ihren Ruhm und die Siege ihrer Günstlinge ruft Biester aus: „Auf wie vieler Witwen und Waisen Unglück ruhen diese stolzen Säulen! Wie viel verheertes Land und zerstörte Künste umgeben dieses Denkmal!" (S. 256). Auch wenn es Pugalev gelungen wäre, „die Kaiserin Catharina II. vom Throne zu stoßen", so würde dieser ihn „wahrscheinlich nie bestiegen haben, irgend ein ehrgeiziger Großer hätte sich wohl an seiner Stelle in die Höhe geschwungen" (S. 129). Zu dieser nüchternen und richtigen Erkenntnis kommt Biester bei seinem Studium des Zarismus und als Anhänger der Französischen Revolution.

Die dritte slawenkundliche Arbeit veröffentlichte Biester unter seinem Namen und unter dem Titel „Waren die Bewohner Brandenburgisch-Preußischer Länder an der Ostsee Slawen oder Deutsche?" Wie bereits erwähnt, ging diese Studie auf zwei Vorlesungen zurück, die er am 13. September 1810 und am 11. Juli 1811 vor der Akademie gehalten hat. Biester setzt sich hier mit der durch Schlözer verneinten, aber durch einige seiner Zeitgenossen vertretenen These auseinander, wonach an der Ostsee zuerst germanische Völker gewohnt haben sollen. Er verteidigt den Standpunkt seines Lehrers Schlözer und wendet mit seinen Darlegungen dessen quellenkritische Methode an. Auch wenn zu dieser Frage intensiv weitergeforscht würde, so erscheint uns Biesters Arbeit heute dennoch insofern aktuell zu sein, da sie der immer noch vorhandenen Überheblichkeit der Deutschen gegenüber den Slawen begegnet. Biester schreibt: „Erst spät erhoben sich hiergegen bedeutende Einwendungen, die niemand so bündig und scharfsinnig vorgetragen hat, als der um mehrere Fächer der historischen Wissenschaften hochverdiente Schlözer! (Biester bezieht sich hier auf Schlözers Arbeit „Allgemeine Nordische

Geschichte", Halle 1771, F. K.) Doch dies heißt zu wenig gesagt: Schlözer ist nicht bloß der gründlichste Verteidiger, sondern der eigentliche wahre Stifter der entgegengesetzten Meinung: Daß nämlich, soweit alle Geschichte reicht, keine früheren Bewohner dieser Gegenden bekannt sind, noch mit Sicherheit nachgewiesen werden können, als Slawische Völker, längs der Ostsee, von Lübeck bis Danzig (um hier Polen und Rußland nicht zu erwähnen), und die Ostsee hinauf, von Stettin bis Teschen" (S. 100). Biester entlarvt das politische Substrat in der Auffassung seiner Opponenten und spricht sich damit offen gegen den preußischen Expansionsdrang aus. Er schreibt: „Fast scheint, man erlaube mir dies zu sagen, nicht bloß etwas Wissenschaftliches hierbei zum Grunde zu liegen, sondern das sorgende Gefühl einer, an sich löblichen, Vaterlandsliebe. Man fürchtet vielleicht eine zu große Beengung; wenn Slawen die ganze östliche Hälfte bewohnen, vom Ausfluß der Elbe bis zum Adriatischen Meer, und wenn im Westen, wie nicht weniger gewiß ist, Kelten oder Gallier stark hereingedrungen waren; blieb dann auch in Deutschland Raum genug für die Deutschen selbst? ... Auch in Germanien war Platz für mehrere Hauptvölker. Oder es verdrießt einen patriotischen Nord-Deutschen, von slawischer Abkunft zu sein" (S. 105).

Biester äußerte sich gegen die Hypothese, daß die Germanen das Land verließen und dann erst die Slawen nachgestoßen wären. Hier hat immer, nach seinen Worten, die „recht brave wendische Nazion" gelebt und „sie lebt noch bei uns, in Eigennamen der Menschen und der Orte, in mehreren beibehaltenen Wörtern, ja selbst im Munde mancher Bewohner des Landes" (S. 106f.). Er wird zum Anwalt der Sorben (Wenden) und weist jede Diskriminierung ihrer Geschichte zurück. So schreibt Biester: „Die Wenden erscheinen im Ostseeraum weit ausgedehnt fest sitzend, mit eingerichteter Verfassung, in verschiedener Regierungsform, mit geordneter Religion, mit Beschäftigungen und Genüssen des Leibes ... kurz, in preiswürdigem Wohlstande ihrer Handelsstädte, ihrer Felder, ihrer Seehäfen, ihrer Volksmacht" (S. 109) und nicht als Stämme, die hier nomadisierend in diese Gebiete nach Abzug der Germanen erst eingezogen sind. Sie waren keineswegs ungebildeter als die Nord-Deutschen, denn „überhaupt kann ja auch eine zahlreiche, industriöse, Schiffe, Seehäfen, Städte, Tempel bauende, Handel, Künste und Ackerbau emsig treibende, dabei zugleich kriegerische Nazion weder als unmenschlich dumm, noch unmenschlich roh vorgestellt werden, obgleich sie in ihrer Lebensart

manches Anstößige für Fremde haben mag. Und wie gebildet waren denn, in Verstand und Sittlichkeit, damals die Nord-Deutschen selbst!" (S. 106). Kein schöneres Zeugnis für die Slawenfreundlichkeit des Aufklärers Johann Erich Biester kann es geben, als diese warme Sympathie für die Sorben, die er 1810 und 1811 zum Ausdruck brachte. Seine Haltung erinnert an die seines Oberlausitzer Zeitgenossen Karl Gottlob von Anton (1751–1818), der in Görlitz vor allem als Philologe und Historiker wirkte und auf den die Oberlausitzische Gelehrtengesellschaft zurückgeht. Auch dieser brachte den Sorben, wie überhaupt den Slawen, ein lebhaftes Interesse entgegen. Anton und Biester haben wahrscheinlich in brieflichem Kontakt gestanden. Gewissen Spuren müßte hier noch nachgegangen werden.

Als 1993 im Domowina-Verlag in Bautzen das biographische Lexikon „Slawistik in Deutschland von den Anfängen bis 1945" erschien, erhielt auch Johann Erich Biester mit Recht einen Artikel (S. 52f.).

Anmerkungen

1 Akademische Abhandlungen 1812–1813, S. 20.
2 Parthey, Gustav: Jugenderinnerungen T. 1. Berlin 1871, S. 44.
3 [Johann Erich Biester: Selbstbiographie] In: Bildnisse jetzt lebender Berliner Gelehrter. Hrsg. v. M. S. Lowe. 3. Sammlung. Berlin 1806.
4 Hass, Alfred: Johann Erich Biester. Sein Leben und Wirken. Inauguraldiss. Philos. Fakultät Frankfurt/M. 1925, 192 S. (maschinenschriftlich).
5 S. z. B. Wilken, Friedrich: Geschichte der Königlichen Bibliothek. Berlin 1828; Paunel, Eugen: Die Staatsbibliothek zu Berlin. Ihre Geschichte und Organisation während der ersten zwei Jahrhunderte seit ihrer Eröffnung. Berlin 1965, S. 88–159.
6 Vgl. u.a. Kelchner, E.: Johann Erich Biester. In: Allg. Dt. Biographie. Bd 2. Leipzig 1875, S. 632f.; Salzmann, K. H.: Johann Erich Biester. In: Neue dt. Biographie. Bd 2. Berlin 1955, S. 234; Morgenstern, K.-A.: Johann Erich Biester als Bibliothekar. Berlin 1966, 58 S. (Wiss. Hausarbeit am Institut f. Bibliothekswiss. d. Humboldt-Universität Berlin. Maschinenschr.)
7 Harnack, Adolf: Geschichte der Königlichen Preußischen Akademie. Bd I/2. Berlin 1900, S. 581.
8 Ebd., S. 582.
9 Ebd., S. 600.
10 Ebd., S. 713.
11 Ebd., S. 584f., Anm. 5.
12 Ebd., S. 591.
13 Biester, Johann Erich: Ehrendenkmal des Herrn J. F. Zöllner. In: Akademische Abhandlungen 1804–1811, S. 18.
14 S. Paunel, Eugen: Die Staatsbibliothek zu Berlin – a. a. O. , S. 91.

15 Krause, Friedhilde: Die slawischen Verbindungen der Königlichen Bibliothek zu Berlin und der Aufbau ihres Slavica-Bestandes seit Gründung bis 1871. Leipzig 1976, S. 39–48 (Zentralblatt für Bibliothekswesen; Beiheft 88).
16 S. Anm. 3, S. 8.
17 S. Anm. 3, S. 11.
18 S. Anm. 1, S. 20.
19 S. Anm. 15, S. 52ff.
20 Akademische Abhandlungen 1801-1811, S. 100–130.
21 S. Anm. 5.

Conrad Grau (†)

Goethe 1932 in Moskau und Leningrad: Wissenschaftlich-literarisches Erbe und gesellschaftlicher Umbruch*

Auf die brieflichen Russlandkontakte Johann Wolfgang Goethes wurde in einer gerade publizierten Studie über seine europäischen Korrespondenten hingewiesen.

So veranlasste er beispielsweise eine Stellungnahme zum 1810 in St. Petersburg vorgelegten Plan einer „Asiatischen Akademie", in der dem osteuropäischen Land eine hohe Vermittlerfunktion zugewiesen wurde: „Was Ägypten einst für die Völker im Horizonte des Mittelländischen Meeres war: die Brücke, über welche ostasiatische Cultur zu ihnen gelangte, kann Russland in einer höheren Potenz für Europa und Asien zugleich werden." Der Gedanke, Russland als Mittler zwischen den Kontinenten zu betrachten, hatte bekanntlich schon Gottfried Wilhelm Leibniz als Begründer der Sozietät der Wissenschaften in Berlin bewegt. Anlässlich des Goethe-Jubiläums in diesem Jahre möchte ich Ihnen daher aus drei Gründen einige Informationen und Gedanken über Goethe in der Sowjetunion 1932 anbieten.

Erstens kann die Leibniz-Sozietät im Jahr des 250. Geburtstages Goethes nicht darauf verzichten, an ihn als Mitglied der Preußischen und der Russischen Akademie zu erinnern. Goethe war bereits seit 1789 Mitglied der Akademie der Künste in Berlin, als ihn Alexander von Humboldt am 25. Juli 1806 zusammen mit 64 weiteren Persönlichkeiten als Auswärtiges Mitglied der Wissenschaftsakademie vorschlug. Er griff damit in laufende Diskussionen ein, die am 31. Juli 1806 zu Goethes Wahl führten. Anläßlich des hundertjährigen Bestehens der Russischen Akademie der Wissenschaften in St. Petersburg wurde Goethe am 20. Dezember 1826 unter dem Präsidenten Sergej Semenovič Uvarov auf dessen Antrag gleichzeitig mit mehreren russischen

* Vortrag, gehalten am 18. März 1999 vor dem Plenum der Leibniz-Sozietät. Überarbeitete Fassung.

und nichtrussischen Gelehrten als Ehrenmitglied aufgenommen. Als Volksbildungsminister in der Zeit der nikolaitischen Reaktion kreierte Uvarov, der auch den erwähnten Plan einer „Asiatischen Akademie" vorgelegt hatte, die bekannte Formel „Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft, Volkstum" als Regierungsmaxime. Zu einer Zusammenarbeit, die von Goethe zumindest mit St. Petersburg erwogen wurde, ist es allerdings mit beiden Akademien nicht gekommen.

Zweitens bietet das Thema dem Referenten die Möglichkeit, seine beiden Arbeitsgebiete, die osteuropäische und die Wissenschaftsgeschichte, miteinander zu verbinden.

Drittens – und das ist für mich der wichtigste Grund – kann ein Blick auf das Spannungsfeld von Erberezeption und gesellschaftlichem Umbruch am Beispiel Goethes in der Sowjetunion um das Jahr 1932 vielleicht dazu beitragen, die Debatte über das Geschichtsbild im 20. Jahrhundert zu befruchten. Ein erster Schritt auf diesem Wege, auf den ich mich hier beschränken muss, ist die Information über die Geschehnisse zum 200. Todestag Goethes in der Sowjetunion. Eine detaillierte Analyse der Einzelaktivitäten, insbesondere der aus diesem Anlass gehaltenen Reden und publizierten Aufsätze, muss weiteren Untersuchungen vorbehalten bleiben. Sie wäre Bestandteil der Rezeptions- und Wirkungsgeschichte der Goethe-Interpretation. Sie ginge über mein heutiges Anliegen weit hinaus.

Bereits 1982 habe ich, nachdem ich auf hier auszuwertende Publikationen gestoßen war, im Umfeld der damals in der DDR geführten Diskussionen über Erbe und Tradition an eine Miszelle zum jetzt behandelten Thema gedacht. Es blieb bei der Absicht. Nicht ausreichende Zeit war ein Grund. Aber auch inhaltliche Probleme mit den beteiligten Persönlichkeiten spielten eine Rolle, wie vielleicht erkennbar wird, wenn Sie meine Ausführungen gehört haben werden.

Der 150. Todestag Goethes war im März 1982 in der DDR Anlass für einen Staatsakt in Weimar und ein dort veranstaltetes wissenschaftliches Kolloquium zum Thema „Goethe in unserer Epoche. Zur Dialektik von Geschichtlichkeit und Aktualität seines poetischen Werkes". Die Akademie der Wissenschaften der DDR hatte bereits am 21. Januar 1982 eine Plenarveranstaltung durchgeführt, auf der deren Ordentliches Mitglied Walter Dietze „Goethes Tod, Goethes Leben" behandelte. Er konnte dabei nicht nur auf seine

langjährigen Erfahrungen als Generaldirektor der Forschungs- und Gedenkstätten der klassischen deutschen Literatur in Weimar von 1975 bis 1982 zurückgreifen; sein Vortrag basierte auf seiner umfangreichen Ausarbeitung „Johann Wolfgang Goethe – Thesen zur Diskussion 1982". In der Klasse Literatur-, Sprach-, Geschichts- und Kunstwissenschaften der Akademie waren bereits am 17. Dezember 1981 Goethe-Vorträge gehalten worden.

Der Bedeutung ihres ehemaligen Mitglieds Goethe war zuvor schon die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1949 anlässlich des 200. Geburtstages gerecht geworden. Damals initiierte sie eine historisch-kritische Neuausgabe der Werke, in der gleichzeitig die zugehörigen Zeugnisse und Materialien gesammelt werden sollten. Das Vorhaben war abgestimmt mit Editionen der naturwissenschaftlichen Schriften Goethes durch die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle (Saale) und der Amtlichen Schriften Goethes durch das Thüringische Landesarchiv in Weimar. Das Ziel war, die Weimarer Sophienausgabe zu ersetzen. Es wurde in der vorgesehenen Form nicht realisiert.

Diese Aktivitäten der Akademie ordneten sich ein in die Goethe-Feiern des Jahres 1949, die unmittelbar vor der Gründung der beiden deutschen Staaten in Weimar und Frankfurt am Main stattfanden, also in der Geburtsstadt und am Wirkungsort. Im Osten Deutschlands waren sie Anlass für die Stiftung des Nationalpreises, der Goethes Bild trug und der am 25. August 1949 zum ersten Mal verliehen wurde. Am 10. März 1949 und am 28. August 1949 verabschiedete der Parteivorstand der SED die Entschließung „Unsere Aufgaben im Goethe-Jahr" und das Manifest „Zur Goethe-Feier der deutschen Nation".

Eine Analyse dieser Dokumente kann nicht Gegenstand meiner Ausführungen sein. Dafür zitiere ich ihre Bewertung in dem von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften 1986 erarbeiteten Buch „Die SED und das kulturelle Erbe. Orientierungen, Errungenschaften, Probleme". Mit den Proklamationen von 1949, heißt es darin, „geschah es zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß von dem zentralen Führungsgremium einer Partei in derartiger Weise zu einem Gegenstand des kulturellen Erbes Stellung bezogen wurde. Auch in der Geschichte der SED war das eine zeitweilige Erscheinung, charakteristisch für die fünfziger Jahre vor allem, als es darum ging, das marxistisch-leninistische Verhältnis zum Kul-

turerbe in der Partei und darüber hinaus in der ganzen Breite durchzusetzen... In den folgenden Perioden bedurfte es solcher speziellen Beschlüsse kaum mehr."

Was bei der Beschäftigung mit der Goethe-Rezeption 1949 und 1982 in der DDR neben vielen anderen Aspekten auffällt, ist einmal die starke Orientierung auf den Dichter, während seine Leistungen als Naturwissenschaftler weniger beachtet wurden. Zum andern finde ich 1949 und 1982 keinen Hinweis auf die Würdigung Goethes in der Sowjetunion als dem ersten Versuch einer offiziellen Goethe-Interpretation unter sozialistischer Zielstellung. Immerhin hatte sich Dietze, wie er in seinen genannten „Thesen" formulierte, auch „rezeptionsgeschichtlichen Aspekten" zugewandt, darunter „Goethes Erbe in der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung". Obwohl „genügend Vorarbeiten und konzeptionelle Überlegungen vorliegen", konnte er dieses Vorhaben nicht mehr ausführen. Und drittens wäre zu beachten, dass Goethe 1949 und 1982 bei den hier ins Blickfeld gerückten Gedenkfeiern in der DDR wie schon 1932 in der UdSSR ganz offensichtlich in größere, jeweils aktuelle gesellschaftspolitische Zielstellungen eingeordnet wurde. Diese Tatsachen scheinen mir einen Rückblick auf Goethe 1932 in Moskau und Leningrad zu rechtfertigen.

Eine weitere Überlegung kommt hinzu. Nach meiner Ansicht wird 1932 oder jedenfalls um dieses Jahr herum mit Entscheidungen in der Sowjetunion und in Deutschland ein wissenschaftspolitischer Bezugspunkt für Prozesse erkennbar, deren Mitgestalter oder wenigstens Zeugen wir alle waren und deren Folgen bis heute nachwirken. Wer es personifizieren wollte, könnte sagen: Ohne die Durchsetzung der Stalinschen Sozialismuskonzeption, ohne Hitlers Machtergreifung und die Niederlage des faschistischen Deutschlands wäre die Geschichte kaum so verlaufen, wie wir sie erlebten. Wenn man rückblickend einen zeitlichen Kulminationspunkt in zwei längerfristigen, parallel, aber nicht unabhängig voneinander verlaufenden Entwicklungssträngen ausmachen will, dann bietet sich 1932 als ein solcher an. Ich gestehe en passant, dass mich die Vorgänge in meinem Geburtsjahr 1932 persönlich besonders interessieren.

Das ökonomische, politische und gesellschaftliche Umfeld der Goethe-Würdigungen 1932 in der Sowjetunion wird seit mehr als einem halben Jahrhundert höchst unterschiedlich interpretiert. Es handelt sich um die Zeit zwi-

schen dem XV. Parteitag der KPdSU Ende 1927, der die endgültige Kollektivierung der Landwirtschaft und die Orientierung auf den Fünfjahrplan mit dem Ziel der sozialistischen Industrialisierung beschloss, und dem XVII. Parteitag Anfang 1934, der als „Parteitag der Sieger" galt, aber wohl eher einer des Siegers Stalin war. Dazwischen lag der XVI. Parteitag im Sommer 1930, der als „Parteitag der vollentfalteten Offensive des Sozialismus" bezeichnet wurde. Tatsächlich ging es um eine tiefgreifende Umgestaltung der gesamten Gesellschaft, den Aufbau einer Industrie, die Veränderung der Verhältnisse auf dem Lande und die Reorganisation auf kulturell-wissenschaftlichem Gebiet einschließlich der Neubewertung der Vergangenheit. Das mündete schließlich 1938 in den kanonisierten „Kurzen Lehrgang" der „Geschichte der KPdSU (B)". Seltsamerweise waren sich die Befürworter und Gestalter dieser Prozesse mit den meisten Gegnern darin einig, dass es sich um durchaus logische Entwicklungen handelte, zu denen das erste Jahrzehnt der Sowjetmacht seit 1917 konsequenterweise hätte führen müssen. Ganz verschieden waren dagegen die Urteile über die Initiatoren und die Folgen.

In der Sowjetunion und von ihren Sympathisanten wurden der Sieg des Sozialismus, der enthusiastische Einsatz beachtlicher Teile des Volkes, der wirtschaftliche und der kulturelle Fortschritt in den Vordergrund gestellt. Die gewaltigen, in die Millionen gehenden Opfer wurden dagegen vernachlässigt und als unvermeidlich in der Klassenauseinandersetzung hingenommen. Gerade die menschliche Dimension, die nicht nur einen großen Teil der Arbeiter und Bauern, sondern zunehmend auch die Schicht politisch und intellektuell einflussreicher Persönlichkeiten betraf, wurde dagegen von gegnerischer Seite in den Vordergrund gerückt, ja verabsolutiert. Dabei korrespondierte allen Gegensätzen zum Trotz die westliche Interpretation einer um 1930 in der Sowjetunion vollzogenen Revolution von oben mit dem sowjetischen Konzept von der avantgardistischen Führung eines notwendigen Prozesses durch die Partei der Arbeiterklasse, deren Grundlage eine verengte Auffassung der Diktatur des Proletariats war. Die unübersehbaren und für manche Unterlegenen wenig später lebensgefährlichen Auseinandersetzungen in den Führungsgremien des Staates und der Partei lassen diese in der Tat als einen Machtkampf mit wechselnden Bündnissen der Beteiligten erscheinen. Erst mehr als drei Jahrzehnte nach den Vorgängen der dreißiger Jahre in der Sowjetunion traten die Namen der zu Unpersonen gemachten und als Volksfeinde

abgestempelten Beteiligten allmählich wieder ins Blickfeld historischer Untersuchungen. Das betrifft teilweise auch Verantwortliche für das Goethe-Jubiläum 1932 in Moskau und Leningrad, die zum Teil sogar bis zum Ende der achtziger Jahre verfemt waren. Welche Grenzen sich daraus für die Rezeption ihrer Interpretationen Goethes ergaben, und ob ein Einfluss auf das spätere Goethe-Bild nachweisbar ist, müssten weitere Untersuchungen zeigen.

Die Vorgänge in der Sowjetunion um 1932 fielen in eine Zeit scharfer ökonomischer, politischer und kultureller West-Ost-Konfrontation, speziell auch einer Wende in den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Die als Politik der friedlichen Koexistenz zu bezeichnende Rapallo-Politik neigte sich 1932 nach zehn Jahren ihrem Ende zu. Daran hatten beide Partner, der deutsche und der sowjetische, ihren spezifischen Anteil, den hier en detail zu gewichten nicht Gelegenheit ist. Die zur faschistischen Diktatur tendierenden Ereignisse in Deutschland mit ihrer politisch bestimmten Rechts-Links-Konfrontation wirkten hier ebenso wie die Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik mit ihrer stärkeren Hinwendung zu weltpolitischen Problemen, wie die sich verfestigende Ein-Mann-Herrschaft in der UdSSR und wie die mit gewaltigem Einsatz erreichte politische, ökonomische und kulturelle Umgestaltung in der Sowjetunion. Für Anhänger, Gegner und Sympathisanten des sowjetischen Projekts des gesellschaftlichen Umbruchs ergaben sich daraus neue Konstellationen. Wer dafür und wer dagegen war, der fand immer wieder die erforderlichen Rechtfertigungsgründe für seine Haltung, indem er die jeweiligen Gegner entweder nicht zur Kenntnis nahm oder deren Äußerungen als Verleumdungen bekämpfte.

Schwieriger wurde die Situation für diejenigen, die auf der Linie der zwanziger Jahre eher auf Ausgleich bedacht waren. Das betraf etwa in Deutschland solche Organisationen wie die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und die Gesellschaft zum Studium Osteuropas als Mitträger der deutsch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen. Ihnen brachen hier wie dort einfach eine unverzichtbare Partnerschaft oder zumindest die Duldung weg. Persönliche Beispiele sind etwa Otto Hoetzsch mit seinen langjährigen Bemühungen um die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit in der Geschichtswissenschaft und Friedrich Lenz, der Anfang 1932 die Arbeitsgemeinschaft zum Studium der sowjetrussischen Planwirtschaft, die ARPLAN, gründete. Deren Sekretär war bekanntlich Lenz' Schüler Arvid Harnack. Die Bestre-

bungen von Lenz wurden sowohl von den Kommunisten als auch von den Nationalsozialisten abgelehnt, und zwar von den einen als revisionistisch, von den anderen als prosowjetisch. Noch vor Hoetzsch in Berlin verlor Lenz 1933 seinen Universitätslehrstuhl in Gießen. Parallel zu derartigen Vorgängen fielen in der Sowjetunion zunehmend gerade die Partner derartiger Kontakte in Ungnade, wurden verfolgt oder verloren sogar ihr Leben. Erinnert sei beispielsweise an die ganz unterschiedlich gelagerten Fälle der Historiker Dmitrij Nikolaevič Egorov und Michail Nikolaevič Pokrovskij oder daran, dass 1932 in der UdSSR über das Ob und Wie der Planwirtschaft nicht mehr diskutiert wurde, da die Formen längst festgelegt waren. Die beginnende Ausschaltung des Wirtschaftsfachmanns Georgij Leonidovič Pjatakov und seine spätere Hinrichtung (1937) sind nur Beispiele dafür. Egorov war Anfang 1928 noch Korrespondierendes Akademiemitglied geworden und hatte ebenfalls 1928 an der sowjetisch-deutschen Historiker-Woche in Berlin teilgenommen. 1932, im Jahr nach seinem Tode mit Anfang 50, wurde er der Zugehörigkeit zu einem konterrevolutionären Kreis der bourgeoisen Intelligenz beschuldigt, womit er sich außerhalb der sowjetischen Wissenschaft gestellt hätte und weshalb ihm die Ordentliche Akademiemitgliedschaft verweigert worden wäre. Pokrovskij als dem führenden kommunistischen Historiker, dem stellvertretenden Volkskommissar für Bildungswesen und Partner von Hoetzsch war die Ehre eines Ordentlichen Akademiemitglieds zwar 1929 zuteil geworden, doch häuften sich nach seinem Tode 1932 die Angriffe auf seine Geschichtsinterpretation. Sie erreichten 1939/40 ihren Höhepunkt mit den beiden Sammelbänden „Protiv antimarksistskoj koncepcii M. N. Pokrovskogo". In ihnen wurden auf der Grundlage des ZK-Beschlusses von 1938 über den „Kurzen Lehrgang" die Arbeiten Pokrovskijs als vulgarisierend verworfen.

An dieser Stelle muß an die 1927 und 1930 in neuen Statuten dokumentierte Umgestaltung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erinnert werden. Der erste noch vor der Oktoberrevolution 1917 gewählte Präsident, der bereits über 80jährige Geologe Aleksandr Petrovič Karpinskij, behielt sein Amt bis zum Tode 1936. Der seit 1904 amtierende Ständige Sekretär Sergej Fedorovič Ol'denburg mußte 1929 seine Funktion aufgeben. Im Januar und Februar 1929 wurden mehr als drei Dutzend Wissenschaftler auf einmal zu Ordentlichen Akademiemitgliedern gewählt, nachdem erstmalig eine offensichtlich von oben gelenkte Erörterung über die Kandidaten in der Presse statt-

gefunden hatte. Auf diese Weise erlangte zum ersten Mal eine größere Zahl von Kommunisten diesen Status – immerhin fast zwölf Jahre nach der Oktoberrevolution. Weitere Veränderungen innerhalb der Akademie, darunter die Durchsetzung der Wissenschaftsplanung, sollen hier nur erwähnt werden. Damals entstand die sowjetische Akademie, die manche von uns noch aus langjähriger Zusammenarbeit kennen.

Die Festsitzungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR am 26. und 30. März 1932 in Leningrad zur Würdigung Goethes fanden also in einem Augenblick statt, in dem die Akademie selbst und das ganze Land eine Umbruchsphase durchmachten. Einen nur dem Eingeweihten deutlichen äußeren Hinweis auf die letztlich Verantwortlichen in der Akademie findet sich im Impressum der Publikation einiger Goethe-Vorträge. Es waren die 1929 und 1930 zu Akademiemitgliedern gewählten kommunistischen Wissenschaftler Abram Moiseevič Deborin, in dessen Hand die Redaktion lag, und Vjačeslav Petrovič Volgin, der als Ständiger Sekretär die Druckgenehmigung erteilte. Der Philosoph Deborin und der Ideenhistoriker Volgin, die bis in den Anfang der sechziger Jahre lebten, gerieten in den dreißiger Jahren zeitweise selbst in die Kritik.

Im März 1932 wurden von langjährigen Ordentlichen Akademiemitgliedern in Leningrad Fachvorträge über Goethe gehalten, in denen sich die Zeitumstände kaum widerspiegelten. Der Zoologe Michail Aleksandrovič Menzbir sprach über „Die Bedeutung Goethes in der Geschichte der Morphologie der Lebewesen". „Goethe als Botaniker" wurde von Vladimir Leont'evič Komarov, einem bedeutender Erforscher der UdSSR-Flora, gewürdigt. Über „Goethe und Byron" äußerte sich der Literaturwissenschaftler Matvej Nikanovič Rozanov. Der Vortrag von P. P. Kravec, der nicht Mitglied der Akademie war, über „Die Physik in den Werken Goethes" wurde nicht publiziert. Ausserdem unterlief bei den Initialen dieses Verfassers ein Irrtum. In Wirklichkeit war der Redner der Physiker Toričan Pavlovič Kravec, der 1932 am Staatlichen Optischen Institut in Leningrad tätig war und 1943 Korrespondierendes Mitglied der Akademie wurde. Sein Artikel „Goethe und die Physik" wurde aus nicht nachvollziehbaren Gründen erst 1957 nach dem Tode des Autors mit dem Hinweis auf die Festsitzung von 1932 veröffentlicht. Auffällig an den Akademie-Veranstaltungen ist die starke Orientierung auf den Naturwissenschaftler Goethe.

Das eigentlich Neue an der sowjetischen Goethe-Würdigung von 1932 an der Akademie war neben einem kurzen Vortrag des Akademiemitglieds (seit 1930) und früheren Volksbildungskommissars Anatolij Vasil'evič Lunačarskij „Goethe und seine Zeit" die Rede von Nikolaj Ivanoviã Bucharin, der seit 1929 Ordentliches Akademiemitglied war. Sie wurde auch als gesonderte Broschüre verbreitet. Darüber und über Bucharins tatsächlichen Anteil als Politiker und als Wissenschaftler an der Entwicklung der Sowjetunion herrschte dort fünfzig Jahre lang nach seiner Hinrichtung bis zur Rehabilitierung 1988 Schweigen. So existiert er im Mitgliederverzeichnis der Akademie von 1974 überhaupt nicht. Bucharin hielt 1932 den längsten Vortrag in der Akademie über „Goethe und seine historische Bedeutung". Sein Thema, das er unter den Stichworten „Die Epoche" und „Das Genie" abhandelte, war ein Vergleich der beiden revolutionären Umbruchsepochen um 1800 und seit 1917.

In den Protokollband der Festsitzung von 1932 wurden außer den Vorträgen von Bucharin, Menzbir, Komarov und Rozanov ergänzend weitere Beiträge über Autographen Goethes in den Sammlungen der Akademie und über Goethes Wahl zum Akademiemitglied in St. Petersburg 1826 aufgenommen. Ein Artikel von Pavel Naumovič Berkov ermittelte die erste Bekanntschaft des russischen Lesers in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit Goethe. Dieser Beitrag mag hier besonders interessieren, da der Literaturhistoriker Berkov seit den fünfziger Jahren enge wissenschaftliche Beziehungen zu unserer Akademie unterhielt und 1967 deren Korrespondierendes Mitglied wurde. Denselben Status hatte er seit 1960 in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.

Die akademische Würdigung Goethes 1932 in Leningrad ordnete sich ein in den seit 1929 verfolgten Plan, eine 13bändige russische Jubiläumsausgabe der Werke Goethes zu veranstalten. Sie erschien von 1932 bis 1949. Die Herausgeber waren die Akademiemitglieder A. V. Lunačarskij und M. N. Rozanov sowie Lev Borisovič Kamenev, der 1932 in dem historisch-literarischen Sammelband „Zven'ja" den Artikel „Goethe und wir" veröffentlichte, obwohl er politisch bereits kalt gestellt war. Er wurde 1936 hingerichtet. Die ersten beiden Bände der Goethe-Werkausgabe lagen 1932 vor. Bereits 1929 war im 16. Band der „Großen Sowjetenzyklopädie" ein 30seitiger Beitrag über Goethe erschienen, dessen Entstehungsgeschichte bereits etwas Licht auf die Schwierigkeiten einer Neuinterpretation wirft. Obwohl Lexikon-Artikel in der

Regel nicht namentlich gezeichnet sind, werden in der Enzyklopädie die Autoren der umfangreicheren Artikel im Vorwort genannt. Neben fünf russischen Verfassern taucht hier bei Goethe auch Walter Benjamin auf, der schon 1926 einen entsprechenden Auftrag erhalten hatte und um die Jahreswende 1926/27 in der Sowjetunion weilte. Der Goethe-Artikel Benjamins wurde erst 1977 publiziert. Im Kommentar zu dieser Veröffentlichung wurde seine Entstehungsgeschichte detailliert dargestellt und nachgewiesen, dass nur zwölf Prozent der russischen Fassung Parallelen zum deutschen Manuskript aufweisen und dessen Grundaussagen wesentlich verändert wurden.

Als Redakteur für den dreizehnten Band der sowjetischen Goethe-Edition mit den naturwissenschaftlichen Schriften wurde 1932 Vladimir Ivanovič Vernadskij benannt. Dieser Geologe, Mineraloge und Kristallograph, von 1906 bis zu seinem Tode 1945 als Mitglied mit der Akademie verbunden, ist eine der faszinierendsten Gestalten der russischen und sowjetischen Wissenschaft. Als Leiter der Akademiekommission für Wissenschaftsgeschichte war Bucharin sein Nachfolger. Bekannt wurde Vernadskij seit den zwanziger Jahren vor allem durch seine Lehre von der Noosphäre, den Wechselwirkungen zwischen natürlicher Umwelt und Gesellschaft. Der einst zu den konstitutionellen Demokraten („Kadetten") gehörende Wissenschaftler blieb in der Sowjetunion, hielt sich aber viele Jahre auch in Westeuropa auf. Sein schon 1920 emigrierter Sohn war Georgij Vernadskij, ein führender Osteuropahistoriker in den USA. Vernadskijs sehr kritische Tagebücher, die erst in jüngster Zeit bekannt wurden, beleuchten die Verhältnisse auch auf dem Gebiet der Wissenschaft in der UdSSR sehr instruktiv. Ich möchte nur eine eindrucksvolle Eintragung vom 10. März 1932 hier auszugsweise anführen, die die Zeit des Goethe-Jubiläums illustriert: „Überall beginnt man Gespräche über Mängel der Planer..., über ihr Unvermögen, zu arbeiten, und wie man wieder Ordnung schaffen könnte... Lebensmittelknappheit, schlagartige Verschlechterung der Pressesituation (Verschwinden von Zeitungen und Verschlechterung ihres Inhaltes), Verringerung der Buchproduktion (man bekommt keine mehr), Unterdrückung und Willkür: das ist der sehr schwere Hintergrund der Gespräche und Stimmungen. Merkwürdig, wie sich das Lebewesen Mensch dem anpasst. Große Ideen und Versuche und ihre stümperhafte Ausführung und Verformung auf Schritt und Tritt. Die Idee der Freiheit ging zugrunde, nicht erst bei der Verwirklichung, sondern schon beim Suchen." Öffentlich focht

Vernadskij 1932/33 in den Sitzungsberichten der Akademie mit dem marxistischen Philosophen und Akademiemitglied Deborin über aktuelle Probleme der Wissenschaft. Während der eine seine eingeschränkten Arbeitsmöglichkeiten beklagte, warf ihm der andere Missachtung des sozialistischen Aufbaus vor. Die Debatte markiert sehr deutlich den bis zu diesem Zeitpunkt noch möglichen offenen Meinungsstreit in der sowjetischen Wissenschaft, der viele, wenn auch nicht Vernadskij und Deborin, teuer zu stehen kam. Soweit es ihm möglich war, setzte sich Vernadskij für die Freilassung oder für erleichterte Haftbedingungen ihm bekannter Wissenschaftler ein.

Seit 1909 hatte sich Vernadskij mit Goethe beschäftigt, wurde aber 1932 nicht in das Vortragsprogramm der Akademie einbezogen. In Zusammenhang mit seiner Arbeit an der Edition der naturwissenschaftlichen Schriften verfasste er 1938 seine „Gedanken und Bemerkungen über Goethe als Naturforscher", an denen er auch weiterhin arbeitete und die erst nach seinem Tode publiziert wurden. Sie weisen ihn als ausgezeichneten Kenner dieses Fachgebiets aus und sind ein bisher vernachlässigter Bestandteil der Goethe-Rezeption im 20. Jahrhundert.

Die Sitzungen der Akademie der Wissenschaften zu Ehren Goethes und die ebenfalls 1932 begonnene Werkausgabe waren Teile der auf Breitenwirkung zielenden „Goethe-Tage" in der UdSSR. Kurze Berichte liegen unter anderem vor über Ausstellungen in Moskau und Leningrad, über Publikationen, über Veranstaltungen der Leningrader Universität, des Pädagogischen Herzen-Instituts, der Gesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (VOKS) und der Moskauer Übersetzer-Sektion der Föderativen Vereinigung Sowjetischer Schriftsteller, in der seit 1926 alle sowjetischen Schriftstellerorganisationen zusammengeschlossen waren. Auch in den Unionsrepubliken fanden Ehrungen statt. Die deutsche „Moskauer Rundschau" veröffentlichte Artikel, im Moskauer Haus der Gelehrten wurden deutsche Vorträge gehalten.

Das politische Hauptanliegen der Goethe-Tage 1932 fand seinen Ausdruck in der Zusammenkunft im Säulensaal des Hauses der Gewerkschaften in Moskau. Sie wurde vom Volkskommissariat für Bildung der RSFSR und der Kommunistischen Akademie gemeinsam mit einigen anderen Einrichtungen durchgeführt. Die Kommunistische Akademie war 1918 als Sozialistische Akademie gegründet worden, erhielt 1924 ihren neuen Namen und wurde

1936 mit der Akademie der Wissenschaften der UdSSR vereinigt. Der verantwortliche Volkskommissar war von 1929 bis 1937 der im Vergleich zu seinem Vorgänger Lunačarskij weniger bekannte Andrej Sergeevič Bubnov. In seiner Eröffnungsrede, die dank seiner Funktion und durch die Veröffentlichung in der „Pravda" und anderen Presseorganen offiziellen Charakter erhielt, sagte Bubnov über Goethe: „Wir arbeiten an der kritischen Aneignung und Verarbeitung jener Elemente des Schöpfertums des großen Dichters des Sturm und Drang, die der Zukunft gehören. Wir können nicht vergessen, dass Goethe sowohl auf dem Gebiet des künstlerischen Schöpfertums als auch auf dem Gebiet der Philosophie der Welt jene Gedanken vermittelt hat, die sich mit den großen Gedanken verflechten, die vom revolutionären Proletariat in die Wirklichkeit umgesetzt werden." Bubnov war zu jenem Zeitpunkt seit dreißig Jahren in der russischen Arbeiterbewegung aktiv, hatte verantwortliche Ämter in der Partei und im Staat bekleidet und veröffentlichte 1930 als erster und gestützt auf ein Mitarbeiterkollektiv eine Geschichte der Russischen Kommunistischen Partei bis zum XV. Parteitag (1927), die zuerst in der „Großen Sowjetenzyklopädie" (Bd. 11, S. 7–543) und dann in großer Auflage selbständig erschien. Die Leningrader Universität trug von 1933 bis 1937 seinen Namen. Als „Volksfeind" wurde Bubnov 1938 zum Tode verurteilt.

Der Hauptredner der Moskauer Veranstaltung war Lunačarskij, der über „Goethe und seine Zeit" sprach. Die Grundgedanken hat er dann auch in der Akademie der Wissenschaften vorgetragen. Seine Analyse der Zeit und der Gesellschaft, in denen Goethe lebte, mündete in die Kritik der bürgerlichen Goethe-Rezeption und in die Überzeugung, dass nur die Arbeiterklasse das Goethe-Vermächtnis erfüllen könnte. In dieselbe Richtung zielten weitere Vorträge, besonders der von Leopol'd Leonidovič Averbach über „Goethe und die Gegenwart", der verkündete: „Alles Große bei Goethe gehört uns, dem Land des sozialistischen Aufbaus, des siegreichen Proletariats."

Weitere Vorträge hielten u.a. der kurz darauf verstorbene Petr Semenovič Kogan, ein Vertreter der kultur-historischen Schule, über „Goethes Schöpfertum" und Ivan Kapitonovič Luppol „Über die naturwissenschaftlichen Anschauungen Goethes". Der Lebensweg Luppols, der von 1923 bis 1940 zahlreiche Publikationen u.a. über Diderot, Radiščev, Goethe, Belinskij und Lenin vorgelegt hat, kann als Prototyp des Wirkens der frühen Sowjetintelli-

genz gelten. Als Sohn eines Beamten absolvierte er 1919 die Juristische Fakultät der Moskauer Universität und trat 1920 in die Kommunistische Partei ein. Er studierte und lehrte am Institut der Roten Professur, war Mitarbeiter des Marx-Engels-Instituts und von 1935 bis 1940 Direktor des Gorki-Instituts für Weltliteratur. 1935 hielt er auf dem Internationalen Kongress der Schriftsteller zur Verteidigung der Kultur das Referat „Probleme des kulturellen Erbes". Seit 1933 war Luppol Korrespondierendes und seit 1939 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. 1940 wurde er verhaftet, er starb 1943.

Ende 1932 war der erwähnte Averbach der Hauptherausgeber des über 1000 Seiten umfassenden Bandes „Literaturnoe nasledstvo", der ausschließlich Goethe gewidmet war. Er enthält außer den Reden von Lunačarskij und ihm selbst über zwanzig Goethe-Beiträge sowie die hier mehrfach herangezogenen ausführlichen Berichte über die Goethe-Tage in der UdSSR. Nach dem März 1932 hatte sich jedoch Averbachs Stellung entscheidend verändert. Er war seit den zwanziger Jahren führend in der RAPP tätig, der Russischen Assoziation Proletarischer Schriftsteller, und fungierte 1928 auch als einer der Geburtshelfer bei der Gründung des deutschen Bundes Proletarisch-revolutionärer Schriftsteller. Am 23. April 1932, unmittelbar nach dem Goethe-Jubiläum, fasste das ZK der KPdSU den weitreichenden Beschluss „Über die Umgestaltung der Organisationen für Literatur und Kunst", durch den auch die RAPP aufgelöst und der Weg zum 1934 gegründeten einheitlichen sowjetischen Schriftstellerverband freigemacht wurde, in dem auch Averbach zunächst wirkte. Er wurde 1939 Opfer der politischen Säuberungen.

Der russische Goethe-Band von 1932 stellte sich das Ziel, die „marxistisch-leninistische Position der Literaturwissenschaft" gegen die „bürgerliche" zur Geltung zu bringen und der Missachtung der russischen und sowjetischen Goethe-Rezeption im Westen entgegen zu wirken. Dem dienten insbesondere die Beiträge von Lunačarskij und Averbach, aber auch von Sergej Sergeevič Dinamov, der „Das Goethe-Jubiläum und der kapitalistische Westen" behandelte. Über den damals gerade dreißigjährigen Dinamov, der als Absolvent der RANION, der Russischen Assoziation der Forschungsinstitute für Gesellschaftswissenschaften, im Kultursektor des ZK der KPdSU tätig war und die Werke Theodore Dreisers in russischer Sprache edierte, fand ich keine Angaben nach 1935. Es gibt in dem Goethe-Band von Averbach aber

auch einen Artikel wie den von Sergej Nikitič Durylin über „Russische Schriftsteller bei Goethe in Weimar", der mit über 400 Seiten der umfangreichste war, dem jedoch nur der Wert einer ersten Systematisierung des Materials beigemessen wurde, da er weit davon entfernt wäre, „eine marxistische Erforschung des Themas zu bieten". Speziell mit der sozialdemokratischen und der kommunistischen Goethe-Rezeption befasste sich Franz Petrovič Schiller, der die „Sozialfaschisten" des Missbrauchs Goethes zur „Rettung des Kapitalismus" bezichtigte. In den Goethe-Artikeln des Mai-Heftes 1932 der „Linkskurve", des Organs des Bundes Proletarisch-revolutionärer Schriftsteller, glaubte er zwar eine politisch richtige Analyse erkennen zu können, doch enthielten sie, „besonders in ihrem theoretischen Teil, manchmal" auch zu diskutierende Aussagen. Schiller wurde 1898 als Sohn eines wolgadeutschen Bauern geboren und war wie Dinamov Absolvent der RANION. Er erwarb sich Verdienste als Marx-Engels-Forscher. Nachdem er noch im Mai 1934 auf dem Kongress der sowjetdeutschen Schriftsteller in Moskau als bedeutender Literaturhistoriker gewürdigt worden war, ist er 1938 verhaftet worden, überlebte jedoch das Lager.

Von den zahlreichen Artikeln in dem Band „Literaturnoe nasledstvo", die bis heute unverzichtbares, aber wenig oder nicht genutztes Material für die Goethe-Forschung bieten, seien hier nur noch zwei hervorgehoben, weil ihre Autoren wie der bereits genannte Berkov in der Geschichte der Wissenschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der UdSSR später noch eine Rolle spielen. Eine Bibliographie der russischen Goethe-Literatur einschließlich der Publikationen von 1932 erarbeitete Vasilij Pavlovič Zubov, der schon 1929 als einer der Autoren des Goethe-Artikels in der „Grossen Sowjetenzyklopädie" genannt wurde und der ab 1957 von Eduard Winter in den Kreis der Berliner Akademie einbezogen wurde, der sich der Erforschung der deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen im 18. Jahrhundert widmete. Zubov, ein ausgezeichneter Kenner des Deutschen und nach dem Kriege Mitglied der Internationalen Akademie für Wissenschaftsgeschichte in Paris, hatte übrigens für die Goethe-Ehrung der Gesellschaft der Philatelisten 1932 in Moskau Verse von Stefan George aus dem Zyklus „Der siebente Ring" ins Russische übertragen. Über „Goethe in der russischen Dichtung" publizierte der sowjetische Germanist Viktor Maksimovič Žirmunskij (Schirmunski) 1932 eine 150-Seiten-Studie. Er wurde 1939 Korrespondierendes und 1966 Ordent-

liches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Seit 1956 war er Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Diese veröffentlichte 1961 seine „Vergleichende Epenforschung" und 1962 seine „Deutsche Mundartkunde", deren Bedeutung noch heute anerkannt ist.

Die Goethe-Tage in Moskau und Leningrad, die hier nur in ihren Umrissen wissenschaftshistorisch und unter Verzicht auf inhaltliche Analysen ins Blickfeld gerückt werden konnten, gehören mit ihrem reichen wissenschaftlichen Ertrag, aber auch mit ihren damals ganz aktuellen Bezügen und Simplifizierungen in die noch nicht geschriebene frühe Geschichte der Bemühungen, bürgerliches wissenschaftlich-literarisches Erbe bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu bewahren. Insofern ergibt sich – wie mir scheint – trotz aller Unterschiede im Detail ein Zusammenhang zwischen vergleichbaren Bestrebungen in der UdSSR und in der DDR, und zwar unabhängig vom schließlichen Erfolg. Unverkennbar ist, dass die Sowjetunion, wie das gewählte Beispiel zeigt, 1932 über ein großes Forschungspotential älterer und jüngerer Wissenschaftler verfügte, das allumfassend in die eingreifenden ökonomischen und politischen Umgestaltungen einbezogen wurde. Deren Auswirkungen – auch für die Wissenschaft – zeigten sich erst im folgenden Jahrfünft mit aller Deutlichkeit. Von den politischen Trägern der Goethe-Tage, als die man vor allem Bucharin und Bubnov, Lunačarskij und Averbach wohl betrachten muss, starb nur Lunačarskij 1933 auf dem Wege zu seinem Botschafterposten in Spanien eines natürlichen Todes. Die Verfolgungen, Verhaftungen und Hinrichtungen sowjetischer Wissenschaftler, die auch manche Teilnehmer der Goethe-Ehrungen trafen, fügten der Wissenschaftsentwicklung immensen Schaden zu, unterbinden konnten sie diese jedoch nicht. Erst wenn die Folgen, die Hemmnisse und die dennoch erzielten Ergebnisse gesehen werden, wird man ein realistisches Bild gewinnen können.

Die Weichenstellungen in der UdSSR in der Zeit des Goethe-Jubiläums 1932, die im folgenden Jahrfünft so viele tragische Ergebnisse zeitigten, haben für mehrere Jahrzehnte ein direktes Anknüpfen der späteren Goethe-Rezeption an damals erzielte Ergebnisse verhindert. Jedenfalls war es unmöglich, einen Teil der beteiligten Persönlichkeiten überhaupt zu nennen. Zugleich ist davon auszugehen, dass die Vertreter der Goethe-Forschung in der Sowjet-

union und deutsche Emigranten über die Goethe-Tage 1932 in der UdSSR informiert waren, auch wenn sie diese nicht erwähnten. Deshalb müsste beispielsweise untersucht werden, ob und wie sich dieses Wissen etwa im Wirken sowjetischer Kulturoffiziere in Deutschland und deutscher Antifaschisten wie Johannes R. Becher bei der Vorbereitung des Goethe-Jubiläums in Weimar 1949 indirekt reflektierte. Als Zeitgenosse hat Franz Leschnitzer 1965 festgestellt, dass 1932 „in der sowjetischen Einschätzung Goethes etwas bahnbrechend Neues, geradezu eine Wende wahrzunehmen" gewesen wäre. Er bezieht sich dabei auf den „eindrucksvollen Goetheband des Sammelwerks 'Literaturnoe nasledstvo'", geht aber themenbedingt allein auf den darin enthaltenen Beitrag Lunačarskijs ein. Eine inhaltliche Analyse aller sowjetischen Beiträge zum Goethe-Jahr 1932 und ihrer Wirkungsgeschichte, die so eng mit den persönlichen Schicksalen von Wissenschaftlern und Politikern verknüpft sind, wäre bedeutsam für die Goethe-Rezeption im 20. Jahrhundert. Sie kann von einem Einzelnen, der zudem kein Goethe-Forscher ist, nicht geleistet werden, weshalb ich mich mit diesen Hinweisen auf die Problematik bescheide.

Da ich mit einem Zitat begonnen habe, möchte ich auch mit einem solchen schließen, das unter einem spezifischen Gesichtspunkt auf die Situation sowjetischer Wissenschaftler verweist. Es stammt aus den Erinnerungen von Trude Richter. Sie war Sekretärin des unter sowjetischer Protektion entstandenen deutschen Bundes Proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und lebte seit 1934 in der UdSSR, wo der erwähnte Franz Schiller einer ihrer Berater war. Sie wurde mit ihrem Lebensgefährten Hans Günther, 1935 Verfasser der bekannten Schrift „Der Herren eigener Geist", 1936 verhaftet und zur Lagerhaft verurteilt. Im Unterschied zu Günther überlebte sie diese schrecklichen Jahre. Sie schrieb rückblickend über ihre damaligen Mitgefangenen, die ihre Lehrer wurden: „Ich hörte Privatvorlesungen bei hervorragenden Spezialistinnen, Kandidatinnen der Wissenschaft, Institutsdirektorinnen u.ä. über jedes beliebige Thema vom Igor-Lied bis zu Alexander Block." Dieser bedeutende russische Dichter starb 40jährig bereits 1921 in Petrograd, als vielerorts geglaubt wurde, mit der Neuen Ökonomischen Politik stünde die Rückkehr des Kapitalismus in Russland bevor. Das dauerte bekanntlich noch siebzig Jahre. Alexander Block, Nachkomme eines deutschen Arztes am Hofe Katharinas II., Enkel und Schwiegersohn der russischen Wissenschaftler und Akademiemitglieder Andrej Nikolaevič Beketov und Dmitrij Ivanovič Men-

deleev, war auch ein namhafter Kenner westeuropäischer Literatur und ein Liebhaber von Goethes „Faust". In dem auf Initiative Maxim Gorkis 1918 gegründeten Verlag „Weltliteratur" hatte er die deutsche Literatur betreut. Aber das ist bereits ein neues Thema der ausserordentlich wechselvollen deutsch-russisch-sowjetischen Wissenschaftsbeziehungen.

Literaturhinweise

Akademija nauk SSSR. Gete 1832–1932. Doklady, pročitannye na toržestvych zasedanijach v pamjat' Gete 26 i 30 marta 1932, Leningrad 1932

Literaturnoe nasledstvo, Bd. 4–6, Moskau 1932

Albrecht, Wolfgang, Goethe und seine europäischen Korrespondenten, in: Goethe im sozialen und kulturellen Gefüge seiner Zeit, hg. u. eingel. v. Jürgen Voss, Bonn 1999, S. 89–112

Benjamin, Walter, Goethe, in: ders., Gesammelte Schriften, Bd. II, Frankfurt a.M. 1977, S. 705–739, 1465–1484 (auf Benjamin hat mich dankenswerterweise Kollege Reimar Müller in der Diskussion zum Vortrag hingewiesen)

Dietze, Walter, Johann Wolfgang Goethe – Thesen zur Diskussion 1982, in: Aus der Arbeit von Plenum und Klassen der Akademie der Wissenschaften der DDR 6 (1981) 6, S. 1–393

Kravec, Toričan P., Gete i fizika., in: Trudy Instituta istorii estestvoznanija i techniki, Bd. 19, Moskau 1957, S. 397–410

Leschnitzer, Franz, Das Goethebild Lunačarskijs, in: Deutschland – Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit, Berlin 1966, S. 326–334

Richter, Trude, Totgesagt. Erinnerungen, Halle (Saale)/Leipzig 1990

Vernadskij, Vladimir I., Mysli i zame...anija o Gete kak naturaliste, in: ders., Izbrannye trudy po istorii nauki, Moskau 1981, S. 242–289

Für biographische Angaben über Personen wurden vor allem benutzt:

Bol'šaja Sovetskaja Enciklopedija, die in drei Ausgaben seit 1926 erschienen ist;

A Biographical Dictionary of the Soviet Union 1917–1988, London/Edinburgh/u.a. 1989;

Russkaja filosofija. Slovar', Moskau 1995.

Rezension

Hubert Laitko

Rußland – wohin? Antworten aus der Insiderperspektive

Rußland – wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen. Hrsg. von Helmut Steiner und Wladimir A. Jadow (= Social Studies on Eastern Europe edited by Helmut Steiner Vol.1). trafo verlag Berlin 1999, 402 S.

Die berühmte Quo-vadis-Frage – wem würde sie, wenn es um die möglichen Perspektiven Rußlands geht, nicht auf den Nägeln brennen? Es ist, zumindest in Ostdeutschland, nicht nur ein akademisches Interesse, das dieser Frage Gewicht verleiht, war doch im Guten wie im Bösen die Sowjetunion fast ein halbes Jahrhundert lang die entscheidende Determinante unsres eigenen Schicksals, und viele von uns waren durch Studium und Aspirantur, durch Reisen, Arbeitsaufenthalte und Kooperationsbeziehungen mit ihr stärker verbunden als mit den meisten anderen Ländern der Erde. In einer Zeit, als wir mit dem Ende der DDR und dessen umittelbaren Folgen beschäftigt waren, haben wir die existentielle Dimension, die der Untergang der Sowjetunion für uns hatte, vielleicht gar nicht angemessen wahrgenommen, doch im Nachhinein dürfte sie jedem aufgegangen sein. Jeder der einzelnen Staaten, in die die Sowjetunion zerfallen ist, verdient gesonderte Aufmerksamkeit, die verschiedenen „postsowjetischen" Entwicklungspfade sind weder identisch noch parallel, doch die größte Beachtung zieht verständlicherweise Rußland auf sich, der historische Ausgangspunkt, das geographische, politische und wirtschaftliche Zentrum und das größte Relikt der verschwundenen UdSSR.

Unser Mitglied Helmut Steiner hat sich der verdienstvollen Aufgabe unterzogen, gemeinsam mit Wladimir A. Jadow eine größere Anzahl russischer Soziologen und Sozialphilosophen als Verfasser von Beiträgen zur Quo-vadis-Frage, die aus ihren aktuellen Forschungsarbeiten hervorgehen oder mit ihnen verbunden sind, zu gewinnen und ihre Texte in deutscher Sprache her-

auszugeben. Die Beiträge sind exakt übersetzt und redigiert, der ganze Band zeichnet sich durch editorische Sorgfalt aus. Überwiegend handelt es sich um soziologische Untersuchungen, die Ergebnisse empirischer Analysen verarbeiten und umfangreiche Datenbestände präsentieren; einige Aufsätze theoretischen oder essayistischen Zuschnitts ergänzen das Panorama.

Die insgesamt 24 Arbeiten sind aus der Teilnehmerperspektive geschrieben, sie vermitteln ein plastisches Bild davon, wie sich die derzeitigen Wandlungen in Rußland ausnehmen, wenn man sie als – zudem mit dem Instrumentarium professioneller sozialwissenschaftlicher Analyse ausgerüsteter – Beteiligter erfährt. Diese Authentizität kann kein äußerer Beobachter erreichen – freilich kann er dafür distanzierter und damit bisweilen objektiver sein, denn Authentizität muss nicht zwingend auch Objektivität garantieren. Die Aufsätze stehen in einer dualen Qualität vor uns: Zum einen sind sie wissenschaftliche Arbeiten über ein soziales Geschehen, zum andern sind sie Zeitzeugnisse, die darüber Auskunft geben, wie sehr und auf welche Weise ihre Autoren selbst in den Strudel dieses elementaren Prozesses gezogen und von ihm überwältigt sind.

I

Die älteren unter den Autoren waren in der DDR keine Unbekannten. Sie wurden als – zum Teil prominente – Vertreter der *marxistischen* Soziologie und Philosophie der Sowjetunion rezipiert, verschiedene ihrer Arbeiten lagen auch in deutschen Übersetzungen vor, insbesondere zahlreiche Aufsätze, die kurz nach dem Erscheinen der Originalfassungen auch in Zeitschriften der DDR (vor allem in der „Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge") gedruckt wurden. Daher interessiert an einem solchen Buch nicht nur, was darin über soziale Prozesse im heutigen Rußland mitgeteilt wird, sondern gleichermaßen, was unter dem Eindruck des gesellschaftlichen Wandels aus den ehemals deklarierten Positionen der Verfasser geworden ist. Eine Antwort auf die Frage, warum die über Jahrzehnte aufrechterhaltene gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus nicht in einen demokratischen Sozialismus, wie die Akteure der Perestroika angenommen oder zumindest verkündet hatten, sondern in die Wiederherstellung des Kapitalismus gemündet ist, sollte in erster Linie von den als Marxisten ausgewiese-

nen russischen Sozialwissenschaftlern erwartet werden können. Immerhin ist diese Alternative, in welche schrecklichen Extreme sie unter der Herrschaft Stalins auch ausgeartet ist, auf russischem Boden autochthon gewachsen – anders als in der DDR und in den Ländern Ostmitteleuropas. Die Behandlung des Quo-vadis-Themas, auch wenn es *unmittelbar* eher auf Gegenwart und Zukunft als auf die Vergangenheit gerichtet ist, müsste eine ernste Auseinandersetzung mit diesem historischen Fundamentalproblem erkennen lassen.

Indes haben die Autoren – deren relativ ausführliche bio-bibliographische Charakteristik im Anhang (S. 388–402) eine höchst erwünschte Bereicherung des Buches darstellt – diese Auseinandersetzung, soweit sie sie geführt haben, schon vor dem Schreiben der hier in Rede stehenden Texte abgeschlossen. Das Privateigentum steht ihnen nun als Faszinosum und historische Innovation vor Augen, deren Einführung bei den mit ihm verbundenen Personen in erstaunlichem Maße Aktivität und Initiative entbindet. Entsprechend beziehen sie, verbunden mit der Übernahme theoretischer und methodologischer Positionen aus dem westlichen Mainstream, zur sowjetischen Vergangenheit eine kritisch-abgrenzende Haltung.

In einigen wenigen Fällen erreicht diese Distanznahme den Rigorismus antikommunistischer Obsession. Ein Exempel dafür ist der Aufsatz „Totalitarismus und Technik. Die Macht der Technik und die Technologie der Macht" von J. N. Dawydow (S. 193–201). Ausgehend von dem Standpunkt, dass Technik sowohl Aneignung und Beherrschung der Natur als auch Herausbildung und Aufrechterhaltung von Macht über Menschen sei – eine Konfundierung von Bedeutungen, die nach der Versicherung des Autors keine Vereinfachung darstellt –, vertritt er die Ansicht, dass gerade in der Sowjetunion der Totalitarismus den ihm adäquaten Typ von Technik hervorgebracht habe; mit Hilfe dieses Techniktyps wäre die soziokulturelle Struktur des Volkes zerstört und durch eine künstlich geschaffene Struktur ersetzt worden, die ihrerseits berufen gewesen wäre, zur Basis der totalitären Diktatur zu werden. Den Agenten des Totalitarismus sei es gelungen, sich auf zwei logische Eigenschaften der Technik zu stützen und diese miteinander zu verbinden, nämlich erstens deren sprichwörtliche Wertneutralität und zweitens den ihr innewohnenden Willen zur Macht. Auf diesem Niveau wird das Verhältnis von Technik und Gesellschaft diskutiert.

Die meisten der Verfasser gehen indes nicht so weit, die sowjetische Gesellschaft, aus der sie herkommen, ohne jedes Maß zu verteufeln, sondern bemühen sich, mehr oder minder ausgeprägt, um eine differenziert kritische Sicht. Ihr Problem besteht eher darin, dass sie einerseits die enormen sozialen Verwerfungen, die das Einschwenken der russischen Gesellschaft auf einen kapitalistischen Entwicklungspfad bewirkt hat, durchaus sehen und in ihren soziologischen Analysen – teilweise mit beeindruckender Schärfe – dokumentieren, andererseits aber meinen, diesen Wandel nicht nur als ein objektives Geschehen beschreiben, sondern sich obendrein auch zu ihm bekennen zu müssen. Es ist offensichtlich nicht ganz leicht, eine gesellschaftliche Struktur, die man früher – und zwar in der Regel nicht mit bloßen Glaubensbekenntnissen, sondern mit Argumenten – von Grund auf kritisiert hat, nunmehr als Zukunftsverheißung zu bejahen. Der Spagat zwischen wissenschaftlicher Solidität und renovierter Wertorientierung wird meist damit bewältigt, dass aktuelle Miseren zwar getreu geschildert, aber zugleich zu Übergangsphänomenen erklärt werden, die verschwinden würden, wenn erst der Übergang zur „offenen Gesellschaft" zur Gänze bewältigt sei. Meist sind die Darstellungen auch so realistisch, dass sie für diesen Übergang lange Fristen in Rechnung stellen.

Dies sei am Beispiel des Aufsatzes „Differenzierungen nach Hab und Gut – Armut und Reichtum beim Übergang zur Marktwirtschaft" von T. W. Jarygina und M. A. Moschina (S. 164–170) pars pro toto verdeutlicht. Dieser Aufsatz, der auf dem Material zweier Untersuchungen (1992 und 1993) zur Situation von Familien in vier zu unterschiedlichen Größenklassen gehörenden russischen Städten fußt, stellt zunächst die ideologische Position zur Vergangenheit klar. In der UdSSR sei die ganze Gesellschaft verarmt: „So gesehen waren alle breit propagierten Attribute des Volkswohlstandes (niedrige Preise für Nahrungsmittel, niedrige Wohnungsmieten, unentgeltliche Medizin und Bildung) insgesamt nur Methoden zur Wahrung niedriger Preise der Arbeitskraft und zur Verstärkung der Ausbeutung". Mit der gleichmacherischen Form der Verteilung habe sich auch eine gesellschaftliche Ideologie der Armut herausgebildet, „ein bewusst anerzogenes Verhältnis zum Reichtum und den Mitteln, ihn zu erlangen ..." Dies mache das Entstehen neuer Verhaltensmodelle der Bevölkerung sehr schmerzhaft und für einige soziodemographische Gruppen einfach unmöglich. Mit dieser eindeutigen

Abgrenzung vom Vergangenen gehen die Autorinnen zur Gegenwartsdiagnose über und stellen ohne Einschränkung fest, dass sich die Verelendung der Bevölkerung fortsetzt. Obwohl bei den Gruppen mit niedrigem Einkommen (die Angaben über ihren Umfang schwanken von Autor zu Autor, aber generell wird ihr Anteil an der Population nicht unter 70 % angegeben) die Ausgaben für Nahrungsmittel gegenwärtig die Grundform aller Ausgaben sind, hat sich die Qualität der Ernährung bei ihnen spürbar verschlechtert und ist nach Angaben von FAO-Experten auf das Niveau schwachentwickelter Länder abgesunken. Auch für die Zukunft sei bei der Hauptmasse der Familien mit einem weiteren Absinken des Realeinkommens zu rechnen. Das alles wird mit einer Vielzahl von Fakten untermauert. Nun folgen Deutung und optimistischer Ausblick. Zunehmende Einkommensunterschiede seien nämlich unvermeidbar in einer Periode, „wo ein Teil der Bevölkerung fortfährt, nach den Gesetzen der Zeit vor den Reformen zu leben, und gleichzeitig eine Klasse entsteht, die an die Reformen angepasst ist. In dem Maße, wie neue ökonomische Verhältnisse entstehen, wird sich das Ausmaß der Ungleichheit auf ein normales Maß verringern, wie es für die modernen Industrieländer typisch ist". Da sich die Transformationsperiode aber auf viele Jahre ausdehnen könne, plädieren die Autorinnen für eine vernünftige Sozialpolitik, die es erlaubt, „die Übergangsprobleme für die weniger angepassten Schichten der Bevölkerung einzudämmen".

Dies ist das epistemische Schema, nach dem die meisten Beiträge aufgebaut sind: Nach der Liquidierung des Sowjetsystems ist ein Tal der Tränen zu durchschreiten, an dessen Ausgang der Einzug in die kapitalistische Moderne winkt. Die Gebrechen, die in der Transformationsphase zutage treten, werden nicht dem Kapitalismus angelastet, der als ideales Ziel der Bewegung unbeschädigt bleibt, sondern allein dem Umstand, dass er von einem prä- oder antimodernen Ausgangspunkt her erreicht werden muss. Der Weg zu diesem Ziel ist mit Risiken und Gefahren erfüllt, unter denen als Extrem selbst die Möglichkeit einer Restauration nicht völlig ausgeschlossen wird; allein die Konsequenz des Reformhandelns kann die Geburtswehen mildern.

Es gibt nur wenige Texte, die zur kapitalistischen Wende selbst vorsichtig auf Distanz gehen. G. S. Batygin etwa bedient sich in seinem geistreichen kleinen Essay „Die Macht und die Intellektuellen" (S. 185–192) des Mittels der historischen Ironie, um anzudeuten, dass das ganze moralische Pathos der

gesellschaftlichen „Erneuerung" heute wie vor Jahrhunderten lediglich dazu dient, eine neue Gruppe von Akteuren und Nutznießern der Macht in Vorhand zu bringen.

II

Die in diesem Band versammelten Aufsätze sind in vier große thematische Blöcke gegliedert. Im ersten Teil „Identität und Wertorientierungen der Russen heute" stehen, gestützt auf umfangreiche soziologische Erhebungen, subjektive Befindlichkeiten im Mittelpunkt des Interesses. Die Autoren, die meist dazu neigen, das russische Sozium der 90er Jahre als eine instabile, nicht in die üblichen klassifikatorischen Schubladen passende Übergangsgesellschaft anzusehen, betrachten die diesbezüglichen Daten gerade wegen ihrer hohen Wandelbarkeit als empfindliche Indikatoren für das Geschehen in einem solchen Schmelztiegel der Veränderung. Auch der – zumindest metaphorische – Rückgriff auf Vorstellungen aus der Chaostheorie erscheint als Interpretationshilfe angemessen.

N. I. Lapin (S. 21–37) sieht die russische Gesellschaft seit 1989/90 zwischen zwei auf komplizierte Weise miteinander verflochtenen und so ihre Evolution bestimmenden „Spannungszyklen" umherirren – jenem der Reformation und jenem der Restauration. Die „Reformation" ist aus seiner Sicht ein weltweiter Trend der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in dessen Verlauf auf der sozietalen Ebene die prinzipielle Mehrdimensionalität der Gesellschaft und auf der individuellen Ebene die Freiheit zur eigenen Entscheidung hervortritt. An die – selbstverständlich positiv bewertete – soziokulturelle Reformation gelte es für Rußland Anschluss zu gewinnen, der mit einem Rückfall in sowjetische Muster gleichgesetzten Tendenz gelte es zu entkommen. Die größte Gefahr einer Restauration gehe von der „nicht zivilisierten Liebe zur Macht" aus, das wichtigste Unterpfand der Reformation sei die Privatisierung des Staatseigentums. Dennoch findet Lapin bei vergleichenden Untersuchungen, dass sich 1994 die Zufriedenheit der Russen mit ihrem Leben gegenüber 1990 um die Hälfte verringert habe und dass sich die Elite großenteils „dysfunktional" verhalte. Die Entdeckung der „Eliten" ist das vielleicht wichtigste Markenzeichen der neuen russischen Soziologie; in diesem Band ist „Elite" ein – wenn nicht sogar der – Schlüsselbegriff. Seine

geballte Verwendung ist als ein Signal der Absage an die Ideale sozialer Gleichheit zu lesen.

Mit der Spezifik individueller Reaktionen auf gesellschaftliche Krisenzustände befasst sich der Beitrag von N. F. Naumowa (S. 38–53). Sie verwendet dazu ein Zweiebenenmodell, das das menschliche Verhalten in den Bereich der unmittelbaren und in den der vermittelten, strategischen Reaktionen gliedert. Auf der ersten Ebene (Wertewandel, Identifikation) ergeben ihre Untersuchungen eine Tendenz zur Destabilisierung des Systems der zwischenmenschlichen Beziehungen, eine stärkere Bedeutung der Primärebene (Familie, Freunde) und eine abgeschwächte Bedeutung der sozietalen Ebene für die soziale Identifikation, auf der zweiten Ebene eine Mobilisierung „ewiger", historisch invarianter Mechanismen des Krisenverhaltens. 1989 hatte das Allunionszentrum zur Untersuchung der öffentlichen Meinung (WZIOM) eine umfangreiche Untersuchung zum Thema „Der sowjetische Mensch" durchgeführt; eine ähnlich angelegte Untersuchung aus dem Jahr 1994, die Aufschluss über den Meinungs- und Einstellungswandel seit 1989 geben sollte, stellt J. A. Lewada mit einer Fülle empirischen Materials vor (S. 54–66). Verschiedene Befunde bestätigen das im vorhergehenden Beitrag von Naumowa gezeichnete Bild; Lewada konstatiert „das paradoxe Auseinanderfallen der Einschätzungen und das ständige Hin und Her zwischen der Sehnsucht nach einer autoritären Ordnung und den Hoffnungen auf Demokratie, zwischen den Zivilisationsbestrebungen und dem Drang zu aggressivem Nationalismus". Er vermerkt auch, dass es in der Gesellschaft an Zielen und Idealen fehle, die imstande wären, „einen bedeutenden Teil der Bevölkerung zu begeistern"; ähnliche Einschätzungen trifft man auch in anderen Beiträgen dieses Bandes an.

G. M. Andreewa (S. 67–72) konstatiert eine mit der Instabilität der Gesellschaft korrespondierende Krise der sozialen Identität, ist sich aber sicher, dass diese Krise mit dem weiteren Fortschreiten in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft überwunden werden wird, und empfiehlt die Hilfe der Psychologie bei der Einflussnahme auf bestimmte Bevölkerungsgruppen sowie bei der Instruktion von Politikern und anderen Entscheidungsträgern. Über die Formung der sozialen Identität der Persönlichkeit schreibt – auf dem Hintergrund eines von 1991 bis 1994 durchgeführten umfangreichen Forschungsprojekts und mit einem erheblichen Datenfundus versehen – auch Mitheraus-

geber W. A. Jadow (S. 73–107). Der Autor, der für die Beschreibung der sowjetischen Gesellschaft das Totalitarismuskonzept uneingeschränkt übernimmt, sieht im Zusammenbruch des „totalitären Systems" zugleich den dramatischen Prozess des Bewusstwerdens besonderer Interessen, die zuvor nivelliert worden waren: „Es herrscht ein konfrontativer Pluralismus mannigfaltiger Eliten (politischer, wirtschaftlicher, kultureller, religiöser, ethnisch-nationaler), von denen jede das ‚symbolische Kapital' ihres Einflusses und der Konstituierung eines sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ideologischen Raumes vergrößern will". Diesen Prozess der Ausdifferenzierung und Pluralisierung mit seiner wechselnden Dynamik verfolgt die Untersuchung in unterschiedlichen Richtungen.

III

Der zweite Teil des Bandes enthält Arbeiten, die sich auf den soziokulturellen Aspekt des Wandels der russischen Gesellschaft konzentrieren. Zunächst befassen sich S. T. Golenkowa und E. D. Igitchanjan mit dem Problem der sozialen Stratifikation (S. 109–119); dabei verstehen sie unter der Sozialstruktur einen vieldimensionalen, hierarchisch organisierten sozialen Raum, in dem sich Gruppen und Schichten durch Verfügungsgewalt über Macht, Eigentum und sozialen Status voneinander unterscheiden. Im gegenwärtigen Übergang verändert sich nach ihrer Einschätzung die Natur der Gruppen und Gemeinschaften, es „beginnt ihre Wiederherstellung als Subjekte von Macht und Eigentum, d.h. die Resubjektivierung der Zivilgesellschaft. An die Stelle der in der Sowjetgesellschaft stattgefundenen Refeudalisierung mit ihrer Ständehierarchie tritt der Prozess der Entstehung ökonomischer Klassen und Schichten mit seinem System sozialer Konflikte und Widersprüche. Es ist der Sprung von der geschlossenen in eine offenere Gesellschaft". Am sozialen Charakter dieser offeneren Gesellschaft besteht kein Zweifel: Die vom Besitz bestimmte Schichtung der Gesellschaft verstärkt sich und nimmt polarisierenden Charakter an; in der nach dem Index des materiellen Wohlstandes aufgestellten vierstufigen Skala gehörten nicht mehr als ein Prozent der von den Autorinnen 1993/94 Befragten zur höchsten Stufe der „Wohlhabenden". Die rasant aufbrechende Kluft zwischen Arm und Reich wird in den verschiedensten Beiträgen des Bandes unisono konstatiert, sie ist das Grundfaktum des

neuen russischen Wunders. Die höchste Solidarität findet die Analyse bei der Schicht oder Klasse der Unternehmer, die gemeinsam ihre Perspektive in der Marktwirtschaft sieht, während die Perspektiven aller anderen Gruppen und Gemeinschaften durch die Konditionen des Marktes nicht positiv „vorprogrammiert" sind: „Die ‚Armen' werden von der Macht entfremdet, während die ‚Reichen' die (z.T. schon verwirklichte) Aussicht haben, die politische ‚Elite' zu stellen. Das Modell der sozialen Schichtung erinnert an eine plattgedrückte Pyramide mit einer sehr breiten Basis... Eine mittlere Klasse fehlt bisher praktisch völlig". Hier schließt die Arbeit von M. F. Tschernych (S. 120–126) an, in der eine Erhebung zur sozial-beruflichen Mobilität 1986–1993 besprochen wird. Die Erhebung kommt zu dem Ergebnis, dass der Modernisierungsprozess der russischen Gesellschaft zur Zeit nicht von einer entsprechenden Zunahme der Ströme der sozial-beruflichen Mobilität begleitet ist: „Die Konservierung der grundlegenden Parameter der sozial-beruflichen Struktur bei gleichzeitigem Anwachsen der Vermögensdifferenzierung ist einer der spürbarsten Widersprüche des Reformprozesses".

Neben dem weiter oben besprochenen Beitrag von Jarygina und Moschina zu Armut und Reichtum enthält dieser Block noch drei Aufsätze, die typische neue Schichten der russischen Gesellschaft soziologisch porträtieren: die Business-Schicht, die Farmer und die Obdachlosen. Die umfangreichste dieser Studien stammt von T. I. Saslawskaja und ist dem Unternehmertum gewidmet (S. 127–152). Den Kern dieser Schicht bilden Besitzer von Unternehmen, im weiteren Sinne werden ihr alle jene Personen zugerechnet, die in irgendeiner Weise dem „Business" nachgehen. Die Ausdifferenzierung dieser Schicht ist noch nicht sehr weit fortgeschritten, Rußland wird hier ein großer Entwicklungsrückstand zu allen anderen osteuropäischen Ländern bescheinigt; 71 % der Unternehmer arbeiten gleichzeitig als Arbeitnehmer („Halbunternehmer"). Auf der einen Seite verbindet die Autorin mit der Unternehmerschicht ein großes Zukunftspotential und erwartet, dass sie „unter günstigen Bedingungen aktiv zur liberalen und demokratischen Umgestaltung der Ökonomie und zur Formierung einer offenen Gesellschaft beitragen wird". Andererseits stellt sie fest, die Akkumulation von Großkapital in Rußland sei heute „weniger mit hoher Qualifikation, mit Wissen, tätiger Energie und Talent verbunden als vielmehr mit dem Vorhandensein von nützlichen Beziehungen, der Missachtung von Gesetz und Moral und aufgrund von Protek-

tionismus". Im gegenwärtigen Rußland sichert „nicht einmal die qualifizierteste und verantwortlichste Arbeitnehmertätigkeit die Einkommen, die mit denen der einfachsten Privatunternehmer vergleichbar wären". So nimmt es nicht wunder, dass die Businessmen sowohl die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als auch die eigenen Möglichkeiten optimistischer einschätzen als die übrigen Beschäftigten. A. A. Wosmitel befasst sich mit der neu entstehenden Schicht der Agrarunternehmer, den Farmern (S. 153–163). Anfang 1994 bewirtschafteten sie zwar erst etwa fünf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Rußlands, aber ihre Bedeutung „als realer Faktor der Erneuerung der russischen Gesellschaft als Ganzes" schätzt der Autor weitaus höher ein; dabei stützt er sich auf Befunde einer von ihm im Rahmen des von Jadow geleiteten Akademieprogramms „Alternative soziale Umwandlungen der posttotalitären Gesellschaft" durchgeführten Untersuchung. Hier begegnet man geradezu einem Bilderbuchkontrast: Im Bewusstsein der Beschäftigten landwirtschaftlicher Betriebe setze sich „die Trägheit, die Angst vor individueller Verantwortung, der Unglaube an die eigenen Möglichkeiten, das Weglaufen vor der Freiheit, die soziale Apathie" fort; die Farmer hingegen, deren Einkommen auch bedeutend höher ist als das der ersteren, seien „Leute mit ‚Pionier'-Eigenschaften, soziale Innovatoren". Schließlich präsentiert J. I. Gilinskij Ergebnisse einer (methodisch schwierig auszuführenden) soziologischen Untersuchung im Obdachlosenmilieu von St.Petersburg (S. 171–182), dessen Umfang auf 30–50.000 Personen geschätzt wird. Auch hier ist ein Defizit der Sowjetmacht zu benennen: Sie hatte die alte russische Tradition der Wohltätigkeit gegenüber Obdachlosen, Armen, Landstreichern usw. unterbrochen. „Gegenwärtig beginnt sich die Wohltätigkeit für Obdachlose und andere Mittellose erst wieder zu beleben".

IV

Der Teil III „Intellektuelle, Macht und Herrschaft der Eliten" enthält zwei Arbeiten, die in gewisser Hinsicht das Zentrum des Buches bilden. Woher kommen eigentlich die von westlichen Kommentatoren so geschätzten Demokraten und Businessmen, die die entscheidenden Träger der russischen „Erneuerung" sind? Ein konsequenter Anhänger der Totalitarismustheorie sollte am ehesten vermuten, dass es sich vorwiegend um Personen handeln

müsste, die vom totalitären Regime unterdrückt und von der Macht ausgegrenzt worden waren und nun die Chance einer revolutionären Bewegung entschlossen ergriffen haben. Die Antwort, die O. W. Kryschtanowskaja und – in einigen Beziehungen ergänzend – R. W. Rywkina geben, ist wohlfundiert, doch sie lautet ganz anders: Die Akteure der kapitalistischen Wende entstammen in ihrer überwältigenden Mehrheit der Nomenklatur der KPdSU und des Sowjetstaates.

Kryschtanowskajas Arbeit „Die Transformation der alten Nomenklatur-Kader in die neue russische Elite" (S. 213–243) besticht durch ihre nüchterne, von aller ideologisch gefärbten Markt-, Freiheits- und Demokratielyrik freie Prägnanz. Die zugrundeliegende Untersuchung hat 3610 Biographien mit einem Set unterschiedlicher Methoden analysiert. Minutiös werden die Mechanismen durchleuchtet, die den Übergang auf einen kapitalistischen Entwicklungsweg ausgelöst haben – als ein Mittel der durch die Perestroika ermöglichten Machtumverteilung innerhalb der (ehemaligen) Nomenklatur, dessen Gebrauch freilich ganz andere als nur die intendierten Folgen hervorbrachte. Wie die Untersuchung schlüssig zeigt, war der entscheidende Punkt des Übergangs eine grundlegende Veränderung im Charakter der den Angehörigen der Nomenklatur gewährten Privilegien von der Zuteilung bestimmter Güter und Leistungen hin zur Genehmigung profitbringender Tätigkeiten: „Der Nomenklatur wurde erlaubt, was anderen verboten war: Profit zu machen". Ökonomisch gesehen war dies die Stelle, an der das Sowjetsystem aus den Angeln gehoben wurde. Die „klassischen" Privilegien waren stets limitiert und konnten an ein und demselben Platz in der Nomenklatur nicht erweitert werden; die „neuen" Privilegien hingegen ließen sich dehnen, solange gesellschaftliches Eigentum vorhanden war, das in der Hand derer, die darüber verfügten, in profitables Kapital verwandelt werden konnte. Als die Privatisierung „für das Volk" begann, waren die Messen im wesentlichen gesungen, die an die Bevölkerung ausgegebenen Vouchers waren nicht viel mehr als demokratisches Spielmaterial. Die Verfasserin zeigt, dass 90 % der heutigen Politiker ihren Elitestatus aus sowjetischer Zeit „geerbt" haben und dass Jelzin die schon von Gorbatschow geförderten Kader im wesentlichen behielt. Unter Jelzin war die revolutionäre Periode der Transformation der Elite beendet, es wurden Maßnahmen zu ihrer „Schließung" eingeleitet, die spontane Rekrutierung nach oben wurde auf ein Minimum reduziert. Das

abschließende Urteil der Autorin lautet: „Damit ist die Umverteilung der Macht abgeschlossen. Die zweite russische Revolution geht zu Ende, eine Revolution, in der die junge Generation der Nomenklatur gesiegt hat. Ihrem Wesen nach ist es eine bürgerliche Revolution gewesen, die zur Veränderung der gesellschaftspolitischen Ordnung geführt hat. Die Macht wurde unter einer Gruppe jüngerer, pragmatischer Nomenklatur-Kader neu verteilt, von denen ein Teil Politiker, ein anderer Unternehmer wurde. In der Ökonomie bedeutete diese Revolution den Austausch von Macht gegen Eigentum". Rywkina behandelt ergänzend den „Einfluss der neuen herrschenden Elite auf den Verlauf und die Resultate der russischen Reformen" (S. 244–260). Die Ergebnisse stimmen mit der Gesamtaussage des vorhergehenden Aufsatzes überein. Wie die Verfasserin schreibt, ist heute „allen klar, dass die große Mehrheit der neuen Businessmen nicht durch eine effektive Produktionstätigkeit, nicht durch den Aufschwung der Wirtschaft des Landes zu dem wurden, was sie sind und haben, sondern durch Aneignung gesellschaftlicher Geldmittel und andere Machenschaften, die alle zu Lasten ein und derselben Quelle gehen – der Steuerzahler, der Bevölkerung". Die Autorin sieht eine „große Kluft zwischen der regierenden Elite und der übrigen Masse der Bevölkerung des heutigen Rußlands" – doch das Volk reagiert nicht mit Rebellion, sondern mit Vertrauensentzug und politischem Desinteresse. In diesen Zusammenhang gehört auch noch der Beitrag von W. N. Schubkin über das Bildungssystem und die neuen Eliten (S. 261–269). Die Pluralisierung der Bildung durch die Schaffung diverser privater Anstalten, die nur für Zahlungsfähige zugänglich sind, legalisiert danach „die Mechanismen, die auch früher (latent) dem sowjetischen Bildungssystem eigen waren: die Selektion und die Schaffung eines Maximums an Möglichkeiten für die Reproduktion der Elite". Nach Schubkins Einschätzung bewegt sich Rußland in Richtung auf ein technokratisches Bildungssystem: „Es wird die Idee verworfen, dass die Kinder aus allen Klassen und sozialen Gruppen das Recht auf gleiche Möglichkeiten beim Start ins Leben haben, wozu auch der Erhalt einer vollwertigen Bildung gehört". Die elitären Hochschulen würden für die Kinder der Werktätigen noch schwerer zugänglich, dafür bekämen sie als Ergänzung zu einer nicht vollwertigen Bildung „eine Massenkultur in den fremden westlichen Mustern".

Mit den besprochenen Aufsätzen ist der Prozess der Implosion des Sowjetsystems und der originären Entstehung von Kapitalismus aus dem Inne-

ren seiner Machtstruktur heraus schlüssig durchleuchtet. Die soziologischen Analysen lesen sich wie eine Illustration zu Batygins genereller Bemerkung, dass sich Macht genau dann zu zersetzen beginnt, wenn die herrschenden Klassen selbst den Glauben an die Rechtmäßigkeit ihrer Sache und an ihre Vorherbestimmung verlieren (S. 190f.). Was zwischen 1987 und 1990 problemlos möglich war – die Verwandlung von Funktionären in Profiteure – könnte man sich in der Sowjetunion des Jahres 1970 schwerlich vorstellen; selbst wenn es eine Gelegenheit dazu gegeben hätte – die mentale Barriere, die einem solchen Schritt entgegenstand, wäre wohl noch unübersteigbar hoch gewesen. Wie und warum wurde sie abgetragen? Diese Frage wird durch die vorgelegten Analysen nicht beantwortet, doch auf ihrer Grundlage kann sie endlich rational gestellt werden.

Zum dritten Teil gehören noch drei essayistische Aufsätze, die ganz anders geschnitten sind als die soziologischen Untersuchungen. Neben den bereits erwähnten Beiträgen von Batygin und Dawydow ist es der Artikel „Intelligenz, Intellektuelle und Politik" von B. W. Firsow (S. 202–212), der sich ähnlich wie der von Dawydow durch einen frontalen Antikommunismus auszeichnet. Dem Sowjetsystem wirft er unter anderem „die massenhafte, dumpingartige Produktion einer intellektuellen Schicht, die von jedem Anspruch auf Elitarität frei war (die Arbeiter- und Bauern-Konterelite), die „Entsakralisierung der Intelligenzberufe und der intellektuellen Arbeit" und damit schließlich die „Degradation der intellektuellen Schicht" vor. Das „Elitäre" steht im Selbstbewusstsein des neuen Rußland ersichtlich hoch im Kurs, die Geld- und Machteliten haben auch ein intellektuelles Pendant.

V

Der abschließende Teil IV vereinigt unter dem Titel „Rußland im Widerstreit der Perspektiven" sieben Aufsätze zu ganz unterschiedlichen Aspekten und Sphären der russischen Gesellschaft. In einer umfangreichen Untersuchung beschäftigen sich L. A. Gordon und E. W. Klopow mit der Entwicklung der Gewerkschaften (S. 271–297). Die von ihnen analysierte Situation ist durch die Koexistenz zweier Typen von Gewerkschaften – der aus dem Sozialismus überkommenen alten und der in der Perestroikazeit neu geschaffenen („unabhängigen" oder „freien") – bei generell gesunkenem Prestige der ge-

werkschaftlichen Tätigkeit gekennzeichnet. Den zweiten Typ sehen sie als denjenigen an, der den neuen Verhältnissen eigentlich angemessen ist, denn erst der Übergang vom Staatssozialismus zu einer „demokratischen Gesellschaftsordnung" (das Wort „Kapitalismus" wird in diesem Aufsatz nirgendwo verwendet) ermögliche eine wirkliche Vertretung von Arbeiterinteressen. Das bisherige Überdauern der alten Gewerkschaften betrachten sie im wesentlichen als ein Phänomen des noch nicht überwundenen Korporatismus im Massenbewusstsein, der den Betrieb als gemeinsames Anliegen aller dort Tätigen wahrnimmt, und gründen ihre Erwartung, dass sich die auf „dialogisch-wetteifernde Beziehungen mit den Arbeitgebern" eingestellten neuen Gewerkschaften schließlich durchsetzen werden, auf die unumkehrbare Erneuerung der russischen Gesellschaft.

Mit ihrer „Kritik des russischen Autoritarismus" (S. 298–319) wenden sich J. A. Krasin und A. A. Galkin einem brisanten Thema zu, das international mehr Besorgnis weckt und größere Aufmerksamkeit auf sich zieht als die meisten anderen Aspekte des derzeitigen Wandels in Rußland. Die Autoren äußern sich in dieser vielschichtigen Studie nicht als neutrale Betrachter, sondern als engagierte Befürworter der Herausbildung einer toleranten, humanen bürgerlichen Demokratie in Rußland. Auf der einen Seite sehen sie die Gefahr einer Wendung zu autoritären Herrschaftsformen als eine höchst virulente, die wesentliche Wurzeln in der unorganischen, widersprüchlichen Anlage der bürgerlichen Reformen im Lande hat. Sie erörtern auch die Verführung, die angesichts der gravierenden Schwierigkeiten des Reformprozesses von der Idee ausgehen kann, den gordischen Knoten der Probleme einfach mit starker Hand zu durchschlagen, betonen aber – mit überzeugenden Argumenten – ihre Ansicht, dass autoritäre Methoden keine dauerhaft tragfähigen Problemlösungen ermöglichen können. Ihre Prognose ist relativ skeptisch. Das in der historischen Entwicklung Rußlands herangereifte Bedürfnis nach Demokratie „kann nicht auf einmal verwirklicht werden. Allen Anzeichen nach benötigt der Übergang Jahrzehnte. Im Verlaufe einer solchen langen Übergangsperiode wird sich die Gesellschaft nach dem Modell einer ‚pulsierenden' Entwicklung wandeln, bei der sich Durchbrüche zur Demokratie mit zeitweiligen Unterbrechungen durch Rückzüge und Rückfälle in autoritäre Strukturen abwechseln werden". Das gegenwärtig herrschende System findet keineswegs die uneingeschränkte Billigung der Autoren: „Den

Widerspruch zwischen der verkündeten Treue zur Demokratie und der Neigung zu autoritären Regierungsformen empfindet die herrschende Elite kaum als peinlich". Die größere Gefahr bestehe dabei derzeit „nicht in einem juristisch ausformulierten autokratischen Regime, sondern in dem schrittweisen Hinüberschleichen in eine ‚autoritäre Situation'..." Die vollgültige Ausprägung der russischen Demokratie liege noch in der Zukunft, ein Ansatzpunkt bestehe im Bewußtwerden dessen, dass einerseits „die Demokratie nicht von dem gegenwärtigen Regime und den herrschenden Eliten, die sich selbst als ‚Demokraten' bezeichnen, zu erwarten ist", und dass es andererseits „keine automatischen Verbindungen von marktwirtschaftlichen und demokratischen Umgestaltungen" gibt, die Entfaltung der Demokratie also eine Aufgabe sui generis ist.

Eines der erhellendsten Zeugnisse für die kulturelle und zivilisatorische Qualität der kapitalistischen Wende in Rußland ist der Umgang des postsowjetischen Establishments mit der Wissenschaft. Der kurze Aufsatz „Die Rettung der Grundlagenforschung Rußlands als soziales Problem" aus der Feder des namhaften Wissenschaftssoziologen W. Sch. Kelle (S. 320–329) ist ein Alarmruf; die als Titel gewählte Überschrift ist keine literarische Übertreibung, sondern bitterer Ernst. War schon der große wissenschaftliche Personalbestand der Sowjetunion in der Effektivität seiner Arbeit durch seine chronische materiell-technische Unterausstattung schwerwiegend beeinträchtigt, so wird heute die Wissenschaft – von ausgewählten „Elite"-Institutionen abgesehen – durch minimale Budgetierung förmlich ausgetrocknet. Die Migration in andere Tätigkeitszweige und in das Ausland hat längst Ausmaße angenommen, die für die personelle Kontinuität der Forschung ruinös sind. Kelle formuliert für die Zukunft der Wissenschaft in Rußland die folgende Alternative: „Entweder ist dies eine Wissenschaft, die Forschungen an einer breiten Problemfront auf Weltniveau durchführt, oder sie verwandelt sich in eine wissenschaftliche Peripherie, die nur imstande ist, das zu reproduzieren, was schon andere getan haben". Nach seinen Ausführungen steht zu befürchten, dass die faktische Entscheidung für die zweite Option bereits irreversibel gefallen ist.

I. S. Kon beschäftigt sich in seinem Aufsatz „Sex als Spiegel der russischen Revolution" (S. 330–342) mit den Wandlungen im Verhältnis zur Sexualität, die er in Verbindung mit der globalen Tendenz des Übergangs „von

der äußeren sozialen Kontrolle zur individuellen Selbstregulierung" auch auf diesem Gebiet sieht. Nach der sechzigjährigen „Macht einer allumfassenden Sexophobie" sei „der Sex eines der wichtigsten Symbole der Befreiung" geworden, doch auch die „sexuelle Befreiung" habe über die Stränge geschlagen; die wichtigsten Entwicklungstendenzen der sexuellen Massenkultur seien heute Vulgarisierung, Kommerzialisierung und Verwestlichung. Dennoch seien die Heranwachsenden „keine sexuellen Amokläufer" geworden. Allerdings beständen schwerwiegende Mängel der sexuellen Erziehung und Kultur: „Die Liberalisierung der Geschlechtsmoral bei fehlender Gesetzlichkeit und Ordnung im Lande sowie das Nichtvorhandensein von familiärer und schulischer sexueller Erziehung bergen gewaltige soziale und psychologische Gefahren in sich".

Der Aufsatz von A. G. Sdrawomyslow (S. 343–354) schlägt vor, die Soziologie des Konflikts auf die Analyse des politischen Raumes (im Bordieuschen Sinne dieses Begriffs) im gegenwärtigen Rußland anzuwenden. 1991 habe Rußland hier „die Zone erhöhten Risikos" betreten, in der auf jedem der diskutierten Kampffelder (konstitutioneller Prozess; Privatisierung; Verhältnis lokale/regionale/gesamtrussische Interessen); Verhältnis russische/globale Interessen) der Ausgang unbestimmt sei und sowohl die Möglichkeit des Gewinnens als auch die des Verlierens bestehe. Besonders wichtig erscheint mir der Hinweis des Autors auf den Trend, die das Leben mehrerer Generationen umfassende Geschichte der Sowjetunion zu verdrängen und stattdessen „einige bis zur Primitivität vereinfachte ideologische Schemata zu entwerfen". Nicht wenige der Beiträge des Bandes lassen den Effekt dieser Verdrängung erkennen. Auch wenn man der Empfehlung des Autors, der Irrationalisierung des politischen Massenbewusstseins mit den Mitteln der Psychoanalyse entgegenzuwirken, nicht unbedingt folgen will, wird man sich seiner abschließenden Feststellung kaum entziehen können: „Die Vergangenheit neu verstehen, statt sie zu verwerfen, ist eines der wichtigsten Momente einer Modernisierung Rußlands". Der Aufsatz von O. N. Janizkij über „Industrialismus und Ökologie", der ein Thema von zentraler Bedeutung behandelt, ist ein Exempel dafür, wie enormer Kenntnisreichtum und hohe Sachkompetenz bei der Behandlung der sowjetischen Vergangenheit in ein solches ideologisches Schema gezwängt werden und an die Stelle historischen Verstehens eine geradezu mythologische Dämonisierung des „totalitären Sy-

stems" und seiner Intentionen tritt; liest man den Text mit ideologiekritischer Distanz, wird man ihm nichtsdestoweniger wesentliche historische Einsichten entnehmen können. Der Autor sieht allerdings auch das ganze gegenwärtige System der russischen Regierungsinstitutionen darauf gerichtet, „die ökologische Herausforderung zu blockieren", und mahnt an, dass alle Aspekte der Reform eine deutliche ökologische Dimension erhalten müssten.

Im abschließenden Aufsatz „Rußland im europäischen soziokulturellen Raum" (S. 371–386) nimmt B. S. Doktorow, gestützt auf Ergebnisse eines methodisch sehr anspruchsvollen Langzeitprojekts des „Internationalen Forschungsinstituts für sozialen Wandel", die Perspektive des innereuropäischen Vergleichs ein. Das Fazit dieser Untersuchung ist, dass Rußland – wie auch jedes andere europäische Land – auf der auf der soziokulturellen Karte der Wertorientierungen eine unikale Position einnimmt, sich aber nicht außerhalb des allgemeinen Bildes befindet. Es gehört soziokulturell zu Europa: „In diesem Sinne mag es in den nächsten Jahren zu einer schnellen Annäherung einzelner Einstellungsstrukturen der Bevölkerung unseres Landes an die charakteristischen Einstellungen der führenden westlichen Länder kommen. Dennoch gibt es keinerlei Grund zu befürchten, die russische Mentalität könnte sich auflösen und ihre Einmaligkeit verlieren".

VI

Das vorliegende Buch ist in der Vielfalt der Auskünfte über die kapitalistische Wende in Rußland, die man ihm entnehmen kann, ein einzigartiges Zeitdokument. Helmut Steiner, der es sachkundig einleitet (S. 11–19), spricht ausdrücklich davon, dass sich die Entwicklung zu einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Rußland in den 90er Jahren auf unbestimmt lange Zeit unumkehrbar durchgesetzt hat. Fast alle russischen Autoren vermeiden jedoch den Terminus „Kapitalismus". Dies mag eine Äußerlichkeit sein, doch das Buch dokumentiert auch inhaltlich den Abschied des russischen sozialwissenschaftlichen Denkens vom Marxismus und sein Einschwenken in den westlichen Mainstream. Das bedeutet nolens volens auch den Abbruch einer eigenständigen Wissenschaftstradition, die weit mehr war als eine simple Parteiideologie.

Die geistige Wende, die mit diesem Traditionsbruch geschehen ist, verschiebt das Urteil über die Oktoberrevolution und ihre Folgen in die übliche westliche Optik: Es gibt gar keine echten gesellschaftlichen Alternativen, sondern lediglich eine einzige, verbindliche Normalität, von der man sich nur um den Preis von Kataklysmen und Verbrechen für historisch kurze Fristen voluntaristisch entfernen kann, auf deren Bahn man aber unausweichlich wieder zurückgeworfen wird, wie es in der Folge der Ereignisse von 1989/90 geschehen ist. Mit diesem theoretischen Rüstzeug kann das Vermächtnis des Aufbrechens gesellschaftlicher Alternativen zum Kapitalismus – einschließlich der ungeheuren Opfer, die damit verbunden waren – nicht erschlossen werden. Vielleicht werden am ehesten Gelehrte, die ihren sozialen Standort außerhalb der unmittelbaren Erfahrung von Scheitern und Zusammenbruch haben, die Distanz aufbringen, die eine solche Aufgabe verlangt. Die Arbeiten der russischen Autoren bleiben unverzichtbar als Insider-Analysen eines Rekapitalisierungsprozesses, an dessen leidlich zivilisiertem Ablauf die übrige Welt vital interessiert ist.

Günter Kröber

Akademija Nauk v reschenijach Politbjuro ZK RKP(B) – VKP(B) 1922–1952. Sostavitelj V. D. Jesakov. Moskva, ROSSPEN 2000. 591 S.

(Die Akademie der Wissenschaften in Beschlüssen des Politbüros des ZK der KPR(B) – KPdSU(B) 1922–1952. Zusammengestellt von V. D. Jesakov. Moskau, Russische Politische Enzyklopädie 2000. 591 S.)

In Rußland befand sich die Wissenschaft seit jeher unter der Kontrolle des Staates. Die Sozialistische Oktoberrevolution hat daran im Prinzip nichts geändert, wenngleich sich mit dem Übergang vom zaristischen zum Sowjetstaat Inhalte und Formen der Kontrolle gewandelt haben. Die Akademie der Wissenschaften unterstand von 1917 bis 1925 dem Volkskommissariat für Bildungswesen, von 1925 bis 1930 dem Rat der Volkskommissare, von 1930 bis 1934 dem Wissenschaftskomitee des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR, und seit 1934 war sie unmittelbar dem Rat der Volkskommissare unterstellt, der seit 1946 als Ministerrat der UdSSR fungierte. Soweit in den genannten staatlichen Gremien die Tätigkeit der Akademie zur Debatte stand, ging es hauptsächlich um organisatorische, Planungs-, Finanzierungs- und andere operative Probleme. Alle prinzipiellen Fragen jedoch, die den Platz und die Stellung der Akademie im staatlichen Gefüge, ihre interne Arbeitsweise und die internationalen Beziehungen betrafen, wurden erst nach entsprechender Beratung und Beschlußfassung im Politbüro der Kommunistischen Partei entschieden. Um das Verhältnis von Geist und Macht in der UdSSR umfassend aufklären und die Geschichte der Akademie der Wissenschaften einigermaßen allseitig und objektiv schreiben zu können, bedarf es deshalb nicht nur des eingehenden Studiums der in staatlichen Archiven und dem Akademiearchiv lagernden Materialien, sondern ebenso, wenn nicht in noch dringenderem Maße, der Dokumente des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei als des höchsten Organs der Partei- und Staatsmacht in der UdSSR. Viele seiner Beschlüsse unterlagen bis vor kurzem noch der Ge-

heimhaltung und standen der historischen Forschung somit nicht zur Verfügung.

Das Präsidium der Russischen Akademie der Wissenschaften und der Bundesarchivdienst Rußlands (Federal'naja sluschba Rossii) beginnen nun mit diesem Band die Veröffentlichung von Beschlüssen des Politbüros bzw. des Präsidiums des ZK der KPdSU, welche die Akademie der Wissenschaften betreffen. Das Gesamtvorhaben soll die Zeit von 1922 bis 1991 umfassen; der vorliegende erste Band enthält 478 Beschlüsse der Jahre 1922 bis 1952. Die Beschlüsse selbst sind mitunter recht lapidar: „Vertagen ...", „Bestätigen ...", „Ernennen ...", „Keine Einwände ..." und ähnliche Imperative sind nicht selten. Dafür ist der Apparat der Anmerkungen und sind die den Beschlüssen beigefügten Dokumente, aus denen ihre Vorgeschichte und gegebenenfalls ihre Folgen ersichtlich werden, umso ausführlicher und aufschlußreicher. Die wissenschaftshistorische und wissenschaftspolitische Bedeutung dieses Unternehmens kann deshalb nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Auf den ersten Blick mag es nicht einsichtig erscheinen, warum der Zeitraum von 1919 – im März dieses Jahres wurde das Politbüro geschaffen – bis 1922 aus der Betrachtung ausgenommen ist. Das Datum, ab dem Beschlüsse des Politbüros zur Akademie der Wissenschaften zur Verfügung stehen, wurde jedoch vom Politbüro selbst vorgegeben, denn im Mai 1922 nahm dieses Gremium erstmalig zu Fragen der Akademie Stellung. Bedenkt man noch, daß im April 1922 Stalin zum Generalsekretär der Partei gewählt worden war, so sind die Jahre von 1922 bis 1952 faktisch zugleich jener Zeitraum, der in der Geschichte der Sowjetunion und ihrer Akademie der Wissenschaften die Stalinsche Ära genannt werden kann.

Der erste Politbürobeschluß zur Akademie beauftragte am 11. Mai 1922 den stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, A. I. Rykov, dafür zu sorgen, „daß die Existenz der Akademie und der Öffentlichen Bibliothek – wenigstens in minimalem Grade – gesichert ist" (S. 27). Zu diesem Beschluß war es gekommen, nachdem der Vorsitzende des Moskauer Stadtsowjets, L. B. Kamenev, einen Bericht des Vizepräsidenten der Akademie, V. A. Steklov, über den gegenwärtigen Zustand der Russischen Akademie der Wissenschaften Stalin zur Kenntnis gebracht hatte. Steklov mahnt darin in nicht allzu fernem zeitlichen Abstand zum 200. Jahrestag der Gründung der Akademie fehlende Finanzen, unwürdige Arbeitsbedingungen

ihrer Mitglieder und Mitarbeiter, die unmögliche Unterbringung der Bibliotheken und Museen und viele andere Mißstände an, die die Lage der Akademie insgesamt schlimmer als zu Lomonossows Zeiten erscheinen lassen. In Auswirkung des Politbürobeschlusses faßte u.a. das Finanzkomitee des Rates der Volkskommissare entsprechende Beschlüsse zur besseren Versorgung der Akademie (S. 35).

Waren es ursprünglich noch Grundsatzfragen, die den Lebensnerv der Akademie betrafen, so erweitert sich das Spektrum der Probleme, zu denen das Politbüro Stellung nimmt, im Laufe der Jahre zusehends. Zu ihnen gehören in den 20er Jahren insbesondere: Die Umbenennung der Russischen Akademie der Wissenschaften in Akademie der Wissenschaften der UdSSR (1925), Änderungen ihres Statuts (1927), die Durchführung von Sitzungen und Vollversammlungen, die Wahlen zur Akademie, die Überführung der Akademie aus Leningrad nach Moskau (1934), die Auflösung der Kommunistischen Akademie und die Überführung ihrer Einrichtungen in den Bestand der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, die Jubiläen der Akademie und anderer wissenschaftlicher Einrichtungen, die Gründung neuer Institute und Akademiefilialen, die materielle Versorgung der wissenschaftlichen Mitarbeiter, Ehrungen und Auszeichnungen von Wissenschaftlern, die Einreise ausländischer Wissenschaftler in die UdSSR, die Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler an internationalen Kongressen und Konferenzen im Ausland sowie die Durchführung internationaler Kongresse in der UdSSR.

Es ist im Rahmen dieser Besprechung nicht möglich, auf alle in diesem Band veröffentlichten Beschlüsse und Materialien einzugehen. Exemplarisch sollen nur zwei Episoden aus dem Leben der Akademie aufgegriffen werden, zu denen der vorliegende Band bisher nicht bekannte Dokumente vorstellt: Die Änderungen am Statut der Akademie (1927) und die Verurteilungen von Akademiemitgliedern zu Beginn der 30er Jahre.

Im April und Mai 1927 standen die Änderungen am Statut der Akademie sechsmal auf der Tagesordnung des Politbüros. Nach fünfmaliger Vertagung wurde das neue Statut am 6. Mai 1927 schließlich bestätigt. Aus den nunmehr veröffentlichten Zusatzmaterialien geht hervor:

Am 28. Juli 1925 hatte der Rat der Volkskommissare in Ausführung einer Direktive des Politbüros eine Kommission unter dem Vorsitz von V. P. Miljutin, dem damaligen Mitglied der Zentralen Kontrollkommission der

KPdSU(B), eingesetzt, die im Zusammenhang mit der Überführung der Russischen Akademie der Wissenschaften in die Akademie der Wissenschaften der UdSSR ein neues Statut der Akademie vorbereiten sollte. In einem Begleitschreiben zur Politbürovorlage (S. 48–51) begründet A. I. Rykov, der 1927 bereits Vorsitzender des Rates der Volkskommissare war, die Vorschläge der Kommission. Das bisherige Statut der Akademie gelte im Grunde genommen seit 1836. Wenige Änderungen, die bereits von der Provisorischen Regierung vorgenommen worden waren, bezogen sich lediglich darauf, daß der Präsident und der Vizepräsident der Akademie nicht wie früher von der Regierung ernannt, sondern von der Vollversammlung der Akademie gewählt und von der Regierung bestätigt werden, daß die Wahl von Akademiemitgliedern von der Regierung zu bestätigen ist, während sie früher vom Präsidenten der Akademie bestätigt wurde, und daß die Rolle der Vollversammlung der Akademie erhöht und die Macht des Präsidenten eingeschränkt wurde.

Das Schreiben Rykovs gibt Aufschluß darüber, wie in den Verhandlungen der Kommission mit der Akademie das neue Statut erarbeitet wurde. Demzufolge gab es Übereinstimmung mit der Akademie darüber, daß sie

- die höchste wissenschaftliche Einrichtung der Union ist und daß sie dem Rat der Volkskommissare untersteht, dem sie jährlich über ihre Tätigkeit Bericht zu erstatten hat,
- die wissenschaftlichen Disziplinen pflegt, die zu ihrem Bestand gehören, und diese um neue Entdeckungen und Methoden bereichert, die natürlichen Produktivkräfte des Landes zu erschließen beiträgt, wissenschaftlichen Theorien und experimentellen Ergebnissen zur praktischen Anwendung in der Industrie und im kulturell-ökonomischen Bereich verhilft,
- im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Aufgaben Expeditionen organisiert,
- das Recht hat, Forschungsinstitute zu gründen, Museen und Laboratorien einzurichten, Ständige Kommissionen ins Leben zu rufen usw., die jedoch der Bestätigung durch den Rat der Volkskommissare bedürfen,
- spezielle Komitees zur Herstellung wissenschaftlicher Beziehungen zu Einrichtungen und Gesellschaften, die nicht zur Akademie gehören, unterhalten kann, und daß
- die vom Ständigen Sekretar unterzeichneten Schriften der Akademie nicht der Zensur unterliegen und auch ohne Zensur ins Ausland versandt werden dürfen.

Widerspruch seitens der Akademie gab es gegen den Punkt, daß sie nur zwei Klassen haben sollte (für Physikalisch-Mathematische Wissenschaften und für Humanwissenschaften (Geschichte, Philologie, Ökonomie, Soziologie u.a)); die Akademie hingegen wollte drei Klassen: Für Physikalisch-Mathematische Wissenschaften, für Russische Sprache und Literatur sowie für Historische Wissenschaften und Philologie. Dem Punkt, daß die Akademie wissenschaftliche Beziehungen mit Akademien und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland herstellt und unterhält, wollte die Akademie hinzugefügt sehen, daß sie das Recht hat, wissenschaftliche Kongresse und Beratungen einzuberufen.

Auf der Sitzung des Politbüros am 26. Mai 1927 wurde das neue Statut in der von der Miljutin-Kommission vorgelegten Fassung mit folgenden Änderungen bestätigt:

- Gestrichen wurde der Punkt, daß die Wahl von Akademiemitgliedern durch die Regierung zu bestätigen ist.
- Der Passus über die Aberkennung der Mitgliedschaft erhielt die Fassung: „Ein Akademiemitglied geht des Titels verlustig, wenn es die ihm durch diesen Titel auferlegten Aufgaben nicht erfüllt, oder wenn seine Tätigkeit offenkundig gegen die Interessen der UdSSR gerichtet ist." (S.48).
- Die Anzahl der Akademiemitglieder wurde auf 70 festgelegt.

Der Passus über die Aberkennung der Mitgliedschaft legte den Keim für spätere Ausschlüsse aus der Akademie bis hin zu politisch motivierten Verfolgungen und Verurteilungen von Akademiemitgliedern. Bezeichnend hierfür sind die Prozesse zu Beginn der 30er Jahre, in denen Akademiemitglieder beschuldigt wurden, politisch bedeutsame Dokumente vor der Partei und der Sowjetregierung versteckt gehalten zu haben. Im Einzelnen ging es dabei um Folgendes.

Eine Kommission des Volkskommissariats der Arbeiter- und Bauerninspektion unter Leitung von Ju.P. Figatner, welche die Tätigkeit der Akademie überprüfte, hatte im Archiv und in der Bibliothek der Akademie sowie an anderen Stellen in Leningrad Dokumente gefunden, die die Abdankung Nikolais II. betrafen, dem Polizeidepartement entstammten, u.a. auch 66 mit Spezialschlössern verschlossene Bände des Tagebuchs des Großfürsten Konstantin Romanov, der seit 1889 Präsident der Akademie gewesen war. In Telegrammen an Stalin und Ordshonikidse vom 21. und 22.10.1929 beschuldig-

te Figatner eine Reihe von Akademiemitgliedern und insbesondere den Ständigen Sekretar S. F. Oldenburg, sie hätten von diesen Dokumenten gewußt und sie wissentlich und in unlauterer Absicht den sowjetischen Behörden vorenthalten. Eine Regierungskommission solle nunmehr die Hintergründe dieses Verhaltens untersuchen. Bereits am 30.10.1929 verfügte Rykov die Ablösung Oldenburgs, die vom Politbüro am 30.10.1929 bestätigt wurde. In einem Bericht des Vorsitzenden der Kommunistischen Fraktion in der Akademie, M. N. Pokrovskij, über die vom 28.–30.10.1929 stattgefundene Vollversammlung der Akademie heißt es zu Oldenburg: „Sollte er alten Kram gelagert haben, der mit der Akademie der Wissenschaften nichts zu tun hat, dann zeugt das von krasser Unordnung in seinem Apparat. Hat er jedoch vor der Sowjetmacht bedeutsame politische Dokumente verborgen gehalten, die zudem von praktischer Bedeutung sind, so ist er ein Verräter." (S. 77). Es folgten eine „Säuberung des Personalbestandes der Akademie" (S. 82) sowie Verhaftungen und Verurteilungen von Akademiemitgliedern (S.F.Platonov, N. P. Lichatschov, M. K. Ljubavskij, E. V. Tarle u.a.), mit denen sich das Politbüro noch bis in das Jahr 1930 hinein beschäftigte.

Seit diesen Ereignissen von 1929 und 1930 ist eine schroffe Wendung der Parteigremien und der Staatsmacht gegenüber der Akademie zu beobachten. Sie äußerte sich z.B. darin, daß die Teilnahme sowjetischer Wissenschaftler an internationalen Kongressen im Ausland stark reduziert wurde. So wurden im Frühjahr 1934 die internationalen Beziehungen der Akademie „reorganisiert"; im Gefolge wurde von zwölf Vorschlägen zur Teilnahme an internationalen Kongressen nur ein einziger im Politbüro behandelt (der Mathematiker-Kongreß 1936 in Oslo), und der wurde auf Intervention Stalins hin abgelehnt. Auswärtige Mitglieder der Akademie, die mit der in der UdSSR praktizierten Wissenschaftspolitik nicht einverstanden waren, wurden aus der Akademie ausgeschlossen. Überdies führte die überzogene Geheimhaltung von Forschungsergebnissen dazu, daß praktisch kaum noch Arbeitskontakte mit westlichen Kollegen möglich waren.

In der Nachkriegsperiode und in der Zeit des Kalten Krieges galt die Hauptaufmerksamkeit des Politbüros noch mehr der Kontrolle der internationalen Kontakte. Als Beleg dafür sei der Beschluß des Politbüros vom 16. Juli 1947 genannt, der die Unterschriften Molotows, Berijas, Voznesenskijs, Malenkows, Woroschilows und Mikojans trägt und in dem die Einstellung

der englischsprachigen Ausgaben der „Berichte der AdW der UdSSR", der „Physikalisch-Chemischen Zeitschrift" und der „Zeitschrift für Physik" verfügt wird (S. 356–357). In der Begründung dieses Beschlusses heißt es, die englischsprachigen Ausgaben dieser Zeitschriften fügten dem Sowjetstaat ernsthaften Schaden zu, sie böten den ausländischen Geheimdiensten die Errungenschaften der sowjetischen Wissenschaft in fertiger Form dar, kein anderes Land gäbe seine wissenschaftlichen Arbeiten im Gegenzug in russischer Sprache heraus, das Erscheinen der genannten Zeitschriften entspräche somit nicht der Erziehung der Wissenschaftler im Geiste des sowjetischen Patriotismus.

Der vorliegende Dokumentenband wird die wissenschaftshistorische Forschung zweifellos zu neuen Fragestellungen anregen und ihr auch zu neuen Einsichten verhelfen. Er wird dazu beitragen, daß die Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR als ein Element der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, Wissenschaft und Politik und Geist und Macht allseitiger beleuchtet werden kann, als dies auf Grund der bisherigen Veröffentlichungen zu dieser Problematik möglich war.

Es soll jedoch nicht unvermerkt bleiben, daß auch der vorliegende Band für sich genommen kein vollständiges Bild der Beziehungen zwischen der Akademie der Wissenschaften und der Sowjetmacht bis 1952 bietet. In Beschlüssen des Politbüros widerspiegelt sich eben nicht alles, was in den Beziehungen zwischen Akademie und Staat von Bedeutung – und mitunter von existentieller Bedeutung – für die Akademie war. Es wird dem Politbüro vom Herausgeber z.B. angelastet, daß es erstmalig 1922 zur Akademie Stellung genommen hat, während es in den fünf Jahren zuvor nur eine einzige Zuwendung an die Akademie in Form von etwas Heizmaterial gegeben habe. Dabei wird jedoch völlig übersehen, daß es die noch von Lenin geführte Sowjetregierung war, die die Weiterführung der Russischen Akademie der Wissenschaften auch nach der Oktoberrevolution verfügte und durchsetzte. Der von Rykov 1929 als Ständiger Sekretar der Akademie abgesetzte S. F. Oldenburg hatte sich am 15. August 1919 in einem Brief an Akademiemitglied P. P. Lazarev gewandt, in dem er sich voller Sorge über Pläne von Mitarbeitern des Volkskommissariats für Bildungswesen äußert, die Akademie der Wissenschaften zu liquidieren. Oldenburg hoffte auf Lenin, der, wie er schrieb, „versteht, daß die Vernichtung der Akademie der Wissenschaften einer beliebi-

gen Macht nur Schande bereitet." (Lenin i nauka. Moskva 1968, S. 61). Und A.V.Lunatscharskij, der Volkskommissar für Bildungswesen, erinnert sich, daß Lenins Reaktion auf diese Pläne war: „Man darf einigen kommunistischen Fanatikern nicht gestatten, die Akademie zu schlucken." (Ebd., S. 62; deutsch in: Sowjetmacht und Wissenschaft. Hrsg. von G. Kröber und B. Lange. Berlin 1975, S. 125–126). Die Geschichte kennt bisher nur ein einziges Beispiel, daß eine Akademie der Wissenschaften von einer staatlichen Behörde liquidiert wurde: Die Akademie der Wissenschaften der DDR vom Senat von Berlin im Gefolge des deutschen „Einigungsvertrages". Die Liquidatoren waren indes durchaus keine kommunistischen Fanatiker!

Dem Politbüro des ZK der KPdSU kann auf Grund der hier veröffentlichten Dokumente wahrlich nicht bescheinigt werden, ein politisches Gremium gewesen zu sein, dessen intimes Verständnis für die Belange wissenschaftlicher Arbeit die akademische Forschung außerordentlich und in jeder Hinsicht gefördert und vorangebracht habe. Doch muß der Kommunistischen Partei und der Sowjetregierung in allen Perioden ihres Wirkens und insbesondere unter der Führung Lenins zugute gehalten werden, daß ihr selbst unter den extrem schwierigen Bedingungen der ausländischen Intervention und des Bürgerkrieges unmittelbar nach der Oktoberrevolution die Sicherung der Existenz und die Weiterführung der Akademie der Wissenschaften als eine zentrale Frage von gesamtstaatlicher Bedeutung galt. So gesehen stand die Kommunistische Partei, ob unter Lenin oder unter Stalin, immer auf der Seite des Ständigen Sekretars der Russischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, S. F. Oldenburg, „daß die Vernichtung der Akademie der Wissenschaften einer beliebigen Macht zur Schande gereicht."